

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 8.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gebäude und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die erste Seite des Anzeigenblattes 10 Pfennig, Restansätze 4.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des Anzeigenblattes 10 Pfennig (außer bei zwei seitlichen Zeilen).

Einzelnen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bestellzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 19. März 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

„Der Feind steht rechts!“

Eine Killinger-Debatte im Reichstag.

Im Reichstag kam es gestern abend zu stürmischen Auseinandersetzungen. Der Justizetat wurde beraten. Ein Antrag der Kommunisten, das Gesetz zum Schutz der Republik aufzuheben, das Staatsgerichtshof zu beseitigen und die von ihm Verurteilten freizulassen, wurde in seinen beiden ersten Teilen gegen Deutschnationalen, Völkische und Kommunisten, in seinem dritten Teil gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Schröder-Mecklenburg (Natsoz.):

Der Staatsgerichtshof ist aus gemeinsamer Angst und aus gemeinsamem Haß eingerichtet worden. (Stürmische Entrüstung links und beim Zentrum.) Damals sprach ein Reichstanzler, während der Feind an unseren Grenzen stand, das Wort: „Der Feind steht nicht an den Grenzen, sondern rechts!“ (Stürmische Rufe links, Rufe: Psst! Lüge!) Der Staatsgerichtshof richtet sich gegen die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen, aber niemals wurde hier die Sympathie für einen politischen Mord ausgesprochen.

Müller-Franken (Soz.):

Der Redner hat gemeint, daß das deutsche Volk von der Gesetzgebung befreit werden müßte, die damals unter ganz besonderen Umständen erlassen worden ist. Er mag sich beruhigen, das deutsche Volk hat den Befreiungsprozeß zunächst ganz anders angefaßt. Es hat am 7. Dezember angefangen, sich von der nationalsozialistischen Demagogie zu befreien, und das nächstmal wird es Ihnen noch ganz anders gehen!

um Gnade gewinkt hat, wie es Herr v. Killinger getan hat, wie wir das gestern aus dem Munde des Herrn Justizministers gehört haben. Bismarck verfügte eine ganze Weile über hektographierte Strafanträge. Meine Freunde — es sitzen noch welche aus älterer Zeit hier — haben unter der Auswirkung dieser hektographierten Strafanträge mehr als einmal zu leiden gehabt.

der zweite Blutzeuge von Mörderhand gefallen war, durch die Hand von Mördern, die Ihnen nahegestanden haben! Und da wagen Sie es, von Schande zu reden, statt an Ihre eigene Schande zu denken? (Stürmischer Beifall links.) Herr Schröder hat sich darüber beschwert, daß ein Redner einmal hier von der Fahne des Kaiserreichs als der Mörderfahne gesprochen hat. (Zuruf rechts: Wels ist es gewesen!) Ich nehme an, daß dieser Ausdruck gefallen ist, mit Bezug darauf, daß an den Gräbern der Rathenauer-Mörder Kränze mit schwarzweißroten Schleifen niedergelegt worden sind. (Stört! hört! links.) Sie können, wenn Sie die schwarzweißrote Fahne hochhalten wollen, dieser Fahne keinen besseren Dienst tun, als wenn Sie darauf verzichten, so vorzugehen. Es genügt ja schließlich doch, wenn Sie die Halenkrutzfahne benutzen! Herr Schröder hat darauf hingewiesen, daß damals der Reichstanzler Dr. Wirth hier den Sech ausgesprochen habe:

„Der Feind steht rechts“.

während der Feind am Rhein gestanden habe. Dr. Wirth hat meiner Erinnerung nach vom Rhein damals überhaupt nicht gesprochen. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) Er hat das auch nicht notwendig gehabt, weil die Politik seiner Amtszeit immer darauf gerichtet war, Rhein und Ruhr zu befreien. Dr. Wirth hat schließlich damals ein Recht gehabt, davon zu reden, daß der Feind rechts steht, wenn es zum zweitenmal vorkommt, daß ein Mann, der seine ganze Kraft und sein ganzes Leben in den Dienst der Republik stellte, aus dem Hinterhalt abgeschossen wird, wie es damals Rathenau geschehen ist.

Herr Schröder, Sie waren ja damals nicht in diesem Hause; aber wenn Sie in diesem Hause gewesen wären, hätten Sie nicht den Mut gehabt, die Rede zu halten, die Sie heute gehalten haben. (Zuruf von den Natsoz.: Das ist die Freiheit!) Nein, das war nicht eine Frage der Freiheit, sondern es war eine Frage des

Anstandes angesichts des Mordes, der geschehen war. Sie (zu den Natsoz.) beschwerten sich über diese Gesetzgebung. Diese Gesetzgebung ist damals — ich möchte doch bitten, sich das ins Gedächtnis zurückzurufen —, weil es sich zum Teil um verfassungsändernde Gesetze gehandelt hat, mit qualifizierter Mehrheit beschlossen worden. Schon das beweist, daß diese Gesetzgebung notwendig war, und ich sage Ihnen: so lange solche Reden hier gehalten werden, wie die des Herrn Schröder, ist der Beweis geliefert, daß sie heute noch notwendig ist. (Stürmischer Beifall links.)

Undre (Z.) wirft dem Abg. Schröder unglaubliche Leichtfertigkeit vor. Dr. Wirth hat nicht gesagt: „Der Feind steht nicht an den Grenzen, sondern rechts.“ Dr. Wirth hat seiner Entrüstung über den gemeinen Mord an Rathenau Ausdruck gegeben. Er hat nicht die Deutschnationalen oder eine andere Rechtspartei angegriffen, sondern gesagt, daß der Kampf denjenigen gelte, die die Vergiftung in das Volk hineingetragen hätten. Die Mörder standen aber nicht links, nicht in der Mitte, sondern rechts. (Große Unruhe rechts. Der Abg. Quack (Dnl.), der den Redner einen Verleumder nennt, wird zweimal zur Ordnung gerufen.)

Stoeker (Komm.) hält die Entrüstung der Reden für künstlich. Die Rechtsorganisationen sind bisher vom Staatsgerichtshof mit Samthandschuhen angefaßt worden. Der Staatsgerichtshof ist aber eine Schande für die Republik, weil er nur die Arbeiter mit barbarischen Strafen belegt.

Schulz-Bromberg (Dnl.) bedauert, beinahe weinend, daß wieder an die Rede Dr. Wirths erinnert wurde. Das Gesetz zum Schutze der Republik ist untragbar. Es ist ein Hohn auf die Kultur. Der Redner lehnt den Staatsgerichtshof ab.

Brodauf (Dem.): Als der Abg. Quack hier sagte, daß Rathenau ermordet worden sei, fiel aus den Reihen der Nationalsozialisten der Ruf: „Gott sei Dank!“

Dittmann (Soz.):

Ein Wort nach links: Wenn der Staatsgerichtshof nur einseitig nach links urteilt, so belügen wir das. Aber er hätte dazu auch keine Gelegenheit, wenn nicht Sie (zu den Kommunisten) durch Ihre verrückte Putschakt die Arbeiter vor den Staatsgerichtshof treiben würden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Und ein Wort nach rechts: Sie bestritten jeden Zusammenhang mit rechtsgerichteten Mörderorganisationen. Dazu nur eine Feststellung: Der Professor der Mörder Erbgergers und Rathenaus von Killinger ist Mitunterzeichner des Anstufes der Rechtsparteien für die Kandidatur des Herrn Dr. Jarres zur Reichspräsidentenschaft. (Große Bewegung im ganzen Hause.)

In allgemeiner Erregung erfolgte die Abstimmung über den Etat des Staatsgerichtshofs. Er wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen.

Heraus mit der Sprache!

Sozialdemokratische Interpellation über die Zollvorlage.

Die Rechtsregierung hat den Agrariern Zölle auf alle Lebensmittel verprochen. Sie hätte diese Absicht auch bereits längst ausgeführt, wenn nicht die Reichspräsidentenwahl den Rechtsparteien die Ermöglichung nahelegen würde, mit diesen, die Volksinteressen so außerordentlich schwer schädigenden Absichten vorläufig hinterm Berge zu halten. Um sich die Möglichkeit für die Durchführung der Zollwünsche der Agrarier für die Zeit nach der Präsidentenwahl zu sichern, verzögert die Regierung die sogenannte kleine Zollvorlage, die im Reichswirtschaftsrat längst verabschiedet ist. In ihr erhält die Regierung das handelspolitische Rüstzeug für die recht schwierigen Verhandlungen zum Abschluß von Handelsverträgen mit dem Ausland. Gerade deshalb aber ist die Verzögerung dieser Vorlage sehr schädlich. Daher hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich zur Einbringung der folgenden Interpellation veranlaßt gesehen:

Zu erheben möge der Reichstag folgende Beschlüsse: Die Handelsvertragsverhandlungen durch den unfertigen Zustand der deutschen Zollgesetzgebung erschwert. Der Reichswirtschaftsrat hat in eingehenden Beratungen eine Vorlage, den sogenannten kleinen Zolltarif, fertiggestellt, der eine Ergänzung des geltenden Tarifs bringen soll.

Wie fragen die Reichsregierung, warum sie die Einbringung des kleinen Zolltarifs immer wieder hinauszögert?

Ist es richtig, daß die Reichsregierung beabsichtigt, die Einbringung der Zollvorlage mit der Wiedereinführung der Getreide- und Fleischzölle zu verknüpfen, oder sich zu dieser Wiedereinführung, ja zu ihrer Erhöhung auf die Höhe des alten autonomen Tarifs ermächtigen zu lassen?

Wie rechtfertigt die Reichsregierung die durch die Verzögerung der kleinen Zolltarifvorlage entstandene Behinderung unserer Handelsvertragsverhandlungen?

Man wird auf die Beantwortung der Interpellation, in der die Regierung ihre Karten wird aufdecken müssen, gespannt sein dürfen.

Jarres enthüllt sich.

Wegbereiter der Restauration.

Nach endlosem Kuhhandel ist die Kandidatur des unpolitischen Oberbürgermeisters Dr. Jarres glücklich zustande gekommen. Das Eingreifen Stresemanns für ihn gegen Dr. Geiler hat diese Kandidatur sofort deutlich als das gekennzeichnet, was sie in Wirklichkeit ist: als die Kandidatur der Schwerindustrie, des Großunternehmertums, als die Kandidatur aller der Kreise, die die freiheitlich-republikanische Entwicklung rückwärts revidieren wollen. Freilich Jarres ist nicht das letzte Wort der Reaktion. Weder der Mann noch sein Programm ist dazu geschaffen. Aber die „Deutsche Zeitung“ nennt seine Aufstellung mit Recht „die erste Etappe zum Endziele“. Und was für diese Kreise der Endsieg wäre, darüber kann bei niemandem ein Zweifel bestehen. Dieser Endsieg wäre der Verfall des Reiches, die Verewigung der europäischen Balkanisierung, die Wiederaufrichtung eines kleindeutschen monarchistischen Staatenbundes.

Dr. Jarres hat gestern in der Berliner Philharmonie zum erstenmal sein Programm entwickelt. Es entspricht dem Mann und der Situation, in der sich die reaktionäre Bewegung in Deutschland befindet, wenn dieses Programm voller Zweideutigkeit und Unklarheit ist. „Bekennnis zu Republik und Schwarz-Rot-Gold“ überschreibt ein Spätabendblatt den Bericht über diese Programmrede des volksparteilich-deutschnational-völkischen Präsidentschaftskandidaten! Und in der Tat, Herr Jarres erklärt, — pflüchtlich undigst —

„Der Reichspräsident hat bei der Übernahme seines Amtes einen Eid auf die Verfassung zu leisten. Ein deutscher Mann hält seinen Eid, und für jeden Mann von Ehre ergibt sich aus diesem Eid die selbstverständliche Verpflichtung, die Verfassung und den Staat, nötigenfalls unter Anwendung der zu Gebote stehenden Rechtsmittel, zu schützen.“

Auf diesen Satz allein kann sich die optimistische Ueberschrift über die Programmrede des Herrn Jarres stützen. Wir finden, daß in dieser pflüchtlichen Verbeugung vor der Verfassung nur die eine Lausache zum Ausdruck kommt, daß bei dem unzweifelhaften Willen der großen Mehrheit des Volkes, an seiner republikanischen Verfassung festzuhalten, auch die soziale Reaktion der verbündeten Großagrarien und bayerischen Separatisten es gar nicht wagen kann, ohne eine Verbeugung vor dieser Verfassung, in den Wahlkampf zu gehen. Die wahre Bestimmung dieser Kreise kommt aber zum Ausdruck, wenn Jarres sofort darauf fortfährt:

„Nach dieser notwendigen Feststellung will ich aber kein Hehl aus meiner inneren Ueberzeugung machen, daß ich in der jetzigen Verfassung nicht das Ideal erkennen kann.“

Ich habe fest an dem, was ich als Reichsminister des Innern vorantwortlich gelagt habe, daß die Verfassung auf der Bahn organischer Entwicklung weitergebildet werden muß.“

Damit enthüllt Jarres offen seine Absichten. Seine Präsidentschaft, wenn sie zustande käme, soll dazu ausgenutzt werden, die Verfassung rückwärts zu revidieren. Rückwärts revidiert werden sollen die schwachen Anfänge zum Einheitsstaat, die die Weimarer Verfassung gebracht hat. Bayerische Separatisten und hannoversche Welfen können auf die Unterstützung ihrer Pläne durch diesen Mann rechnen. In einer Zeit, in der die wirtschaftliche Entwicklung im Innern ebenso wie der Konkurrenzkampf unseres Landes auf dem Weltmarkt gegenüber großen und durch ihre Einheit mächtigen Staaten die entschlossene Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und politischen Kräfte erfordert, erhebt ein beschränktes Spießbürgertum die Parolen längst überlebter Krähwintelei zur Förderung des politischen Tageskampfes. Die Arbeiterchaft wird gegenüber diesen sinnlosen und verderblichen Phantasten um so fester an dem großen Gedanken des nationalen Einheitsstaates aller Deutschen festhalten; der allein Aufstieg und Weltgeltung für unser Volk bedeutet. Die „organische Entwicklung“ des Herrn Jarres ist die Schwächung des Reiches, und ist der Ausfluß jener beim deutschen Bürgertum so verhängnisvoll entwickelten unpolitischen romanischen Vorliebe für eine überlebte Vergangenheit, die niemals wieder Wirklichkeit werden kann.

Jarres versichert:

„Schwarz-Rot-Gold sind die verfassungsmäßigen Farben des bestehenden Staates. . . . Aber dringend erscheint mir die Lösung des unelddischen und unfer Ansehen im Ausland herabsetzenden Flaggenstreits.“

Scheinheilig bedauert der Kandidat der Reaktion, daß der Flaggenstreit „zu parteigattatorischen Zwecken mißbraucht“ würde und er verlangt, daß man die Anhänglichkeit an die Farben Schwarz-Weiß-Rot achte. Niemand hat auf der Linken früher den Flaggenstreit herausbeschworen. Erst seit dem Rapp-Putsch sind die Farben Schwarz-Weiß-Rot bewußt von den Mörderbänden Ehrhardts, der Killinger-Organisation und von deutschnationalen Demagogen zur Fahne der Rebellion gegen die freie Selbstbestimmung

des Volkes gestempelt worden. Niemals würde es in Deutschland einen Tragenstreit geben, der in der Tat unser Ansehen im Ausland herabsetzt, wenn alle Kreise, wenn namentlich diejenigen, die Jarres auf den Schild erheben, den Farben der Republik allezeit Achtung erwiesen hätten. Seine Behauptung, daß die Lösung dieses Streits die dringendste Frage sei, bedeutet leider nicht eine Aufforderung an die Rechtskreise, die widerliche Hege gegen Schwarz-Rot-Gold einzustellen, sie bedeutet vielmehr die Ankündigung des Präsidentschaftskandidaten, den Kampf um die Abänderung der verfassungsmäßigen Farben aufzunehmen, wenn eine Mehrheit ihn wählen würde.

Will Dr. Jarres damit etwa für seine besondere politische Befähigung plädieren? Er beweist doch nur, daß er die Absicht hat, zu den blöden Kspiffchern des „Kampfs gegen den Marxismus“ zu wollen zu sein. Darum erklärt er auch: „Wir bekämpfen den undeutschen Geist der Novemberrevolution.“

Deutschler kann man nicht werden. Jarres will ein Fanal zu neuen schweren inneren Kämpfen geben. Er beschimpft damit nur das deutsche Volk selbst, das mit einer bewundernswerten Leistung in dem Augenblick, als es von seinen alten Führern verlassen wurde, als der alte Staat an seiner inneren Unzulänglichkeit zusammenbrach, aus eigener Kraft sich den Weg zu neuem politischen und wirtschaftlichen Aufstieg frei machte.

Es fehlt nicht der Appell an die Sentimentalität des Spießbürgers. Jarres will den Kampf um die Präsidentschaft „mit anständigen Waffen“ führen und verzichtet darauf, die persönliche Ehre seiner Gegner anzugreifen. Das wird ihm auch bei den republikanischen Kandidaten, die gegen ihn aufgestellt sind, nicht gut möglich sein. Im übrigen, kann Dr. Jarres bestreiten, daß die Kreise, die ihn auf den Schild erhoben haben, den Wahlkampf seit Monaten mit den schmutzigsten Verleumdungskampagnen vorbereitet und organisiert haben? Kann er bestreiten, daß seine Kreise es gewesen sind, die Ebert in den Tod getrieben haben? Kann er bestreiten, daß die ganze sogenannte Korruptionskampagne nicht dem edlen Zweck dient, unser öffentliches Leben zu reinigen, sondern daß die Beschimpfungen und Verleumdungen der Sozialdemokratie, die die Hugenberg- und Stinnes-Presse im Auftrag der Schwerindustrie betreiben muß, nur die Bahn für politische Vormacht des Geldsacks freimachen soll? Was nützt uns der großmütige Verzicht auf unehrenhafte Waffen gegen Männer, gegen die der erbitterteste Gegner nichts vorbringen kann, wenn gleichzeitig nicht gegen einzelne, sondern gegen ganze Volkskreise mit bewußter Verlogenheit der ekelhafte Kampf niedrigster Verleumdungsmethoden betrieben wird, wenn in deutschen nationalen Verfammlungen man sich nicht scheut, von „Preußengeist gegen Barmatgeist“ zu reden? Bei seinen Kläuberigen mag Herr Jarres damit Eindruck erwecken, die Arbeiterschaft weiß zu genau, daß diese sentimentale Geste sehr billig ist. Sie versteht sehr genau, wie der „Kampf um die Reinheit des öffentlichen Lebens“ zu verstehen ist, wenn er von Geldsackpatrioten finanziert wird.

Jarres wehrt sich dagegen, daß man ihn persönlich als Verfassungspolitiker „verleumdet“. Niemand in Deutschland hat Dr. Jarres „verleumdet“. Kann Dr. Jarres leugnen, daß er Monate lang in der schwierigsten Situation des Reiches den aberwitzigen Gedanken propagiert hat, Deutschland müsse den Hut haben, auf Jahrzehnte auf das Rheinland zu verzichten:

„Wir holen uns das Rheinland in zwanzig Jahren mit den Bajonetten wieder.“

Stammt dieser Ausspruch nicht von Ihnen, Herr Dr. Jarres? Ist es eine Verleumdung, wenn man sagt, daß diese wahnsinnige Idee von dem Präsidentschaftskandidaten der Sozialen Reaktion mit allen Mitteln propagiert worden ist? Wer mit solchen Mitteln die Rheinlandsfrage lösen wollte, hat kein Recht sich darüber zu beschweren, daß man ihm Unfähigkeit für den Posten des Reichspräsidenten vorwirft.

Dieser Vorschlag des Verfassungspolitikers Jarres zeigt nur, daß ihm jedes Augenmaß für die politischen Kräfteverhältnisse abging, daß er bereit war, Deutschland in ein aussichtsloses, aberwitziges Abenteuer hineinzuführen. Für einen solchen Mann danken wir, für ihn dankt insbesondere das Rheinland, auf das sich Jarres glaubt berufen zu können. Wie wenig er dabei unbefangene zu denken vermag, zeigt seine Bemerkung, daß diese Politik gerade in „nationalen Kreisen“ Verständnis gefunden habe. Für ihn sind offenbar, wie für alle Deutschnationalen die Gegner seiner Politik keine „nationalen Kreise“.

Die „Zeit“ überschreibt ihren gestrigen Aufruf für Jarres wieder „Für den Kandidaten des Reichsblocks“. Dort heißt es, das den übrigen Kandidaten als „einziger Sammelkandidat der Kandidat des Reichsblocks, Dr. Karl Jarres“ gegenüberstehe. Das ist er und das bleibt er, der Kandidat des Reichsblocks, der Kandidat der Killinger und Westarp. Kein scheinheiliger Satz konnte von ihm geprägt werden, als die Schlussworte seiner Rede:

„Wir kämpfen gegen Kastengeist und Klassenhaß, für Staatswohl und nationalen Fortschritt. Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz. Es lebe das einzige, unteilbare deutsche Vaterland.“

Rein, im Gegenteil. Mit dieser Kandidatur vereinigt sich der Kastengeist der konservativen Junker mit dem Klassenhaß der Großunternehmer. Auf diese Kandidatur setzen ihre Hoffnungen die Zersplitterer der deutschen Einheit, bayerische und welfische Föderalisten. Für diese Kandidatur arbeiten die Banden des Herrn Killinger, arbeiten Stahlhelm und Werwolf, die berufsständigen Organisatoren des Bürgerkriegs und der deutschen Zwietracht.

Ihr gegenüber erhebt die Sozialdemokratie in diesem entscheidenden Kampfe die Fahne der nationalen Einheitsrepublik aller Deutschen. Sie bekämpft sich zur freien Selbstbestimmung des Volkes und zum sozialen Aufstieg der arbeitenden Massen.

Nicht Dr. Jarres, der Mann der Schwerindustrie und der Junker mit dem rückwärts gewandten Blick darf der Erwählte des Volkes sein, am Wahltag werden die Massen zeigen, daß sie vorwärts und in die Zukunft schauen! Unser Mann bleibt

Otto Braun!

Reichstag und Präsidentschaftswahl.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Nach dem vom Vorkomitee des Reichstags beschlossenen Dispositionen wird sich der Geschäftsplan des Reichstags in der nächsten Zeit folgendermaßen gestalten:

In der heute um 12 Uhr beginnenden Sitzung sollen die zweite Befugnis des Rotetats und die zweite und dritte Befugnis des Finanzausschusses erledigt werden, ferner der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Fristen in der dritten Steuernotverordnung, der vom Bildungsausschuß eingebrachte Gesetzentwurf über den Beleg der Grundschule und evtl. auch die Änderung der Unfallversicherung in erster und zweiter Befugnis.

Am Freitag sollen auf Grund der Anträge der Kommunisten und der Sozialdemokraten die Vorgänge in der kommunistischen Versammlung in Halle besprochen werden.

Am Sonnabend sollen die dritten Befugnisse stattfinden über den Rotetats, das Grundschulgesetz usw.

Die nächste Woche und der Montag der übernächsten Woche bleiben mit Rücksicht auf die Wahl des Reichspräsidenten s i c h u n g s f r e i.

Vom 31. März bis 4. April wird der Reichstag wieder Sitzungen abhalten und dann die Osterpause beginnen, die bis Ende der Woche nach Ostern dauern evtl. aber auch bis zum 28. April verlängert werden soll, wenn für die Reichspräsidentenwahl ein zweiter Wahlgang erforderlich sein sollte.

Gegen die Preisgabe der Reichswerke.

Der Reichstag verlangt Reichsmittel für die Deutschen Werke.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat gestern folgende Entschliebung der Parteien ohne Diskussion angenommen:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Umstellung der Deutschen Werke alle Maßnahmen zu ergreifen, die bei möglicher Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung geeignet sind, die Reichsinteressen in vollem Umfange zu wahren. Die für diese Umstellung unerlässlichen Mittel sind von der Reichsregierung mit Genehmigung des Haushaltsausschusses des Reichstags zur Verfügung zu stellen. Ueber diese Entschliebung wird die Vollziehung heute bei der Beratung des Rotetats mit Beschluß fassen.

Diese Entschliebung des Reichstagsausschusses ist ein Erfolg der Sozialdemokratie, die entgegen den Treibereien kapitalistischer Interessenten von Anfang an die Erhaltung der Reichswerke gefordert und gegen die geplante Privatisierung schärfsten Protest erhoben hat.

Bühnengesetz und Reichsregierung.

Kulturdebatte im Bildungsausschuß.

Zwei Stunden lang beschäftigte sich der Bildungsausschuß des Reichstags in seiner Sitzung vom 18. März mit dem von der Regierung vorgelegten Entwurf des Bühnengesetzes. Leider war dies eine vollständig ergebnislose Aussprache, da der Vertreter des Innenministeriums sich gegenüber den Wünschen der verschiedenen Parteien in Bezug auf Ausgestaltung des Bühnengesetzes zwar mit großer Höflichkeit äußerte, aber nach keiner Richtung festlegte. Der Schutz der geistigen Arbeit, der Raub geistigen Eigentums, wie er neuerdings durch die Quadrantenveranstaltungen üblich geworden ist, die Notwendigkeit eines literarischen Eigentumsrechtes, fanden bei dem Herrn Regierungsvertreter wohlwollendes Gehör, aber auch nicht mehr. Auch über die Hineinnahme von Arbeitsrechtsfragen in das neue Gesetz, wie dies die Sozialdemokraten wünschten, äußerte er sich sehr unbestimmt. Alle Parteien richteten an die Regierung die Aufforderung, daß, wenn sie die künstlerische Produktion fördern, die Künstler zum Schaffen anregen, das Niveau der Theater heben wolle, es erheblicher Reichszuschüsse bedürfe, damit nicht der Zwang, Geld zu verdienen, allein maßgeblich sei für die künstlerische Produktion. Alle Parteien sprachen die Absicht aus, bei Gelegenheit der bevorstehenden Beratung des Haushalts des Innenministers auf diese Frage einzugehen und der Reichsregierung bei der Gestaltung des neuen Gesetzes Anregungen und Richtlinien zu geben.

Ein Antrag des Zentrums, die Reichsregierung zu ersuchen zu erwägen, bei der Verabschiedung des Bühnengesetzes den Schutz des geistigen Eigentums der Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten in Sachen der Radioübermittlung von Bühnenstücken zu gewährleisten, wurde einstimmig angenommen.

Ein anderer, von den Sozialdemokraten schon einmal eingereicht und angeblich verloren gegangener Antrag:

Bildstreifen für Jugendliche bis zu 18 Jahren nicht zuzulassen, wenn sie im Widerspruch mit dem Erziehungsziel des Art. 148 der Reichsverfassung stehen oder die bestehende republikanische Staatsverfassung herabsetzen, wurde mit großer Stimmeneinheit angenommen. Dagegen stimmte die Vertreterin der bayerischen Volkspartei und die Hälfte (!) der anwesenden deutschnationalen Vertreter, unter ihnen — das verdient besonders hervorgehoben zu werden — der Berliner Volksschullehrer Schütz.

Damit vertagte sich der Bildungsausschuß auf 14 Tage, denn nachdem in der letzten Sitzung die Attacke auf das Grundschulgesetz der Reaktionsären halbwegs gelungen ist — es steht nur noch die Zustimmung des Reichstags zu dem Ausschlußbeschlusse an —, haben es die zurzeit herrschenden Parteien nicht eilig, sich über die höhere Schule auszusprechen. Allerdings soll in der nächsten Sitzung auch über die Not der Junglehrer und über die Mittel, dieser abzuhelfen, gründlich gesprochen werden, was die Sozialdemokraten seit langem verlangen.

Die Lehre von der Leere.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Drei Beispiele der Warnung und der Trauer: in einem Domkonzert sitzen ca. 100 Zuhörer, in der Singakademie etwa 30, im Kammermusikhaus genau 7. Alles innerhalb einer einzigen Woche. In einer Konzertszeit, die rassistisch und blutleer, dabei äußerlich geschwollen scheint, ist auch die äußere Situation der Säle von beispielhafter Lehrhaft. Entweder Leere zum Frieren und ohne jede künstlerische Spannungsmöglichkeit, oder angefüllt mit belanglosen Frei-Gesichtern, oder Gefolgschaft des Stimmiums und der Sensation. Hier ist dann das „Was“ unwesentlicher als das „Wer“; große, herrliche Politik des Nachschlages, dem in der Musik viele erliegen (und auch erliegen sollen). Auch ohne Radio ließe der Kurs kaum anders. Über sieben Konzerte an einem Abend, fünfzig in der Woche — wie dünnt es euch, Künstler, Agenten, Kritiker, um eine radikale Einschränkung der Veranstaltungen? Die zyklischen Abende werden schon aus finanziellen Gründen nicht zu halten sein, bis auf die repräsentativ großzügigen der Staatskapelle und Philharmonie (Reider und Furtwängler). Die Unbekannten und die Götter mittlerer Größe sollten sich zusammenschließen und zu drei oder vier ihre Kunststunde veranstalten. Gebt Gemeinheitskonzerte, so ihr nicht Erdmann, Kreiser, Schnabel, Dnegin heißt! Geteilte Kosten, geteiltes Leid, gemeinschaftliche Preise. Für die Solisten größeren Formats wäre es ein leichtes und wäre es ein Akt sozialer Gefühls, in Berlin nicht mehr als ein- bis zweimal saisonweis aufzutreten und dabei jedesmal einen Unbekannten als Begleiter oder Mitspieler einzuführen. Auch ihre Säle sind ja schon nur halbvoll; wäre doch ihre Seele ganz voll von Mitgefühlenden mit anderen, die sich plagen. Das gleiche gilt von den gar zu vielen Ensemblevereinigungen. Die ernste Musikkritik ist nicht mehr in ständiger, ruhigen Uhrs der Konzertmassenfabrikation zu folgen. Eine neue Saison ähnlicher Hypertrophie, und sie wird streifen. Künstler aller Schattierungen, vereinigt euch, schafft Gemeinschaftsabend, suchte neue Kräfte und Säfte, seid nicht engherzig und beachtet (ihre Vorkämpfer), daß das Einmalige Ereignis, das Behauptung vulgär werden kann. Ein Konzert mit dem Philharmonischen Orchester, mit einem Programm von zwei Sinfonien und einem Sinfoniestück, könnte durchaus und gut drei Dirigenten und einen Virtuosen beschäftigen. Vierfache Reklame, vierfach betriebener Willkürverkauf, doppelte Probenarbeit — wie dünnt euch das? Nicht endlich, Künstlerreise, aus der endlosen Leere der Säle, die Lehre!

Die Stadt Berlin kann es sich leisten, aus ihrem Kunstfonds Geld freizumachen für die Rathauskonzerte, zu denen nur geladene Publikum festlich strömt. Kammermusik muß kurz und kurzweilig sein, auch wenn sie tiefen Inhalt birgt. Die Gefahr des Verlaufs ist sonst im höchsten Wert nicht zu umgehen. Edmund Schröders Trio D-Moll ist zu lang geraten. Es lassen sich einige Episoden der Geköpfe fortsetzen, ohne daß das ganze, sehr formstark, streng und wissend gezimmerte Opus leidet. Eine herbe Stimmung herrscht vor, auch das Gesungenste wird von einer männlich-lebigen Gemütsart geleitet. Die Interpretation durch Schubert, Zeit, Schutz war großzügig und markant. Ein

Trio Opus 72 von Robert Kahn, wohlgeborgten in den Meisterhänden von Billi Hef und Nikolaus Grandan ist köstliche, graziose, einschmelzende und sprühige Erfindung. Wieder Fris Dissaurs auf Letzte Storms und Kellers verortet neben dem äußerst geschickten Satz eine lebendige, breit strömende Empfindung für Stebespiel. Versteckte Kontrapunkte und bezeichnende, sanfte Tonmalerei sind sinnvoll verwebt in das Melos, das für die Sängerin immer interessante Aufgaben stellt. Leider verlor sich Dissaurs als Begleiter gerade die Schlüsselpunkte durch zu große, unvirtuose Zurückhaltung. Emmy von Stetten betrat das Lebendige durch großen Ausdruck im Gesang.

Ueber Sofia Brihoda wäre nichts Neues zu sagen, wenn er nicht die C-Moll-Sonate von Grieg so herzhafte unmusikalisch, maniert, mit zigeunerhaften Betonungen und falschem Vibrato gespielt und so um den Rest ihres Verstandes gebracht hätte. Dann aber kam Paganinis Konzert D-Moll. Geiger, packt ein! Das macht dem jungen Ischchen heute keiner in der ganzen Welt nach. Solche Zuverlässigkeit der Flageolets, Doppelgriffe, Staffati, solche Eleganz und Berce der rechten Hand (die lo gegen jede Schulmeinung verstoßt), solche unbändige Virtuosität im Lösen und Klängen war lange nicht da. Heute schon der genialste Techniker, wird Brihoda morgen vielleicht auch ein guter Musiker sein. Richtig hätte er es nicht; auch als Virtuoso steht er einzig da im Lichte internationaler Beliebtheit. (Geiger, packt ein!)

Alice Landolt zeigt in den 32 Variationen Beethovens eine sympathische Mischung von musikalischer Kultur, Geschmack und Spielfertigkeit, die von Brillanz und Virtuosität gerade aus künstlerischen Gründen frei bleiben will. Joachim Seger-Stephan, in der Schule Mayer-Mahrs aufwachsend, ist ein planisches Talent. Sein Temperament, sein kräftiger Anschlag in der linken, sein gefanglicher Trieb in der rechten Hand scheinen gesundem Nacherleben zu entfeimen. Daß gerade in einer Bachschen Phantasie und Variationen noch manches unerfüllt leer, mehr gespielt als geschaffen klingt, darf bei einem Sechzehnjährigen nicht stören. Helene Casper ist ein leidenschaftliches, vorwärts drängendes, im Rhythmus sich leicht verlagendes Mädchen. Sie hat viel gelernt, federt ihre Töne präzise hin, wird aber der Anmut oder Eleganz einer Sonate von Handn oder Beethoven gegenüber nervös. Von dieser Nervosität ist Henry Deering frei (wie alle Engländer). Aber er interessiert auch nicht sehr, trotz einer geradezu pedantischen Sauberkeit des Klavierspiels, das in Brahms-Variationen Farbe und Richtung vermissen läßt. Mark Raphael, ebenfalls Engländer, ist mehr Vortragstänstler als Sänger. Die grauliche vergeht sich sein schwerer unfreier Bariton gegen Schubert und Schumann! Die englischen Vieder (von Quilter) allerdings schloßen ein: künstlerisch gehobener Kabarettblent!

Wir werden kämpfen und wachsen!

Von Willi Birnbaum.

Die Hydra gemeiner Verleumdung trock aus allen Pöchern. Giftschwaden lagerten über jungem Land, verhüllend Berggipfel und Sonnenzauber. Tag um Tag, seit Monden schon der ewig-trübe Schleier, umwebend alles.

Da kam der Tag: Ein Großer starb! Rebel der Niedertracht waren aus Stunden zerronnen. Ein Berggipfel leuchtete auf und goldiges Licht ergoß sich über jungträuliches Land. Menschen redten sich hochauf, strebend zu Höhen und Sonne. Ein Volk rang mit sich nach Klarheit! Indrünst stand gegen Niedertracht, Indrünst zum ganzen Volk, zu den Aermsten auch in armenlichen Hütten! Der Rebel der Niedertracht aber barg Machtgier, Herrentum, Despotie. Liebe und Hingabe stand wider Hoch, Verleumdung, Lüge. Dem Sehnem zum Ganzen stemmte sich brutaler Wille zum dreimal umbeteten Ich entgegen.

So gewahrt man das Volk in Stunden.

Schon dichten sich wieder die giftigen Schleier. Die Hydra lebt noch!

Wille zu schwerem, entscheidendem Kampf aber ward den Sehenden in diesen Stunden gegeben. Entsetzen ob soviel gemeinster Brutalität zwar umkrampft noch ihre Seelen — ein Aufschreien der Höhe in vertärendem Licht gab Mut, Kraft, Entschlossenheit zurück. Das auch ward allen klar: die Hydra muß sterben. Niedertracht, Machtgier, Herrenmenschen, Wille zur Despotie müssen schwinden, soll die junge Saat nicht darunter ersticken.

Der Tag, da Licht durch Nebel drang, war ein Tag tiefinnerer Sicht!

Wir müssen hindurch, befecht vom Willen und Streben zu Aufwuchs und freier Luft, Deutschland muß werden eine starke Republik, eine Einheit und Macht.

Schon nahet der Tag des Gerichts!
Wir werden kämpfen und wachsen!
Den Willen gab uns der Tag.

Einen verspäteten Karnevalsherz haben sich die reaktionären Fraktionen des Münchener Stadtrats geleistet. Auf Veranlassung der Nationalsozialisten haben die Fraktionen der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Nationalsozialisten im Münchener Stadtrat es durchgesetzt, daß die Direktion der Münchener Kammerspiele aufgefordert wurde, Bedelinds „Büchse der Pandora“ vom Spielplan abzuziehen, widrigenfalls die Stadt dem Theater nicht den erbetenen Zuschuß in Höhe von 30 000 M. bewilligen werde. Wenn der Stadtrat einem Theater einen Zuschuß bewilligt, so behalte er sich auch ein Einspruchsrecht gegen moralisierende und undeutsche Stücke vor. Darüber, ob die „Büchse der Pandora“ ein unmoralisches Stück sei, würden sich die genannten Parteien in keinerlei Auseinandersetzung einlassen.

Die Frühjahrsausstellung der Berliner Session wird am 21. vor jedem Publikum eröffnet.

Spielplanänderung. Im Deutschen Theater geht von heute ab täglich Hans „Heilige Johanna“ mit Elisabeth Bergner in der Titelrolle in Szene.

Die Galerie J. Colper, Kurfürstendamm 233, eröffnet die Kollektivausstellung von Lucien Adrien-Paris am 20. März, 12 Uhr.

Seht die Wählerlisten ein! Die Listen liegen nur bis kommenden Montag aus.

Die Regierungsbildung in Preußen. Versuch eines Beamtenkabinetts?

Der Landtag wurde gestern um 2 Uhr zunächst vertagt und trat dann um 5 Uhr zu einer kurzen unwesentlichen Sitzung zusammen, da die Regierungsfrage auch bis zu diesem Termin noch nicht geklärt war. Auf die heutige Tagesordnung wurde von neuem als zweiter Punkt die Entgegennahme einer Regierungserklärung gesetzt. Wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ meldet, rechnet man mit der Bildung eines Beamtenkabinetts, dem zwei sozialdemokratische Beamte angehören. Der Vorstand des Zentrums berät darüber, ob Marx die Wahl zum Ministerpräsidenten annehmen soll.

Am Landtag berieten am Mittwochabend die Vorstände der Reichs- und Landtagsfraktion des Zentrums über die Regierungsbildung und nahmen den Bericht des Ministerpräsidenten Marx entgegen. Entschieden die Beschlüsse wurden, wie wir hören, nicht gefasst; die Beratungen sollen am Donnerstag fortgesetzt werden.

Hamburger Senatswahl. Kommunistischer Klamauk.

Hamburg, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Sitzung des Hamburgischen Landesparlaments am Mittwochabend stand als einziger Punkt die Neuwahl des Senats auf der Tagesordnung. Vorher verlangte und erhielt aber ein kommunistischer Abgeordneter das Wort zu einer Anfrage wegen der in Hungerstreik befindlichen Festungsgefangenen, die er an einen Angehörigen seiner eigenen Fraktion als Behördenmitglied richtete. Gleichzeitig brachten zwei kommunistische Abgeordnete zwei große Plakatkandarten in den Saal. Der Aufforderung, diese Plakate zu entfernen, wurde nicht Folge geleistet, worauf die Abgeordneten ausgeschlossen wurden. Darauf wurden von der allgemeinen Zuhörertribüne Zeitel geworfen und Hochrufe auf die Gefangenen ausgebracht. Auf Anordnung des Präsidenten wurden die Zuhörertribünen geräumt. Nachdem eine Besprechung der Anfrage abgelehnt war, versuchten nacheinander sechs Kommunisten nach das Wort zu nehmen. Die Sitzung wurde jedesmal unterbrochen und die betroffenen Abgeordneten ausgeschlossen. Der Rest der kommunistischen Fraktion brachte dann Hochrufe aus und wurde ebenfalls ausgeschlossen. Vier Abgeordnete, die den Saal nicht verlassen, wurden durch Beamte der Kriminalpolizei aus dem Hause entfernt.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung wurde dann die Neuwahl des Senats vorgenommen. Die Deutschnationalen waren nicht erschienen, so daß die nach der Vereinbarung zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und Volkspartei vorgeesehenen Kandidaten mit den Stimmen dieser Fraktion gewählt wurden.

Die Mitglieder der Bürgerschaft begaben sich dann in den großen Festsaal des Rathauses, wo die Vereidigung der neuen Mitglieder des Senats erfolgte. Der Präsident der Bürgerschaft, Genosse Koch, hielt dabei eine Ansprache, in der er auf die Bedeutung des hamburgischen Staates für die deutsche Wirtschaft hinwies und als eine der bedeutendsten Aufgaben des neuen Senats

erprobliche Verhandlungen mit Preußen über die großhamburgische Frage

bezeichnete. Besonders herrliche Worte richtete er an den anwesenden Bürgermeister Stolten, der 1901 als erster und einziger Sozialdemokrat in die Bürgerschaft eintrat und jetzt wegen seines hohen Alters zurückgetreten ist. Dann leisteten die Senatoren den Eid auf die Reichs- und Landesverfassung, wobei Bürgermeister Dr. Peterßen für die Wahl dankte und treue Erfüllung des Amtes versprach. Dann wurde die Sitzung, ohne eine weitere Störung, geschlossen.

Der Senat setzt sich jetzt aus 7 Sozialdemokraten (Arause, Stubbe, Grünwaldt, Eisenbart, Schönfelder, Reumann und Mendel); 4 Demokraten, (Dr. Peterßen, Dr. Kölsche, Dr. Matthaei und Cohn) und 4 Volksparteilern, (Dr. Burghard, Dr. de Chapeau rouge, Dr. Schwamm und Behring) zusammen.

Mann über Bord.

Wieder ein Ausschluß aus der SPD.

Der „Bollschischen Zeitung“ wird aus Frankfurt gemeldet: „Die kommunistische Partei in Frankfurt geht sehr streng gegen ihre Mitglieder vor. Nun ist auch gegen den bekannten kommunistischen Rechtsanwalt Seidel ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden, weil er seinen Pflichten als kommunistischer Verteidiger nicht mit der nötigen Energie nachgekommen sein soll. Dr. Seidel führte die Verteidigung in einer Reihe von Prozessen gegen Kommunisten, u. a. auch vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig. Diese Vorgänge innerhalb der kommunistischen Partei deuten darauf hin, daß sich in ihr ein Zerfallsprozess vollzieht, der seit langem zu erwarten war.“

Barmat-Abbau.

Zu den eifrigsten Kämpfern im Streit um die Reinigung des öffentlichen Lebens gehört die „Börsenzeitung“. Morgens und abends führte sie den Kampf gegen die Barmats und die von ihnen verursachte schreckliche Korruption. Jetzt sieht sie sich genötigt, folgendes zu schreiben:

In Nr. 31 unserer Zeitung vom 20. Januar d. J. unter der Überschrift „Barmat und der Preussische Pressedienst“, Aufforderung dringend nötig, haben wir erklärt, es sei uns verabschiedet worden, daß auch dem Preussischen Pressedienst von seinen Barmat-Konzernen Gelder zugesprochen seien. Der Preussische Pressedienst hat die Richtigkeit dieser Behauptung bestritten. Dies hat uns Veranlassung gegeben, inzwischen eigene Nachforschungen anzustellen. Diese haben zu dem Ergebnis geführt, daß wir von der Unrichtigkeit der uns seinerzeit gewordenen Angabe überzeugt sind. Wir bedauern, einer falschen Information auch nur in der bedingten Form, wie es geschehen ist, Raum gegeben zu haben, und erhalten die Angabe, dem Preussischen Pressedienst seien Gelder von dem Barmat-Konzern zugesprochen, nicht aufrecht.

Die „Börsenzeitung“ und all die anderen Organe der Schwerindustriellen Kreise werden noch manches zuzunehmen müssen. Wie schrieb doch kürzlich ein deutschnationales Blatt: „Es ist zwar fraglich, ob gegen die Barmats strafrechtlich etwas herauskommen wird...“ Das ist allerdings fraglich. Nicht fraglich ist nur, daß sie bis zur Präsidentenwahl gehen müssen, denn bis dahin braucht man doch den Standfuß!

Goldströme für Killinger-Jarres.

Unererschöpfliche Mittel aus dem Korruptionsfonds.

Das Millionengeschäft der Schwerindustrie trägt jetzt seine Früchte für diejenigen Parteien, die es ermöglicht haben. Tausende und Abertausende von Mark sind bereits dem Reichsblock zur Vorbereitung der Präsidentenwahl zur Verfügung gestellt worden. Es heißt, daß die bisher eingegangenen Gelder an den Betrag von 2 Millionen Mark heranreichen. Man sieht, die Schwerindustrie und Landwirtschaft läßt sich die Sache etwas kosten, um Herrn Jarres schon im ersten Wahlgang durch das Ziel zu führen. Für die Erhöhung der Arbeiterlöhne besitzen diese Herrschaften nie Geld, aber es fließt in Hülle und Fülle, wenn es sich darum handelt, auf Jahre hinaus ihre Besitzinteressen zu sichern, und es wird gegeben in der Erwartung, daß es einstmals in verdoppelter Auflage zurückfließt. Das 700-Millionengeschäft hat gezeigt, daß diese Erwartung nicht unberechtigt ist, und im Falle des Sieges des Killinger-Jarres dürfte sich zeigen, daß die zu seiner Wahl gespendeten Gelder vervielfacht an seine Schildeträger wieder zurückfließen.

Mit welcher ungeheuren Mitteln die Rechtsparteien arbeiten, ergibt sich aus dem

Aufmarschplan der Deutschnationalen.

der unserem Darmstädter Parteiblatt in die Hände gefallen ist. Dieser Aufmarschplan stellt eine kleine Broschüre dar, in der alle Einzelheiten der Propaganda festgelegt und die deutschnationalen Organisationen im Lande für eine bestimmte Taktik verpflichtet werden. Aus ihm geht hervor, daß die Propaganda in der Hauptstadt von Berlin aus geleitet wird, und zwar „entsprechend der vom Finanzausschuß vorgegebenen Verteilung der Mittel“. Der Sinn der Propaganda ist, „die absolute Mehrheit schon im ersten Wahlgang heranzuführen“. An erster Stelle der Zentralstelle für Jarres-Kampagne steht die Propaganda. In Berlin ist zu diesem Zweck ein besonderer Presseauschuß gebildet, „der durch Presskonferenzen für die große Berliner Presse und die große Provinzpresse, sowie die durch die Korrespondenzbureaus der Partei und Organisationen und durch private Korrespondenzbureaus den größten Teil der kleinen Presse erfassen“ soll. Gleichzeitig ist für „Zeitschriften, Magazine, illustrierte Blätter usw. von Berlin aus Sorge getragen“. Im Zusammenhang mit diesen Festlegungen in dem deutschnationalen Aufmarschplan werden die Wahlkreisausschüsse in der Provinz gebeten, „über die Haltung der neutralen und gegnerischen Presse außerhalb Berlins so schnell als möglich zu berichten“.

Die Killinger-Jarres-Kundgebungen sollen durch musikalische und geistliche Darbietungen umrahmt werden. Eine großartige Filmpropaganda ist bereits eingeleitet. Zwei Filmgesellschaften sind beauftragt, verschiedene Filmaufnahmen von Jarres fertigzustellen. Weitere Verhandlungen mit Filmgesellschaften sind noch im Gange. Alles wird von Berlin aus bezahlt. Auch das kostspielige Plakat

„Jarres auf der Kaiserflagge“.

Es zeigt im Grund die Flagge Schwarz-Weiß-Rot und in schwarz „dann sehr wirkungsvoll“ den Kopf des Killinger-Jarres. Ausdrücklich wird hinzugefügt, daß die Bezahlung durch die Berliner Zentrale aus „Angst vor der Parteikonkurrenz“ erfolgt.

Ueber die eigenartige selbsttätige Propaganda der Kreisauschüsse wird gesagt: „Außer deutschnationalen Versammlungen müssen in jedem Ort gemeinsame nationale bunte Abende veranstaltet werden. Saalschutz und Schlepperdienst muß gleichfalls gemeinsam organisiert werden. Die Verteilung der Stimmzettel, die es nun nicht mehr geben wird, sollte „in gemeinsamer“ Besprechung genau geregelt werden. Es darf keinesfalls vorkommen, daß ein Säuerblock oder eine Strafe nicht berücksichtigt wird. Doppellieferung ist besser als keine.“

Dann kommt der „Hauptkämpfer“.

wie ihn die Deutschnationalen in ihrem Aufmarschplan selbst bezeichnen. Unter diesem Titel heißt es in der Reklamebroschüre für Jarres:

Notregelung des Finanzausgleichs.

Im Steuerauschuß des Reichstags wurde am Mittwoch die Notregelung des Finanzausgleichs beraten, durch die die bisherigen Bestimmungen bis zum 30. September 1925 verlängert werden. Staatssekretär Dr. Poply begründete die Vorlage mit der Schwierigkeit, rechtzeitig den endgültigen Finanzausgleich fertigzustellen. Von den Genossen Dr. Herz und Kell wird dem Gesetzentwurf zugestimmt. An die Bedingungen, die die Reichsregierung gegenüber den Ländern eingegangen sei, sei man aber nicht gebunden. Die Regierung müsse Auskunft geben, ob durch ihre Vereinbarung der dringend notwendigen Ermäßigung der Lohnsteuer und der Umlage der Schwerindustrie bereitet werden und ob die Garantie der bisherigen Höhe der Ueberweisungen eine Festsetzung für die Zukunft bedeute. Vom Genossen Kell wird noch besonders darauf verwiesen, daß die Regelung der Aufwertung der Regelung des Finanzausgleichs vorausgehen müsse.

Staatssekretär Poply antwortet, daß für die nächsten sechs Monate keinerlei Bindungen gegenüber den Ländern bestehen, und daß für die spätere Zeit auch nur eine Ueberweisung nach dem im Haushaltsplan eingezeichneten Steuerauskommen vereinbart sei. Reichsfinanzminister Dr. Schlieben bittet um unveränderte Annahme der Vorlage. Zur Aufwertung könne er nur erklären, daß selbstverständlich die durch eine Aufwertung der öffentlichen Anleihen bei den Ländern und Gemeinden entstehenden Kosten im Finanzausgleich berücksichtigt werden müßten. Die Regelung des Finanzausgleichs sei so schwierig, weil von den Ländern verlangt werde, daß für die Regelung entscheidend sein müsse der Bedarf des Reichs. Hierbei entschloß sich dem deutschnationalen Minister ein bei seinen Parteifreunden auf lange Gestalt stehender Satz: „Es wäre für Deutschland ein Unglück von unübersehbarer Tragweite, wenn das Reich nicht in der Lage wäre, in den nächsten Jahren seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen.“

In der weiteren Debatte, die sich auf die allgemeinen Probleme des Finanzausgleichs erstreckte, erklärte Genosse Kell, die Sozialdemokratie habe schwere Bedenken gegen den Plan, den Ländern und Gemeinden ein Zuschlagsrecht zu den Reichssteuern, insbesondere zur Einkommensteuer, zu geben.

Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen.

Im schließlichen Landtag wurde am Mittwoch ein Antrag der bürgerlichen Parteien über die Verringerung der Zahl der Abgeordneten verhandelt. Der Antrag ging dahin, die Zahl der Abgeordneten von 72 auf 54 herabzusetzen. Der Antrag erhielt aber nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Es stimmten 30 Bürgerliche dafür und 24 Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen.

Die Präsidentenwahl als schwarzweißrotes Frühlingsfest.

Der monarchistische Köder: Stimmung, Gemütlichkeit, keine Politik.

1. Sofortiges Belegen sämtlicher Säle in Stadt und Land für den Tag vor der Präsidentenwahl.
2. Hinausführung aller in die Wahlbewegung, die irgendwie zu haben sind.
3. In allen Lokalen werden am letzten Tage vor der Wahl Familienabende, Deutsche Abende, Frühlingsfeste usw. veranstaltet. Sollte aus irgendeinem Grunde der letzte Abend nicht passen, so kann auch ein Abend in der letzten Woche für die Veranstaltung gewonnen werden.
4. Sämtliche bürgerlichen Gesangsvereine, Turnvereine, Musikvereine, Dramatischen Vereine usw. werden zum Kommen verpflichtet. Ein möglichst buntes Programm ohne politischen Anstrich wird aufgestellt. Karten werden im Vorverkauf vertrieben, so daß alles Volk mit Kind und Kegel ankommt.
5. Im Saal gute

schwarzweißrote Dekoration.

Militärmärsche, deutsche Volkslieder singen lassen, entsprechende dramatische Aufführungen, Turnriege, lebende Bilder zeigen.

6. Eine kurze Ansprache gedruckt herstellen lassen und die an diesem Abend entweder vorlesen oder jedem Teilnehmer als Flugblatt mit nach Hause geben. Stimmung, Gemütlichkeit, keine Politik!

7. In Landorten, in denen derartige Veranstaltungen nicht möglich sein sollten, Redner dort hinsenden, die im Auto von Ort zu Ort fahren, 5 bis 20 Minuten reden und so an einem Tage mindestens ein Dutzend Versammlungen abhalten können. Drei Tage vorher durch Flugblätter auf die Versammlungen aufmerksam machen und die Reugierde der Bevölkerung erregen; daß aus diesem Grunde alle kommen.

8. Costautos mit vielen Fahnen, Trompeten und sonstigem Zubehör selbstverständlich.

„Alles wird von Berlin aus bezahlt!“

Das ist der immer wiederkehrende Refrain bei allen Anweisungen. Millionen von Mark müssen also zur Verfügung stehen, wenn das sorgsam ausgearbeitete deutschnationale Reklameprogramm für Jarres durchgeführt und die deutsche Bevölkerung so beschwindelt werden soll, wie es sich die Agrarier und Industriellen denken. Das Werbeprogramm der Deutschnationalen ist jedenfalls der beste Beweis dafür, um was es bei der jetzigen Wahl geht: denn darüber sollte sich jetzt endlich jeder Beamte, Angestellte und Arbeiter klar sein, daß die ungeheuren Summen zur Propaganda für Jarres von den besitzenden Schichten nicht ohne Rücksicherung ausgeworfen werden. Die überall empfohlenen „schwarzweißroten Frühlingsfeste“ sind ein Symbol für die künftigen Erwartungen unserer besitzenden Schichten. In der Wahl des Herrn Jarres sehen sie mit gutem Recht die bevorstehende Entzweiung der deutschen Arbeitnehmerschaft, den Abbau der Sozialgesetzgebung und die Vörschenschaft des Kapitals über die Arbeitskraft des einzelnen.

Es ist an der Zeit, daß die werktätige Bevölkerung Deutschlands endlich die Augen öffnet und sieht, um was es bei dem letzten Kampfe geht. Wer es nicht weiß, braucht nur den deutschnationalen Aufmarschplan für die Wahlen, insbesondere den „Hauptkämpfer“ zu lesen und dabei die Worte im Gedächtnis zu behalten: „Alles wird von Berlin aus bezahlt.“ Der Reichsbürgerrat Berlin ist die Abfertigungsstelle für hinterzogene Steuern und einen Teil der Gelder, die aus der Arbeitskraft des einzelnen Volksgenossen bei geringem Lohn herausgewirtschaftet werden.

Gegen diese deutschnationale Ueberschwemmung mit „Stimmung und Gemütlichkeit“ setzen die Sozialdemokraten im ganzen Lande ihren unbeugsamen Willen ein, die Korruption der Politik durch die Geldsäcke von Schlot und Ham niederzukämpfen, indem sie werden und wirken für den Kandidaten des schaffenden Volkes

Otto Braun!

Unterredung Herriot-Strzynski.

Paris, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterredung Herriots mit dem polnischen Außenminister Strzynski am Mittwoch dauerte länger als eine Stunde und hatte keine Zeugen. Strzynski äußerte sich zu einem Redakteur des „Intransigent“ sehr befriedigt über den Meinungsaustrausch. In Polen, erklärte er, habe man von Anfang an rückhaltloses Vertrauen zu Frankreich gehabt, während die Diplomatie in anderer Länder in Warschau sehr ernsthafte Besorgnisse ausgelöst habe, da man sich in mehreren europäischen Hauptstädten von der Größe der Gefahr nicht genügend Rechnung gebe, die dem europäischen Frieden drohe, wenn es nicht endlich gelänge, eine definitive und solide Lösung der Sicherheitsfrage zu finden. Seine Unterredung mit Herriot, erklärte Strzynski weiter, habe ihn in dieser Hinsicht vollkommen beruhigt. Ueber eine Reihe wichtiger Punkte sei man zu einem vollkommenen Einvernehmen gelangt.

Debatte im Kattowitzer Sejm.

Breslau, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Der ostoberschlesische Sejm in Kattowitz nahm einen Dringlichkeitsantrag aller polnischen Parteien gegen jede Revision der ober-schlesischen Grenze an. Der Deutsche Klub erklärt durch den bürgerlichen Abg. Dr. Pant, daß der schlesische Sejm für diesen Antrag unzuständig sei. Die Deutschen in Ostoberschlesien würden jeden Schritt unterlassen, der ein friedliches Zusammenleben Polens und Deutschlands fördere, da beide aufeinander angewiesen seien. Die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben sei die Erfüllung aller verfassungsmäßigen und vertragsmäßigen Rechte der nationalen Minderheiten. Gegen die Ausnützung der Grenzrevisionfrage zu einer neuen Hebe gegen die deutsche Minderheit werde Bewahrung eingelegt.

Der polnische Sozialist Biniszewicz sagte, die polnischen Arbeiter wünschten keinen neuen Krieg, wie er durch die Ausrollung der Grenzfrage provoziert werden könne. Die polnischen Grenzen müßten aber genau so garantiert werden wie die deutschen Westgrenzen. Korlanis schlug friedliche Töne an, indem er betonte, daß sich der Antrag nicht gegen die Deutschen in Polen richte und daß zwischen Polen und Deutschland enge wirtschaftliche Beziehungen möglich seien, falls die Grenzen nicht angetastet würden. Die deutschen Abgeordneten enthielten sich der Abstimmung.

Cord Curjans Zustand wird als hoffnungslos betrachtet. Im Oberhause wurde mitgeteilt, daß das Befinden Curjans beunruhigend sei, und daß die Ärzte die Krankheit als sehr ernst betrachten.

Gewerkschaftsbewegung

Der Konflikt in der Reichsbahn.

Vor der Verbindlichkeitsklärung.

Auf Einladung des Reichsarbeitsministers fand gestern im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Sichter eine letztmalige unverbindliche Aussprache mit den Parteien statt. Dr. Sichter teilte mit, daß beide Parteien den Schiedsspruch abgelehnt haben; die Reichsbahn wende sich vor allem gegen die restlose Wiedereinstellung der Streikenden. Er warf folgende zwei Fragen auf:

1. Ist eine Einigung zwischen den Parteien auf Grund des Schiedsspruches möglich? 2. Falls nicht, wie verhalten sich die Parteien zu einer Verbindlichkeitsklärung?

Dazu erklärten die Gewerkschaften, daß sie zu jeder Zeit bemüht gewesen seien, eine Einigung zu suchen. Sie würden auch jetzt eine Einigung nicht ablehnen, wenn die Gegenseite das notwendige Maß von Entgegenkommen zeige. Trotzdem der Schiedsspruch für die Gewerkschaften untragbar sei, würden sie sich den gesetzlichen Zwangsbefristungen einer Verbindlichkeitsklärung beugen.

Dr. Sichter erklärte daraufhin, daß das Reichsarbeitsministerium nunmehr zu der Lage Stellung nehmen und im Laufe des morgigen Tages die Entscheidung treffen werde.

Wie die Entscheidung ausfallen wird, kann nach Lage der Sache nicht zweifelhaft sein. Kommt die Verbindlichkeitsklärung nicht, dann kommt ein für beide Teile opferreicher, die Wirtschaft erschütternder Kampf. Aber Frieden wird die Verbindlichkeitsklärung nicht bringen. Der Schiedsspruch ist nicht allein völlig unbefriedigend soweit er die Löhne regelt, er ist vor allem unerträglich in der Arbeitszeit. Der Kampf wird weiter gehen. So, er wird jetzt erst richtig beginnen.

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn erklärt, daß es sich nicht um Munition handle bei dem von uns gemeldeten Transport aus der Leipziger Reichsmehrfabrik, sondern um Decken und Säcke für die Personalienhilfe.

Achtung, streikende Eisenbahner! Die Mitglieder der erweiterten Streikleitung und Kuriers erscheinen nicht in der Vormittagsführung der Streikleitung, sondern erst in der Nachmittagsführung des 19. März, und zwar pünktlich um 15 Uhr. Die Benachrichtigung muß in allen Streiklokalen erfolgen. Die Streikleitung.

Verhandlungen im Reichspostministerium.

Am 18. März fand auf Antrag des Deutschen Verkehrsverbundes wegen verschiedenen Klagen des kraftpost-technischen Personals unter Vorsitz des Herrn Reichspostministers Stinagl eine Verhandlung statt. Dem Deutschen Verkehrsverband waren vertreten: Gallentin-Berlin, Kündinger und Stimmer-München, Gantner-Stuttgart. Die Sitzung, in der überwiegend Fragen des kraftpost-technischen Personals verhandelt wurden, nahm circa drei Stunden in Anspruch. Die Aussprache ergab eine Verständigung dahin, daß sich die Vertreter des Deutschen Verkehrsverbundes bereit erklären, dem Herrn Reichspostminister Stinagl in einer Denkschrift die berechtigten Wünsche dieser Personalgruppe zu überreichen.

Die Lohnverhandlungen für die Lohnempfänger der Deutschen Reichspost beginnen heute vormittag 11 Uhr.

Internationaler Lohnschutz.

Die englische Arbeiterchaft leidet schon lange unter großer Arbeitslosigkeit. Der normale Stand ist seit Jahren 1-1,2 Millionen Arbeitslose. Es ist daher verständlich, daß das Problem, diese Arbeitslosigkeit zu beheben, alle Kreise beherrscht. Die Arbeiterpartei lehnt das Scheinmittel der Konventionen, sich durch Schutzzölle gegen Einfuhr billiger Waren zu schützen, ab und sucht bessere Wege. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß man durch Schutzzölle wohl den heimischen Markt der eigenen Industrie sichern könne, daß dieses Mittel aber verfehlt, wenn es sich um Konkurrenz auf ausländischen Märkten handelt.

Die Zeitschrift der Unabhängigen Arbeiterpartei, der „New Leader“, beschäftigt sich in der Ausgabe vom 20. Februar mit diesem Problem. Der Artikel verweist besonders auf die Gefahren deutscher Konkurrenz infolge der niedrigen Löhne und der höheren Arbeitszeit in Deutschland. Es heißt da insbesondere:

„Unser Ziel muß sein, den deutschen Arbeitern durch internationale Aktionen, politische und wirtschaftliche, zu helfen, ihre Löhne zu erhöhen. Etwas mag erreicht werden durch engere Verständigung zwischen den deutschen und den englischen Gewerkschaften, wenn notwendig durch finanzielle Unter-

stützung. MacDonald bestand auf gute Arbeit des Internationalen Arbeitsamts. Die Baldwin-Regierung wird unser unbedingtes Wort nicht vernachlässigen. Der erste Schritt muß sein, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren und die Verständigung auszuwirken, die Tom Shaw zwischen England, Frankreich, Belgien und Deutschland erreicht hatte, die den Achtstundentag durch gleichzeitig erfolgende Gesetzgebung sichern sollte. Internationale Aktionen dieser Art stehen noch in den Anfängen; wir müssen sie entwickeln, bis ein allgemeiner Standard anerkannt ist, nicht nur betreffend die Arbeitszeit, sondern auch für die Arbeitslöhne. Wir würden dann (wenn möglich) zusammen mit anderen Ländern) bekunntgeben, daß von unseren Häfen die Waren aller der Industrien ausgeschlossen sein sollen, die diesen Standard der zivilisierten Welt nicht respektieren. Wir würden solche Güter nicht besteuern; wir würden ihre Einfuhr überhaupt verbieten. Wir würden diese Maßnahme anwenden nicht nur auf die ausländische Industrie, sondern auch auf die unserer Kolonien, auf benachteiligte Lände sowohl wie auf deutschen Stahl. Unser Ziel würde nicht sein unsere Märkte zu isolieren; unser Ziel würde sein, unsere Arbeitskameraden von der Ausbeutung zu befreien.“

Uns scheint, daß die hier von den englischen Genossen gegebene Anregung es wert ist, aufgegriffen und in Gewerkschaftskreisen diskutiert zu werden. Ist auch nicht zu erwarten, daß das Internationale Arbeitsamt bald seine Tätigkeit auf Schaffung eines internationalen Lohnabkommens hinrichtet, so ist es doch wertvoll, den Boden für eine solche in Zukunft sicher kommende Maßnahme vorzubereiten.

Daß die englischen Genossen ersthaft an die Arbeit gehen, zeigt eine Mitteilung, wonach ein besonderes Komitee von der Zentrale der Arbeiterpartei und von der Gewerkschaftszentrale eingesetzt worden ist, das die Aufgabe hat, geeignete Maßnahmen gegenüber der Herstellung und dem Vertrieb von solchen Waren vorzuschlagen, die unter sogenannten „Schwih“-Bedingungen hergestellt sind.

„Verschiebung“ der Teuerungszuschläge für Beamte.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurden Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten behandelt, die für die Besoldungsgruppen 1 bis 6 eine Erhöhung des Teuerungszuschlages von 12 1/2 auf 20 Proz. fordern. Gegen diese Anträge wandte sich Reichsfinanzminister von Schleichen, auch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums lehnten die Anträge ab und wiesen auf die Rückwirkungen auf die Privatindustrie hin. Reichsverkehrsminister Dr. Krohne machte auf die schweren Rückwirkungen für die Eisenbahner aufmerksam. Der Ausschuß beschloß, die Anträge zu verschieben, um erst eine Stellungnahme der Fraktionen herbeizuführen.

Aus dem „Arbeiterparadies“ Sowjetrußland.

Vor dem Zöllnerausschuß des Reichswirtschaftsrats finden zurzeit die Verhandlungen über den künftigen Zöllnerfall statt. Am Mittwoch, den 11. März, wurden u. a. die Sachverständigen für die Papierholzindustrie vom Ausschuß gehört. Interessant war, was einer der kompetentesten Vertreter dieser Industrie u. a. in bezug auf Sowjetrußland ausführte. Danach war Rußland schon vor dem Kriege der größte Holzlieferant für diese Industrie. Bei dem ungeheuren Bedarf an Fichtenholz und bei dem ungenügenden Vorkommen in Deutschland ist man bemüht, mit Rußland wiederum in ein erträgliches Lieferungsverhältnis zu kommen. Es wird angegeben, daß die Qualität gut ist aber sehr teuer. Die hohen Preise für das Papierholz sind aber nicht etwa auf bestehende gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzuführen, sondern basieren auf Voraussetzungen, die im derzeitigen russischen System teilweise ihre Erklärung finden. Für die Arbeiter kommt kein geregelter Stundenlohn in Frage und nicht etwa, damit verbunden, der achtstündige Arbeitstag, sondern man arbeitet durchgängig im Afford, und zwar 14 Stunden lang, solange es eben hell ist. — Als Arbeitgeber kommt kein privater Unternehmer, sondern die Sowjetregierung selbst in Frage.

Diese Darlegungen des Sachverständigen zu kommentieren, würde bedeuten, die Dinge, wie sie in Wirklichkeit liegen, abzuschwächen. Der deutsche Arbeiter möge zu dem vielen über das angebliche Arbeiterparadies Gehörten diesen weiteren Beitrag entgegennehmen und daraus selbst die erforderlichen Schlüsse ziehen.

Zum Streik in der Bielefelder Metallindustrie.

Bielefeld, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Die vom Schlichter für Bielefeld eingeleiteten Einigungsverhandlungen sind gescheitert. Im Vordergrund des Streiks steht vor allem der Kampf um die Arbeitszeit.

Malereistreik in Köln.

Köln, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kölner Maler und Anstreicher stehen seit Mittwoch früh im Streik; der gefällte Schiedsspruch wurde von ihnen abgelehnt, weil er erheblich hinter dem von der Stadt Köln errechneten Existenzminimum zurückbleibt. Als Forderung wurde 1,25 M. Stundenlohn aufgestellt.

Verschärfung des Metallarbeiterstreiks in Mussolinien.

Rom, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Metallarbeiterstreik dauert an. Er hat in Piemont bei Triest und in der Provinz Venezia Gula weitere Ausdehnung erfahren. Aus Neapel wird berichtet, daß der Streikbeschluss denotische. Am Donnerstag dürfte auch in Rom gestreikt werden. Die Regierung hat in Mailand die faschistische Miliz mobilisiert. In Brescia haben die faschistischen Syndikate die Arbeit aufgenommen, ohne aber das Abkommen zwischen Farinacci und den lombardischen Industriellen anzuerkennen. In Mailand und Turin wurden die sozialistischen Blätter wegen der Wiedergabe von Redungen über den Metallarbeiterstreik beschlagnahmt.

Zerschlagen des Generalstreiks in Griechenland.

Athen, 18. März. (CP.) Die Anstrengungen des allgemeinen Arbeiterbundes, den Generalstreik im ganzen Lande durchzuführen, sind fehl geschlagen. Die Straßenbahnangestellten, die Straßenbahnarbeiter, die Elektricitätsarbeiter, die sich den Eisenbahnern angeschlossen hatten, haben die Arbeit wieder aufgenommen, da die Regierung sich geweiheit hatte, mit ihnen in Unterhandlung zu treten, solange sie die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten. Die Hafenarbeiter und die Bäcker haben beschlossen, sich der Bewegung nicht anzuschließen. Man glaubt, daß die Eisenbahner die Arbeit bald wieder aufnehmen werden, da der Streik gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg hat.

Achtung, Töpfer! Versammlung am Freitag, den 20. März, abends 6 Uhr, in den Krebsen-Hofkellern, Landbenderer Str. 11. Der Deutsche Bausgewerksbund und seine Abteilung „Referent Richter“ Diskutieren, Stellungnahme zur Lohnforderung zum 1. April. Einberufung und Mitbestimmung sind einzuhalten. Deutscher Bausgewerksbund, Fachgruppe der Töpfer.

Achtung, 2. Autobus-Conferenzen! Montag, 20. März, abends 7 1/2 Uhr, beginnt im Hörsaal des Doro-Palastes für Arbeiterkassen und Arbeitervereine, Berlin SW. 7, Freitag, 18. März, eine neue unter der Leitung von Herrn Krauß folgende Autobus-Conferenzen, die den Ziel: Kampf, Ford und was weiter? (Hör. Referenten für diese Konferenzen, die mit Doppelstunden umfasst, sind zum Beispiel: Herr A. B. von der Ortsverwaltung Berlin des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, SW. 69, Berlin, 7 (Fernruf: 7310, Zimmer 3000), erhältlich. Referenzen auf Oberleitern müssen unbedingt aufgegeben werden, weil einmal der Vortrag nur für eine begrenzte Teilnehmerzahl gebucht ist, und weil zum anderen der Referent bereits in den nächsten Tagen (20. März) beginnt. Wir empfehlen insbesondere den Kollegen, die den 1. Autobus-Conferenzen beizutreten, sich rechtzeitig eine Überfahrkarte zu sichern. Der diesmahlige Vortrag ist für den 20. März, abends 7 1/2 Uhr und für den 2. 4., 8., 16. und 20. April d. J. vorgesehen. Autobus-Ortsverwaltung Berlin.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Freizeiten: R. D. Böcker; Cafés und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.



Wer ihn dauernd trinkt, erhält sich gesund und spart dabei. Die praktische Hausfrau weiß das! — 1 Pfund nur 50 Pfg. —

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18 Norden 9296 • Norden 12643 Säle frei!

Schuh Strumpf Stoff Kleid

und Handschuh-Verkauf

<p>Blusen u. Unterröcke</p> <p>Hemdbiuse aus gutem gestreiften Zephir mit Taschenn., in colder Verarbeitung 3 75</p> <p>Jumper aus gutem Vollwolle, mit normalen Einsätzen reich garniert 3 90</p> <p>Kasak aus gutem baumwollenen Musellin, in schönen Details 3 90</p> <p>Kasak aus gutem Vollwolle, mit farbigen Binden reich ausgeführt 5 50</p> <p>Kasak aus gutem Vollwolle, in schöner, bunter Anmusterung, ca. 80 cm lang ... 9 75</p> <p>Kasak aus gutem kasseeideneen Trikot, mit langen Ärmeln u. farb. Besatz, ca. 90 cm lang 13 75</p> <p>Unterrock aus gutem kasseeideneen Trikot, mit Filzevolant, in vielen modernen Farben 6 75</p> <p>Unterrock aus guter, reiner Seide 9 75 13 75 aussergewöhnlich billig</p>	<p>Cheviotkleider mit Tresse oder Knopfgarnitur 7 90</p> <p>Marocainkleider reine Wolle, mit langen Ärmeln und Stückerel 15 75</p> <p>Mäntel aus covercoatartigen Stoffen, modern verarbeitet 15 90</p> <p>Donegalkostüme und Kammgarncheviot, Jacke ganz gefüttert 19 75</p> <p style="text-align: center;">Kinder-Bekleidung</p> <p>Kinder-Kleider 45-70 cm lang, aus reinwollenen Stoffen verschieden garniert, ca. 45 cm lang Jede weitere Größe 50 Pf. mehr 4 00</p> <p>Mädchen-Kleider 75-110 cm lang, reinwoll. Stoffe, neue Formen, ca. 75 cm lang Jede weitere Größe 75 Pf. mehr 7 25</p> <p>Matrosen-Kleider 90-95 cm lang in Kittle-form, marino Cheviot, ca. 80 cm lang Jede weitere Größe 1,00 M. mehr 13 00</p>	<p>Hüte</p> <p>Pannette mit Liseretgedecht abgenutzt 6 75 8 75</p> <p>Liseretköpfe runder, feine Seidengarnituren 8 50 10 25</p> <p>Trotteurs Liseretgedecht, feine Garnitur 3 75 4 75 10 50</p> <p>Trotteur Tagalplott, sobliche Bandgarnitur, schwarz und farbig 6 90</p> <p>Fesche Liseretform mit Bandgarnitur 4 25</p> <p>Backfischschute Liseretgedecht, mit Bandgarnitur 5 50</p> <p>Kleine Glocke Liseretgedecht, mit Bandgarnitur 6 00</p> <p>Backfischglocke Liseretgedecht, mit Bandgarnitur 5 75</p>	<p>Damen-Handschuhe Glacé, farbig, 2 Druckknöpfe... 2 90</p> <p>Damen-Handschuhe Regenleder, a/b, 2 Druckknöpfe... 3 90</p> <p>Damen-Handschuhe Nappa, Stepper, 2 Druckknöpfe... 4 50</p>
---	--	---	---

Tietz

Hermann

Damen-Handschuhe Schweden, e/r, 1 Paar, Elégantisch **4 90**

Herrn-Handschuhe Glacé, farbig, 1 Paar, 2 Druckknöpfe... **2 90**

Herrn-Handschuhe Nappa, Stepper, 1 Paar, 1 Druckknopf... **4 90**

Kleine Unzufriedene und Ruhestörer.

Zu den verwerflichsten menschlichen Eigenschaften gehört die Schikane. Feige Menschen, die niemals offen, immer aus dem Hinterhalt ihre Mitmenschen mit Rabellischen brutalisieren, es mit erstaunlicher Fähigkeit durchführen und dabei so raffiniert vorgehen, daß man ihnen mit Rechtsmitteln nicht immer leicht beikommen kann, hat es zu allen Zeiten und auf allen Gebieten gegeben. In der Werkstatt und im Bureau, im gewerblichen, häuslichen und politischen Leben, kurz überall stößt man auf jene üble Sorte, die sich ein satanisches Vergnügen daraus machen, anständige und friedliebende, aber ihnen verhasste Menschen bis auf das Blut zu reizen und zu peinigten. Hier ist der Schikanist ein Vorgeleiteter, der die ihm in die Hand gegebene Macht mißbraucht, dort ein Gleichgestellter, der nach dem Teufelsrezept arbeitet: es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt! Einer der schlimmsten Tummelplätze dieser Art war bekanntlich die Kaserne unseiner wilhelminischen Angehörigen. Noch heute aber wirkt das, was beim Militärismus ein weitverzweigtes System war, in Tausenden niederträchtiger Fälle fort.

Kranke.

Der Schikanist ist in jedem Falle, in allen seinen Abarten, eine pathologische Figur. Der Normalmensch verfügt über so starke Hemmungskraft, daß er jede kleinliche Schikane weit von sich weist, zu ihr gar nicht fähig ist. Er tritt seinem Gegner mit offenem Bistier entgegen, trägt Meinungsverschiedenheiten in christlichem

Charakteristisch beim weiblichen Element hervor. Die Schikane ist, obgleich zu ihr auch nicht ganz wenige Männer neigen, doch so recht eigentlich die Domäne des Weiblichen. Alle Frauen, die im häuslichen Leben den schändlichen Kleinriegel mit Nachbarn führen, sind *nervos überreizt* oder *schwer hysterisch* und oft schon erheblich über die Grenze hinaus, die nach wissenschaftlicher Anschauung die trotz der Nervosität gerade noch Geistesgesunden von dem bereits Geisteskranken trennt. Die systematische Schikane gehört daher weit öfter vor das Forum des Arztes als vor das des Strafrichters.

Hauskrieg.

Die noch heute häufigste Form der Schikane ist die *Giftpfcherei* gegen den Hausnachbar. Es ist unglaublich, zu welcher Niedertracht sich da der Menschengeist verirrt. Anonyme Briefe, die man verächtlich in den Papierkorb wirft, sind noch das Erträglichste. Bedenklicher sind Postpakete mit übertriebenen Abscheu- oder mit Artikeln, die beim Öffnen des Paketes knallen. Vor einigen Jahren erhielt eine schikanierete Frau ein Postpaket, das nach dem Öffnen den in Wachs nachgebildeten blutüberlieferten Kopf einer Leiche zeigte. Die Empfängerin verfiel in Schreikrämpfe und war wochenlang krank. Nicht selten wird die Wohnungstür des schikaniereten Nachbarn nach Verbrecherart mit Rot beschmiert. Vielfach läßt man den ganzen Tag über den Phonographen Narren oder haut wie ein Elefant auf den Tasten des Mutterinstrumentes Klavier herum. Wieder andere gehen in der freundlichen Absicht, den unter ihnen wohnenden Mieter zu stören, mit schweren Stiefeln von früh bis spät über die Dielen. Sogar die Kinder werden zu solchem und ähnlichen Unfug abgerichtet. In derartiger Vergiftung der Kindesseele sieht man neben der besonderen Gemeinheit wieder das pathologische Moment. Die Kinder der Hysteriker haben doch fast immer von den krankhaften Trieben ihrer Eltern mehr oder weniger auf die Welt mitbekommen und mühten deshalb mit äußerster Vorsicht erzogen werden. Sie zur Schikane gegen Erwachsene anzustiften, ist geradezu ein Verbrechen. Eine an Hysterie und Verfolgungswahn leidende Frau rächte sich an einem unter ihr wohnenden Lehrer, der sich über ihr lautes Treiben beschwert hatte, dadurch, daß sie jeden Nachmittag und Abend den Fußboden mit Prektholen bombardierte. So ist überhaupt die Lärmsucht und das absichtliche Lärmen das Hervorstechendste bei diesen kranken Menschen.

Wie schützt man sich?

Zurückhaltung ist manchmal verkehrt, schnelles Zutreten das einzig Richtige. Die Schikanierenden sind nicht so schutzlos, wie sie gewöhnlich glauben. Vor allen Dingen muß mit Ruhe und Umsicht der Feindbeweis gesichert werden. Manche Leute, die systematisch belästigt werden, greifen in ihrem Zorn zur Revanche. Um zu sehen, wer beispielsweise den Schikanierenden am längsten aushält, leiden sie sich eine Trommel oder Bunte, bringen im Zimmer eine gelende Sirene an oder hauen Holz. Das alles ist natürlich Unfug und bringt den Belästigten vom Bege des Rechts ab. Es gibt eine ganze Anzahl Rechtsmittel, um auch den bösartigsten Krafteier zur Ruhe zu zwingen. Liegt die Gefahr schwerer und absichtlicher Gesundheitsschädigung vor, womöglich verbunden mit Behinderung der Erwerbstätigkeit, so greifen auf Antrag die Kriminalpolizei und die Gesundheitspolizei ein. Der zunächst verwarnete Schikanist und Ruhestörer kann, wenn er sein unter Umständen gemeinschaftliches Treiben fortsetzt, dem Kreisarzt zur Untersuchung seines Geisteszustandes überwiesen werden. Beim ordentlichen Gericht kann man auf Unterlassung der Schikane und Ruhestörung klagen. Das geht im Wege der einstweiligen Verfügung sehr schnell. Es müssen dann aber dem Antrope eldastatische Versicherungen von Zeugen beigefügt werden. Hierbei ist zu beachten, daß die Gerichte ruhestörenden Lärm zu nachtschlafender Zeit und am Tage unterscheiden. Gegen Lärmklagen ist in der Regel nur dann mit Erfolg zu klagen, wenn einwandfrei die schikanoöse Störung oder die Gesundheitschädigung nachgewiesen wird. Eine sehr scharfe Handhabe hat unter der Wohnungszwangswirtschaft auch der Hausbesitzer, dem man in diesem

Falle beipflichten muß, wenn er zum Schutze von Mietern niederträchtige Handlungen nicht duldet. Die systematische Schikane in offener oder verdeckter Form ist identisch mit dem Begriff der erheblichen Belästigung, die nach § 2 des MieterSchutzgesetzes mit dem Verlust der Wohnung bestraft wird. Unter erschwerenden Umständen sind sogar Schadenersatzklagen möglich. Ein gewisser Schutz, wenigstens für Stunden, liegt im — Rundfunk. Wer Radiovorträge



Ein Trio, das jeder fürchtet.

hören will, darf dabei keinen Rabau machen. Das ist für Störenfriede ein ganz gutes Erziehungsmittel, da ja nun sie selbst Ruhe beanspruchen.

Seid Menschen, seid friedlich! Macht nicht das Wort Kants wahr, daß wir nur dazu auf der Welt zu sein scheinen, um uns gegenseitig zu zerfleischen! Das heutige schwere Leben erfordert mehr wie je Zusammenhalten und Verträglichkeit. Sinn für die Rücksichtnahme auf den einzelnen wie auf Ganzes, Vernunftgemäßes Denken und Handeln, oft schon ein einziges und kluges Wort kann unendlich viel Unheil verhindern. Wer aber sich nicht eingliedern will in die einfachsten Ordnungsbegriffe, ohne die man auch in einem republikanischen Staatswesen nicht auskommen kann, den treffen die volle gesetzliche Schwere der Selbstverschuldeten folgen.

Kriegsopfer! Rundgebung am Donnerstag, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr, in dem Hohenzollern-Hotel, Charlottenburg, Berliner Str. 106, für eine bessere Rentenversorgung und für die Ausgestaltung der bestehenden Fürsorge. Reichsband der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsermüdeten.



Die beliebteste „Ruhestörung“.

Kampfe aus. Schon in der Heimtücke des gewohnheitsmäßigen Schikanisten, der mit äußerster Raffinesse, das man gerade bei geistig minderwertigen Menschen so erstaunlich entwickelt findet, für Zeugnisausschaltung sorgt, liegt keine Gefährlichkeit und damit keine pathologische Bewertung. Beträchtet man die Schikanisten mit hellen Augen in ihrem übrigen Leben, so werden sie auch hier durchweg zahlreiche krankhafte Züge erkennen lassen. Das tritt besonders

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

49] Von Wilhelm Hegeler. (Schluß.)

Während des Abendessens verhielt Elisabeth sich still und zurückhaltend. Nachdem sie aber die Kinder in Eile zu Bett gebracht hatte, kam sie wieder herunter und bat ihn, an diesem letzten Abend mit ihr noch einen Spaziergang zu machen, auch sie hätte ihm mancherlei zu sagen.

Sie nahm seinen Arm und führte ihn ins Freie hinaus, denselben Weg, den sie mit Rysed gegangen war.

„Vor allem muß ich dir sagen, daß ich jetzt weiß, was der Grund deiner Kälte gegen mich während der letzten Wochen war. Was hast du durchgemacht während dieser Zeit! Und ich ahnte nichts davon. Ich beschuldigte dich noch der Gleichgültigkeit. Ich nannte dich herzlos. Und abends ging ich aus und war vergnügt und ließ dich allein mit deinen Todesgedanken.“

Ihre eben noch ruhige Stimme zerbrach, ihre Worte wurden schmerzvoll gepreßtes Flüstern:

„Du glaubtest mich schonen zu müssen. Du wolltest deine Not allein leiden. Aber damit hast du mir das Beste genommen, was einer Frau werden kann: dem geliebten Wesen Trost sein zu können in seinen schweren Stunden. Und hast zugelassen, daß ich mich verlor. Aber ich klage dich nicht an. Ich allein bin so schuld, von Anfang an. Meine Feigheit. Mein Mangel an Vertrauen.“

„Elisabeth — sollen wir wirklich unsere Schuld gegeneinander abwägen? Meine Gleichgültigkeit gegen deinen Mangel an Vertrauen. Meine Selbstsucht, die alle deine Liebe wie etwas Selbstverständliches hinnahm. Wir waren beide schuld. Wir hatten uns verloren. Laß uns freuen, daß wir uns wiedergefunden haben.“

„Haben wir uns wirklich gefunden?“

Er blieb stehen, sah sie nur an:

„Hast du nicht gefühlt, fühlst du jetzt nicht, daß ich dich nie so heiß, so sehnsüchtig geliebt habe wie in dieser Zeit, wo ich dich nicht berühren durfte? Elisabeth — du schöne Wiedergefundene!“

Er streichelte ihr Haar, sprach zu ihr gütige, liebevolle Worte aus seinem ergriffenen und verstehenden Herzen. Plötzlich blieb sie stehen.

„Die Kastanien blühten. Dort ist die Bank.“

Noch einmal sah sie alles vor sich, sah auf die schwarze, vom Lann überdachte Höhlung des Waldweges, sah den tiefen

Wielengrund und gegenüber die ernste Wölbung der Baldhöhe, aus der das Gemäuer des Schlosses sich erhob als schwarze Silhouette in dem zarten, unendlich tiefen Glanz dieses verdämmerten Sommerabend. Eine wunderbare, klingende Stille lag über der Landschaft. Grillen zirpten, und über dem Gebüsch des Abhangs zogen Glühwürmchen ihre silbernen Bahnen.

„Dort habe ich mit ihm gefessen.“ sagte sie in atemlosen Flüsterton. „Und er hat mir von seiner Liebe gesprochen. Er sprach davon mit solcher Leidenschaft — auf eine so betörende Weise, daß auch ich nur meine Liebe zu ihm fühlte, und wenn nicht —“ Ihr Flüstern stockte. Ihre Hand griff nach seiner. Ihr Blick glitt blas, in tödlichem Erschrecken, nach dem Gebüsch, als täten sich die Zweige wieder auf und erschien dort noch einmal das unwahrscheinlich spitze, tierhafte Gesicht ihres Verfolgers.

„Er war uns nachgeschlichen und belauerte uns. Und wenn ich ihn nicht gesehen hätte — er legte schon auf uns an —, dann hätte er schon damals geschossen und hätte wohl besser getroffen als das nächstmal. Er war es — nicht ich —, er hat mich gerettet, der Unglückliche. Und hat meinen Leichtsin mit seinem Leben gebüßt. Ach, du, halt mich! Halt mich! Es ist etwas Gefährliches in mir.“

Am nächsten Morgen erhielt Rysed den Besuch Hoffis. Elisabeth hatte ihren Mann nicht begleitet, aber auch abwesend war sie bei dieser Begegnung zugegen. Ja, gerade das lebhafteste Gefühl ihrer Nähe, das Erfüllungsein von ihr, einst der Grund der Entfremdung der beiden Männer, war jetzt die vermittelnde Brücke zwischen ihnen, nachdem in Rysed Leidenschaft und Enttäuschung sich geklärt hatten zum Bewußtsein des legeländenden Gewinns ihrer Freundschaft. Dennoch bestand in der ersten Minute eine gewisse obwartende Zurückhaltung zwischen ihnen, und ihre forschenden Blicke schienen auszufragen: entweder haben wir einander sehr viel oder sehr wenig zu sagen. Aber diese kühle Verhaltung entsprach nicht Ryseds Art. Sie plötzlich aufrichtend und die dunklen Augen in der alten brennenden Unruhe auf Hoff richtend, sagte er:

„Eins möchte ich wissen. Halten Sie es für möglich, daß dadurch, daß Sie mir Ihr Blut einpumpten, sich mein Temperament, mein Wesen irgendwie verändert hat?“

„Das halte ich für ausgeschlossen. In der Beziehung brauchen Sie nichts befürchten.“

„Nicht, daß ich es fürchte! Warum? Es wäre vielleicht ganz interessant. Also ich werde weiter als mein altes Ich durchs Leben wandern? Durch dies Leben, das ich Ihnen verdanke. Sie haben mich ja gerettet. Ich danke Ihnen! Offen gestanden, ich hätte es nicht verdient.“

„Offen gestanden, hatte ich anfangs auch nicht die Absicht, es zu tun.“

„Und dann geschah es doch! Wir sind ja beide haarsträubend an der Kirchhofsmauer vorbeigestreift. Daß das Schicksal uns trotzdem zum Weiterleben bestimmt hat, muß seinen tieferen Grund haben. Den müssen wir noch herausbekommen. Ich hoffe, in Deutschland zu bleiben. Ja, trotz allem, was noch kommt. Man teilt das Schwere wenigstens mit seinen Freunden.“

„Dann hoffe ich Sie wiederzusehen,“ sagte Hoff.

Am Nachmittag machte Rysed seinen ersten Gang ins Freie. Wie hatte sich die Landschaft in diesen Wochen verändert! Die weißen Blütenbäume hatten sich tief begrünt und Früchte angelegt. Boller und männlicher schienen ihm die Vögel zu singen. Und in ihren vielfimmigen Klang aus der Höhe tönte von der Erde her ein unendliches Zirpen und Schwirren. Wie eine grüne Mauer erhob sich das mannshohe Getreide, runde Heuhaufen wölbten sich schon da und dort auf den Wiesen, und nah und fern waren jenseitsschwingende Männer und Frauen mit Rechen am Werk. Wie alles wuchs und unter dem blauen Sommerhimmel der Vollendung entgegenreife! Aber plötzlich hemmte Rysed den weichen luftvollen Schritt, hob tiefer atmend den Kopf: er schmeckte die Luft, den warmen Geruch der Erde und des blühenden Korns, aber zugleich den würzigeren kühlen Duft des frisch gemähten Grases, und im selben Augenblick vernahm er auch inmitten der Schmetternden Klangfülle einen anderen Ton: gedämpftes Rauschen der Sense, fernen Nagelschlag aus irgendeiner Werkstatt. Der Tod! Der Tod! Schon war er wieder in seinem Ohr. Aber wenn es auch der alte wohlbekannte Ruf war, er hatte nicht mehr den alten verhassten Klang. Es war nicht mehr die fremde Gewalt, gegen die sein Herz sich in Angst und Empörung erhob. Es war, als wären Leben und Tod ein Klang geworden, ein Atemzug, als wäre die Luft des Lebens nicht weniger sonnig und warm, aber voller, würziger geworden durch die kühle Mahnung der Vergänglichkeit. Und während der horchende Ausdruck auf seinem Gesicht sich beruhigte zu heiterem Ernst, kam ihm ein Wort über die Lippen, das nur die augenblickliche Tagesstunde und die gerade herrschende Stimmung bezeichnete und das zugleich doch zu ihm selbst in irgendeiner Beziehung stand. Er blickte in den milden Glanz des Himmels, den die Feuerarten der Sonne nicht mehr überlohten, auf die vom fernen Dunst mher zusammengehaltenen als verhüllten Umrisse der fernen Hügel, über das vielfarbige, aber zugleich beruhigte Prangen der Felder — er sah das alles mit seinen Augen und war mit seinem Blick doch ganz in sich verloren, als wäre die Welt um ihn ein Abglanz seiner neuen inneren Welt.

Märzgefallenenfeier des Reichsbanners.

In den Spichernsälen fand gestern abend eine Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt, nachdem eine Feier unter freiem Himmel vom Polizeipräsidenten verboten worden war. Der Saal war gut gefüllt, mit schwarzrotden Fahnen geschmückt, vom Podium grüßte das Reichswappen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Kameraden Biermann ergriff der Vorsitzende der Potsdamer Ortsgruppe des Reichsbanners, Dr. Fischer, das Wort zu folgenden Ausführungen:

Wir bedauern, daß das Reichsbanner nicht Gelegenheit hatte, auf dem Friedhof der Märzgefallenen Zeugnis davon abzulegen, daß der Gedanke der Einigung des Reiches und der großdeutschen Republik marschiert, für diesen Gedanken, für den die über den Heldenstand starben. Wenn Dr. Jarres den Wunsch ausgesprochen hat, daß sich das deutsche Volk mehr mit seiner Vergangenheit beschäftigen möge, so sei ihm erklärt, daß die Reichsbannerleute für Gegegenwart- und Zukunftsaufgaben große Opfer bringen, und daß wir der Vergangenheit insofern leben wollen, wie sie im Sinne der über den Heldenstand starben, und im Sinne der wilhelminischen Epoche liegt. Nicht das typisch revolutionäre des Aufstandes vom 18. März, an dem 185 Deutsche aller Klassen für die gemeinsamen Ideale den Märtyrertod starben, sondern die übertragende Größe der ganzen Bewegung von damals ist es, was auch unser Streben kennzeichnen soll. Wir bekennen uns gleichfalls zu jenem Parlamentarismus der 48er Kämpfer, der hervorragende Bedeutung auch gegen die Bismarcksche Verfassungsform gewann, und zur Einheit des Reiches, die damals gegen den Partikularismus gefordert wurde. Auch hierin stehen wir in entscheidendem Gegensatz zu Dr. Jarres. Wenn er sich jetzt zum Mitteldeutschtum bekennt, so erklären wir, daß wir mit dieser Orientierung nichts gemeinsam haben. Wir wollen, daß die ganze deutsche Nation sich in einem einzigen großen Staate konstituiert, und wir wollen nicht, daß Deutschland alle Völker beherrscht, sondern lediglich die Verwirklichung Groß-Deutschlands, d. h. den Anschluß Deutsch-Ostpreußens. Für diese Ziele, die schon 1848 lebendig waren, zieht das Reichsbanner als Kampforganisation aller republikanischen Parteien in den Wahlkampf und ehrt so würdig die großen Taten des republikanischen Gedankens. Darum ist die Inschrift des Reichsbannerkreuzes auf den Gräbern der Märzgefallenen unser Symbol: Deutsche Republik, mir schweben, letzter Tropfen Blut soll dir gehören!

Der dritte Vers des „Deutschland-Liedes“ und ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die Republik schloß die bedeutende Kundgebung.

Geht Dr. Karding!

In den Kreisen der Stadtverwaltung wird seit einiger Zeit das Gerücht kolportiert, daß der Berliner Stadtkämmerer, Dr. Karding, die Absicht habe, einem Kaufmann zu folgen, um dort das gleiche Amt zu übernehmen. Auch aus Hannover wird berichtet, daß eine Bewerbung Dr. Kardings für den Posten des Oberbürgermeisters in Hannover vorliege. Ein Auscheiden Kardings aus dem Berliner Magistrat würde zweifellos von allen Parteien bedauert werden. Dr. Karding hat sich sowohl durch sein verbindliches und ausgeglichenes Wesen, durch seine anerkanntswürdige sachliche und unparteiliche Haltung, wie auch durch seine Leistungen als Kämmerer Ansehen in allen Kreisen erworben, die mit der Stadtverwaltung zu tun haben. Auch in der sozialdemokratischen Fraktion herrscht Einmütigkeit darüber, daß ein Auscheiden Dr. Kardings ein bedauerlicher Verlust für Groß-Berlin sein würde. Wir glauben aber, daß es durchaus gelingen wird, den Berliner Kämmerer zum Bleiben auf seinem verantwortungsvollen Posten in Berlin zu bewegen. Die von ihm gestellten persönlichen Forderungen werden in der Stadtverordnetenversammlung sicher alle Majorität finden.

Das Friedrich-Ebert-Heim der Arbeiterjugend.

Der Reichsausschuss des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, der vom 6. bis 8. März gemeinsam mit dem Hauptvorstand in Hamburg tagte, faßte u. a. folgenden Beschluß:
„Der Reichsausschuss beschließt, daß das erste Reichsfriedenheim des Verbandes, Schloss Zänisch, zum Gedenken an den großen Führer der sozialistischen Jugendbewegung fortan den Namen „Friedrich-Ebert-Heim, Reichsfriedenheim der sozialistischen Arbeiterjugend“, führt.“
Friedrich-Ebert war bekanntlich zehn Jahre hindurch Vorsitzender der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, und er hat auch während seiner Amtszeit als Reichspräsident wiederholt sein großes Interesse an der sozialistischen Jugendbewegung bekundet. Die sozialistische Arbeiterjugend ehrt so in vornehmster Weise ihren ehemaligen Vorsitzenden und großen Vorkämpfer.

Die Reorganisation des Hundefangs.

Am 1. April dieses Jahres wird der Hundefang in Berlin, nachdem dem bisherigen privaten Hundunternehmer das Vertragsverhältnis gekündigt worden ist, wieder von dem Berliner Tierfängerverein ausgeübt. Der dieses Amt bereits 30 Jahre lang bis zum Jahre 1922 inne hatte. Die Stadt trägt die Kosten des Fangs, während die eingehenden Gebühren der Stadtkasse zufließen. Ein besonderer Bevollmächtigter des Deutschen Tierfängervereins, der keine finanziellen Vorteile aus dem Hundefang hat, trägt die Verantwortung für eine reibungslose Durchführung des Hundefangs dem Polizeipräsidenten und der Stadt Berlin einerseits

und dem Verein andererseits abgeklärten Vertrages. In Zukunft wird die Sammelstelle für die eingefangenen Hunde wieder der Tierhort des Tierfängervereins in der Schillerstraße 4 sein, von wo aus die nicht abgeholfenen Hunde nach einigen Tagen in das dem Verein gehörende Tierasyl in Lankeith abtransportiert werden. 20 Beamte mit vier Fahrzeugen werden in den Dienst des Hundefangs gestellt.

„Auf der „Misch“, große sachverständige Auswertung für das gesamte Kaiserreich und den militärisch-wirtschaftlichen Betrieb in Berlin (22. Februar bis 10. März) wurde die Firma Heinrich Franz Söhne G. m. b. H., Berlin, Humboldtstraße (Witte.), durch die Verleihung der goldenen und silbernen Medaille ausgezeichnet.

Die Verleiher des Kornfrank-Getränk, wie es im Gegensatz zu dem des Bohnenkaffees genannt wird. Außerdem schänkt die Firma ein Getränk aus, das zu 75 aus Milch und 25 aus Kornfrank besteht.

Der Verkauf, den zahlreichen Ausstellungen, Wettrennen und solchen Besuchen, die mit der Kinderpflege und Kindererziehung zu tun haben, zu beweisen, daß Milch mit Kornfrank gemischt nicht nur ein ausgezeichnetes schmeckendes Getränk ergibt, sondern in ganz besonderem Maße berufen ist, bei der Kindererziehung eine wichtige Rolle zu spielen, darf in vollem Maße als gelungen bezeichnet werden.

Die Mütter für Vorkindergärtchenschulen sind in Heft 2 folgendes:

„Kornfrank“ mit Milch als Nährwertvermittler.

Die Milch ist mit dem Aufkochen eng verknüpft. Ihre Verwertung in Verbindung mit Kornfrank geschieht schon aus alter Gewohnheit.

Der Vorkindergarten ist indes viel zu teuer, als daß er für alle Volksschichten als billiges Getränk in Frage kommen könnte. Aber abgesehen von der hohen Kosten (nach anderen Größen neuem den dauernden Genuss des Bohnenkaffees). So ist er z. B. den Kindern vor nicht zuträglich, auch viele Erwachsene müssen aus gesundheitlichen Gründen auf ihn verzichten. Eine vermehrte Bekanntschaft mit Kornfrank in dieser Zeit ist nicht zu befürchten, die Wirkung des Bohnenkaffees wird wohl verringert, aber nicht vollständig aufgehoben.

Der seit vielen Jahren im Handel befindliche „Kornfrank“ der Firma: Heinrich Franz Söhne G. m. b. H., Berlin, Humboldtstraße, und Halle a. S., ist demnach ein Getränk, das die Zubereitung eines köstlichen Getränkes gestattet, das eine schädliche Wirkung von Kindern und solchen Erwachsenen täglich genießen können, denen Bohnenkaffees nicht zuträglich ist.

Eine ganz besondere Bedeutung erlangt der „Kornfrank“ aber als Zugabe zur Milch für Kinder und Erwachsene, die viel Milch trinken sollen, denen aber die Milch, allein genossen, auf die Dauer nicht zuträglich ist. Die Milch erhält durch den „Kornfrank“ in Geschmack und Farbe einen köstlichen Charakter. Das Getränk nach einem Kaffeegetränk wird also befriedigend und der Genuss erfrischender Milch auf die Dauer erträglich. Für diesen Fall empfiehlt sich ein besonders tröstlicher Kauf von Kornfrank.

„Kornfrank“ ist also in höherem Maße berufen, den Nährwert zu erhöhen und Nährwert zu vermitteln, die für die Ernährung und die Gesundheit so unermesslich wichtig ist.

und dem Verein andererseits abgeklärten Vertrages. In Zukunft wird die Sammelstelle für die eingefangenen Hunde wieder der Tierhort des Tierfängervereins in der Schillerstraße 4 sein, von wo aus die nicht abgeholfenen Hunde nach einigen Tagen in das dem Verein gehörende Tierasyl in Lankeith abtransportiert werden. 20 Beamte mit vier Fahrzeugen werden in den Dienst des Hundefangs gestellt.

Der Hochbahntarif doch genehmigt.

Ab Freitag: 3. Kl. 15 u. 20, 2. Kl. 20 u. 30 Pf.

Die vom Polizeipräsidenten zunächst abgelehnte und später von neuem nachgesuchte Genehmigung zu einer Erhöhung der Hochbahntarife ist jetzt seltenerweise doch erteilt worden. Die von der Hochbahn-Gesellschaft beigebrachten Unterlagen haben angeblich die Notwendigkeit der beantragten Tarifierhöhung ergeben. Die Gesellschaft teilt dazu noch im einzelnen mit:

„Die Fahrpreise der Hoch- und Untergrundbahn sind zurzeit so bemessen, daß sie im Durchschnitt noch etwas unter dem Friedenspreis liegen, während die Tarife der anderen Berliner Verkehrsunternehmen seit mehr als Jahresfrist die Friedenspreise erheblich übersteigen. In neuerer Zeit haben sich nun die Betriebskosten ganz wesentlich vermehrt; die Durchschnittskosten für die Arbeitsstunden sind infolge mehrerer Lohnerhöhungen auf 55 Proz. über die Friedenspreise gestiegen und die Materialkosten haben sich im Durchschnitt um mehr als 40 Proz. der Friedenspreise erhöht. Eine weitere Steigerung der Betriebskosten entsteht durch die Verstärkung des Wagenumsatzes, der nach Anlieferung neuer Wagenzüge bereits eingeleitet hat und im Laufe des Jahres weiter fortgesetzt werden soll zu dem Zwecke, der Ueberfüllung zu steuern.“

Die Fahrpreise betragen ab Freitag, den 20. März: Einzelkarten, 1. Tarifstrecke: 3. Kl. 15 Pf., 2. Kl. 20 Pf., 2. Tarifstrecke: 20 bzw. 30 Pf. Fahrartenblock zu je 10 Stüd., 1. Tarifstrecke: 120 bzw. 170 Pf., 2. Tarifstrecke: 160 bzw. 260 Pf. Kinderarten für Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, gültig für die ganze Strecke: 10 bzw. 15 Pf., Fahrartenblock zu je 10 Stüd.: 90 Pf. Uebergangsfahrkarten von und zur Straßenbahn, Reichshaupt- und Reichshaupt-, bis Halleischer Tor 20 Pf., 2. Kl. 5 Pf. Zuschlag, für weitere Strecken 25 Pf., 2. Kl. 10 Pf. Zuschlag. Amtsfahrkarte, gültig für die Hoch- und Untergrundbahn (3. Kl. und ganze Strecke) und die Berliner Straßenbahnen 25 Pf., 2. Kl. 10 Pf. Zuschlag.

Besonders wird auf die Benutzung der Fahrartenblock hingewiesen, durch die eine erhebliche Verbilligung der Fahrt ermöglicht wird; die Preisermäßigung beträgt in beiden Klassen 3 Pf. für die Teilstrecke und 4 Pf. für die ganze Strecke. — Es ist immerhin zu begrüssen, daß sich die Tarifierhöhung nicht in dem Maße vollzieht, wie sie die Gesellschaft zuerst beabsichtigt hatte und daß durch Verbilligung der Fahrartenblock wenigstens dem Betriebsverehr Rechnung getragen wird.

Tragödie einer Ingenieur-Familie.

Freiwilliger Gastod von Vater, Mutter und Sohn.

Eine erschütternde Familientragödie, die Kunde gibt von der furchtbaren wirtschaftlichen Not mancher Kreise des Mittelstandes, hat sich in der Agricolastraße 11 abgespielt. Hier hat der 44 Jahre alte Ingenieur Ernst Lazarus in der Nacht zum Mittwoch sich, seine Frau und seinen 13jährigen Sohn mit Leuchtgas umgebracht.

Lazarus war früher sehr beschäftigt, in der letzten Zeit hatte er wenig zu tun. Es ging ihm schlecht und er lebte mit Frau und Sohn in dürftigen Verhältnissen. Am Dienstag nachmittag übergab Frau Lazarus einen von ihr geschriebenen Brief der Stenotypistin ihres Mannes mit der Weisung, ihn bei sich zu behalten, bis sie am Mittwoch morgen um 8 Uhr bei ihr durch den Fernsprecher anrufen habe. Wenn sie Anschlag erhalte, so sei alles gut, und sie solle zurückkommen und den Brief wieder mitbringen. Erhalte sie keinen Anschlag, so solle sie den Brief einem Verwandten der Frau überbringen, an den er gerichtet war. Die Stenotypistin erhielt am Morgen keinen Anschlag und überbrachte den Brief dem Empfänger. Dieser erlag aus ihm zu seinem Schrecken, daß das Ehepaar beschlossen hatte, mit dem Sohne aus dem Leben zu scheiden. Die Frau schrieb, das Leben habe ihre und ihres Mannes Rerven so zermürbt, daß es nicht mehr auszuhalten sei. Der Verwandte eilte nach der Agricolastraße und nahm gleich einen Arzt mit. Eine Reinigung aber war nicht mehr möglich. Die Eheleute lagen in dem mit Gas angefüllten kleinen Kinderzimmer auf dem Ruhebett, der Sohn in seinem Bett. Die Eltern hatten sich gegenseitig umschlungen. Wiederbelebungsversuche des Arztes blieben erfolglos. Das Gas war aus drei Leitungen ausgeströmt, hatte rasch das Zimmer gefüllt und in kurzer Zeit zum Tode führen müssen. Bevor sie in den Tod gingen, hatten die Eheleute in den anderen Räumen der Wohnung für ihre nahe Zukunft bereit gestellt, mehrere Aquarien gefüllt und mit frischem Wasser versehen und Futter für die Fische hineingegeben.

Ein weiterer Fall.

Ein tragisches Ende haben die Eheleute Gumpel, Ritterstraße 9 wohnhaft, genommen. Der Ehemann Kaufmann Paul Gumpel und seine Ehefrau wurden gestern in ihrem Schlafzimmer an den Fensterkreuzen erhängt aufgefunden; auch ihr Hund war an der Lärklinke erhängt worden. Abschiedsbriefe oder Ähnliches, aus denen sich der Grund zu dieser furchtbaren Tat ergeben ließe, sind nicht gefunden worden. Nach den Untersuchungsergebnissen der Kriminalpolizei steht aber einwandfrei Selbstmord fest.

„Die Wundert der Amazonas-Kommode“. Der Bildungsausschuss Treptow-Baumhagenweg bietet in seiner 33. Vorführung wissenschaftlicher Filme in der Treptow-Sternwarte am Freitag, 20. März, abends 7 Uhr, folgendes Programm: 1. Die Wundert der Amazonas-Kommode, 2. Reichsbannerfest in Regensburg. Karten zu 50 Pf. sind an der Abendkasse zu haben.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 19. März.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.40—7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse).
7.50—8.30 Uhr abends: Technik: Oberingenieur Naiz: „Des Funkrundens technische Schwestern“. 7 Uhr abends: Handel: Geh. und Oberbürgermeister Neuberg: „Gewerblicher Rechtsschutz und Verwertung gewerblicher Schutzrechte“. 7. Vortrag: „Die Ausstattung der Ware“ (Im Gegensatz zur Schutzmarke). 7.30 Uhr abends: (Abteilung Hochschulkurse). Dr. phil. et med. Max Dessoir: „Einführung in die Psychologie“. 2. Vortrag: 8 Uhr abends: Sogellinger Lillenthal: „Die Weiterentwicklung der Flugtechnik“. 8.30 Uhr abends: Hebbel-Roger-Abend. 1. a) Chorvorspiel: „O Gott, du frommer Gott“. Roger, b) Präludium und Fuge E-Moll, op. 99, Roger (Fritz Wenneis Harmonium). 2. Gedichte: a) Ein nächtliches Echo, Hebbel, b) Abendgefühl, Hebbel, c) Nachtgefühl, Hebbel, d) Bild aus Reichenau, Hebbel (Friedrich Kayßler, Rezitation). 3. a) Glückes genug (Liliancron) Roger, b) Schlecht Wetter, Roger (Hermann Schöy, Bariton). 4. a) Romanze F-Dur (Andante sostenuto) op. 32, Roger, b) Andante semplice, aus der Sonate für Flöte, Violine und Bratsche, op. 77a, Roger (Fritz Wenneis). 5. a) Flieder (Bierbaum) Roger, b) Am Dorfe (Wiener) Roger (Hermann Schöy). 6. Gedichte: a) Der Baum in der Wüste, Hebbel, b) Gebet, Hebbel, c) Natur, da kannst mich nicht vernichten, Hebbel (Friedrich Kayßler). 7. a) Abgucken, Roger, b) Mein Schätzlein (Huggenberger) Roger (Hermann Schöy). 8. Zwei Szenen aus den Nibelungen: a) Siefrieds Tod, II. Akt, II. Szene, Hebbel (Siefried, Gieselher, Uta, Krimhild), b) Siefrieds Tod, IV. Akt, I. und II. Szene, Hebbel (Hagen, Gieselher, Volker, Günther, Siefried) (Friedrich Kayßler). Am Freitag, Dr. R. E. Lapini. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatordienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

Sozialdemokratie und Präsidentenwahl.

In den überfüllten Fioratilen zu Halensee sprach gestern abend in öffentlicher Versammlung Genosse Paul Hirsch über den Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl. Er erinnerte zunächst an die großen Verdienste, die der verstorbene Reichspräsident um die Republik und das Vaterland sich erworben hat und bedauerte sodann die Vorgänge in der Wahlversammlung in Halle, die zum Teil durch den Unverstand der Polizei verursacht worden sind. Der Redner beschloß sich weiter in eingehender und feindseliger Kritik mit den Kandidaten, die die einzelnen Parteien aufgestellt haben. Da ist zunächst Herr Thälmann von der kommunistischen Partei, von dieser Partei, die immer schon Handlangerdienste für die Reaktion geleistet hat und die auch jetzt durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten nichts anderes fördert als die Geschäfte der Reaktion. Da ist sodann Herr Jarres; das ist der Kandidat der Reaktionsäre. Herr Jarres hat zwar geteilt in einer Versammlung alle möglichen Versprechungen gemacht, aber der Redner bewies, was von diesen Versprechungen zu halten ist. Es kommt einzig und allein darauf an, daß der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei, Otto Braun, zum Reichspräsidenten gewählt wird. Genosse Braun hat seinerzeit als preussischer Ministerpräsident dafür gesorgt, daß Preußen vor schweren inneren Erschütterungen bewahrt blieb, und er wird als Reichspräsident dafür sorgen, daß das Ausland auch weiter Achtung behält vor Deutschland, vor dem Deutschland der Arbeit, der Friedensliebe und der Kultur. Nach den vorzüglichen Ausführungen wurde von einer Debatte Abstand genommen, und der Vorhänge schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einfachungen für diese Rubrik sind bei den Parteibüros zu holen.
1. Kreis: 2. Kreis: 3. Kreis: 4. Kreis: 5. Kreis: 6. Kreis: 7. Kreis: 8. Kreis: 9. Kreis: 10. Kreis: 11. Kreis: 12. Kreis: 13. Kreis: 14. Kreis: 15. Kreis: 16. Kreis: 17. Kreis: 18. Kreis: 19. Kreis: 20. Kreis: 21. Kreis: 22. Kreis: 23. Kreis: 24. Kreis: 25. Kreis: 26. Kreis: 27. Kreis: 28. Kreis: 29. Kreis: 30. Kreis: 31. Kreis: 32. Kreis: 33. Kreis: 34. Kreis: 35. Kreis: 36. Kreis: 37. Kreis: 38. Kreis: 39. Kreis: 40. Kreis: 41. Kreis: 42. Kreis: 43. Kreis: 44. Kreis: 45. Kreis: 46. Kreis: 47. Kreis: 48. Kreis: 49. Kreis: 50. Kreis: 51. Kreis: 52. Kreis: 53. Kreis: 54. Kreis: 55. Kreis: 56. Kreis: 57. Kreis: 58. Kreis: 59. Kreis: 60. Kreis: 61. Kreis: 62. Kreis: 63. Kreis: 64. Kreis: 65. Kreis: 66. Kreis: 67. Kreis: 68. Kreis: 69. Kreis: 70. Kreis: 71. Kreis: 72. Kreis: 73. Kreis: 74. Kreis: 75. Kreis: 76. Kreis: 77. Kreis: 78. Kreis: 79. Kreis: 80. Kreis: 81. Kreis: 82. Kreis: 83. Kreis: 84. Kreis: 85. Kreis: 86. Kreis: 87. Kreis: 88. Kreis: 89. Kreis: 90. Kreis: 91. Kreis: 92. Kreis: 93. Kreis: 94. Kreis: 95. Kreis: 96. Kreis: 97. Kreis: 98. Kreis: 99. Kreis: 100. Kreis: 101. Kreis: 102. Kreis: 103. Kreis: 104. Kreis: 105. Kreis: 106. Kreis: 107. Kreis: 108. Kreis: 109. Kreis: 110. Kreis: 111. Kreis: 112. Kreis: 113. Kreis: 114. Kreis: 115. Kreis: 116. Kreis: 117. Kreis: 118. Kreis: 119. Kreis: 120. Kreis: 121. Kreis: 122. Kreis: 123. Kreis: 124. Kreis: 125. Kreis: 126. Kreis: 127. Kreis: 128. Kreis: 129. Kreis: 130. Kreis: 131. Kreis: 132. Kreis: 133. Kreis: 134. Kreis: 135. Kreis: 136. Kreis: 137. Kreis: 138. Kreis: 139. Kreis: 140. Kreis: 141. Kreis: 142. Kreis: 143. Kreis: 144. Kreis: 145. Kreis: 146. Kreis: 147. Kreis: 148. Kreis: 149. Kreis: 150. Kreis: 151. Kreis: 152. Kreis: 153. Kreis: 154. Kreis: 155. Kreis: 156. Kreis: 157. Kreis: 158. Kreis: 159. Kreis: 160. Kreis: 161. Kreis: 162. Kreis: 163. Kreis: 164. Kreis: 165. Kreis: 166. Kreis: 167. Kreis: 168. Kreis: 169. Kreis: 170. Kreis: 171. Kreis: 172. Kreis: 173. Kreis: 174. Kreis: 175. Kreis: 176. Kreis: 177. Kreis: 178. Kreis: 179. Kreis: 180. Kreis: 181. Kreis: 182. Kreis: 183. Kreis: 184. Kreis: 185. Kreis: 186. Kreis: 187. Kreis: 188. Kreis: 189. Kreis: 190. Kreis: 191. Kreis: 192. Kreis: 193. Kreis: 194. Kreis: 195. Kreis: 196. Kreis: 197. Kreis: 198. Kreis: 199. Kreis: 200. Kreis: 201. Kreis: 202. Kreis: 203. Kreis: 204. Kreis: 205. Kreis: 206. Kreis: 207. Kreis: 208. Kreis: 209. Kreis: 210. Kreis: 211. Kreis: 212. Kreis: 213. Kreis: 214. Kreis: 215. Kreis: 216. Kreis: 217. Kreis: 218. Kreis: 219. Kreis: 220. Kreis: 221. Kreis: 222. Kreis: 223. Kreis: 224. Kreis: 225. Kreis: 226. Kreis: 227. Kreis: 228. Kreis: 229. Kreis: 230. Kreis: 231. Kreis: 232. Kreis: 233. Kreis: 234. Kreis: 235. Kreis: 236. Kreis: 237. Kreis: 238. Kreis: 239. Kreis: 240. Kreis: 241. Kreis: 242. Kreis: 243. Kreis: 244. Kreis: 245. Kreis: 246. Kreis: 247. Kreis: 248. Kreis: 249. Kreis: 250. Kreis: 251. Kreis: 252. Kreis: 253. Kreis: 254. Kreis: 255. Kreis: 256. Kreis: 257. Kreis: 258. Kreis: 259. Kreis: 260. Kreis: 261. Kreis: 262. Kreis: 263. Kreis: 264. Kreis: 265. Kreis: 266. Kreis: 267. Kreis: 268. Kreis: 269. Kreis: 270. Kreis: 271. Kreis: 272. Kreis: 273. Kreis: 274. Kreis: 275. Kreis: 276. Kreis: 277. Kreis: 278. Kreis: 279. Kreis: 280. Kreis: 281. Kreis: 282. Kreis: 283. Kreis: 284. Kreis: 285. Kreis: 286. Kreis: 287. Kreis: 288. Kreis: 289. Kreis: 290. Kreis: 291. Kreis: 292. Kreis: 293. Kreis: 294. Kreis: 295. Kreis: 296. Kreis: 297. Kreis: 298. Kreis: 299. Kreis: 300. Kreis: 301. Kreis: 302. Kreis: 303. Kreis: 304. Kreis: 305. Kreis: 306. Kreis: 307. Kreis: 308. Kreis: 309. Kreis: 310. Kreis: 311. Kreis: 312. Kreis: 313. Kreis: 314. Kreis: 315. Kreis: 316. Kreis: 317. Kreis: 318. Kreis: 319. Kreis: 320. Kreis: 321. Kreis: 322. Kreis: 323. Kreis: 324. Kreis: 325. Kreis: 326. Kreis: 327. Kreis: 328. Kreis: 329. Kreis: 330. Kreis: 331. Kreis: 332. Kreis: 333. Kreis: 334. Kreis: 335. Kreis: 336. Kreis: 337. Kreis: 338. Kreis: 339. Kreis: 340. Kreis: 341. Kreis: 342. Kreis: 343. Kreis: 344. Kreis: 345. Kreis: 346. Kreis: 347. Kreis: 348. Kreis: 349. Kreis: 350. Kreis: 351. Kreis: 352. Kreis: 353. Kreis: 354. Kreis: 355. Kreis: 356. Kreis: 357. Kreis: 358. Kreis: 359. Kreis: 360. Kreis: 361. Kreis: 362. Kreis: 363. Kreis: 364. Kreis: 365. Kreis: 366. Kreis: 367. Kreis: 368. Kreis: 369. Kreis: 370. Kreis: 371. Kreis: 372. Kreis: 373. Kreis: 374. Kreis: 375. Kreis: 376. Kreis: 377. Kreis: 378. Kreis: 379. Kreis: 380. Kreis: 381. Kreis: 382. Kreis: 383. Kreis: 384. Kreis: 385. Kreis: 386. Kreis: 387. Kreis: 388. Kreis: 389. Kreis: 390. Kreis: 391. Kreis: 392. Kreis: 393. Kreis: 394. Kreis: 395. Kreis: 396. Kreis: 397. Kreis: 398. Kreis: 399. Kreis: 400. Kreis: 401. Kreis: 402. Kreis: 403. Kreis: 404. Kreis: 405. Kreis: 406. Kreis: 407. Kreis: 408. Kreis: 409. Kreis: 410. Kreis: 411. Kreis: 412. Kreis: 413. Kreis: 414. Kreis: 415. Kreis: 416. Kreis: 417. Kreis: 418. Kreis: 419. Kreis: 420. Kreis: 421. Kreis: 422. Kreis: 423. Kreis: 424. Kreis: 425. Kreis: 426. Kreis: 427. Kreis: 428. Kreis: 429. Kreis: 430. Kreis: 431. Kreis: 432. Kreis: 433. Kreis: 434. Kreis: 435. Kreis: 436. Kreis: 437. Kreis: 438. Kreis: 439. Kreis: 440. Kreis: 441. Kreis: 442. Kreis: 443. Kreis: 444. Kreis: 445. Kreis: 446. Kreis: 447. Kreis: 448. Kreis: 449. Kreis: 450. Kreis: 451. Kreis: 452. Kreis: 453. Kreis: 454. Kreis: 455. Kreis: 456. Kreis: 457. Kreis: 458. Kreis: 459. Kreis: 460. Kreis: 461. Kreis: 462. Kreis: 463. Kreis: 464. Kreis: 465. Kreis: 466. Kreis: 467. Kreis: 468. Kreis: 469. Kreis: 470. Kreis: 471. Kreis: 472. Kreis: 473. Kreis: 474. Kreis: 475. Kreis: 476. Kreis: 477. Kreis: 478. Kreis: 479. Kreis: 480. Kreis: 481. Kreis: 482. Kreis: 483. Kreis: 484. Kreis: 485. Kreis: 486. Kreis: 487. Kreis: 488. Kreis: 489. Kreis: 490. Kreis: 491. Kreis: 492. Kreis: 493. Kreis: 494. Kreis: 495. Kreis: 496. Kreis: 497. Kreis: 498. Kreis: 499. Kreis: 500. Kreis: 501. Kreis: 502. Kreis: 503. Kreis: 504. Kreis: 505. Kreis: 506. Kreis: 507. Kreis: 508. Kreis: 509. Kreis: 510. Kreis: 511. Kreis: 512. Kreis: 513. Kreis: 514. Kreis: 515. Kreis: 516. Kreis: 517. Kreis: 518. Kreis: 519. Kreis: 520. Kreis: 521. Kreis: 522. Kreis: 523. Kreis: 524. Kreis: 525. Kreis: 526. Kreis: 527. Kreis: 528. Kreis: 529. Kreis: 530. Kreis: 531. Kreis: 532. Kreis: 533. Kreis: 534. Kreis: 535. Kreis: 536. Kreis: 537. Kreis: 538. Kreis: 539. Kreis: 540. Kreis: 541. Kreis: 542. Kreis: 543. Kreis: 544. Kreis: 545. Kreis: 546. Kreis: 547. Kreis: 548. Kreis: 549. Kreis: 550. Kreis: 551. Kreis: 552. Kreis: 553. Kreis: 554. Kreis: 555. Kreis: 556. Kreis: 557. Kreis: 558. Kreis: 559. Kreis: 560. Kreis: 561. Kreis: 562. Kreis: 563. Kreis: 564. Kreis: 565. Kreis: 566. Kreis: 567. Kreis: 568. Kreis: 569. Kreis: 570. Kreis: 571. Kreis: 572. Kreis: 573. Kreis: 574. Kreis: 575. Kreis: 576. Kreis: 577. Kreis: 578. Kreis: 579. Kreis: 580. Kreis: 581. Kreis: 582. Kreis: 583. Kreis: 584. Kreis: 585. Kreis: 586. Kreis: 587. Kreis: 588. Kreis: 589. Kreis: 590. Kreis: 591. Kreis: 592. Kreis: 593. Kreis: 594. Kreis: 595. Kreis: 596. Kreis: 597. Kreis: 598. Kreis: 599. Kreis: 600. Kreis: 601. Kreis: 602. Kreis: 603. Kreis: 604. Kreis: 605. Kreis: 606. Kreis: 607. Kreis: 608. Kreis: 609. Kreis: 610. Kreis: 611. Kreis: 612. Kreis: 613. Kreis: 614. Kreis: 615. Kreis: 616. Kreis: 617. Kreis: 618. Kreis: 619. Kreis: 620. Kreis: 621. Kreis: 622. Kreis: 623. Kreis: 624. Kreis: 625. Kreis: 626. Kreis: 627. Kreis: 628. Kreis: 629. Kreis: 630. Kreis: 631. Kreis: 632. Kreis: 633. Kreis: 634. Kreis: 635. Kreis: 636. Kreis: 637. Kreis: 638. Kreis: 639. Kreis: 640. Kreis: 641. Kreis: 642. Kreis: 643. Kreis: 644. Kreis: 645. Kreis: 646. Kreis: 647. Kreis: 648. Kreis: 649. Kreis: 650. Kreis: 651. Kreis: 652. Kreis: 653. Kreis: 654. Kreis: 655. Kreis: 656. Kreis: 657. Kreis: 658. Kreis: 659. Kreis: 660. Kreis: 661. Kreis: 662. Kreis: 663. Kreis: 664. Kreis: 665. Kreis: 666. Kreis: 667. Kreis: 668. Kreis: 669. Kreis: 670. Kreis: 671. Kreis: 672. Kreis: 673. Kreis: 674. Kreis: 675. Kreis: 676. Kreis: 677. Kreis: 678. Kreis: 679. Kreis: 680. Kreis: 681. Kreis: 682. Kreis: 683. Kreis: 684. Kreis: 685. Kreis: 686. Kreis: 687. Kreis: 688. Kreis: 689. Kreis: 690. Kreis: 691. Kreis: 692. Kreis: 693. Kreis: 694. Kreis: 695. Kreis: 696. Kreis: 697. Kreis: 698. Kreis: 699. Kreis: 700. Kreis: 701. Kreis: 702. Kreis: 703. Kreis: 704. Kreis: 705. Kreis: 706. Kreis: 707. Kreis: 708. Kreis: 709. Kreis: 710. Kreis: 711. Kreis: 712. Kreis: 713. Kreis: 714. Kreis: 715. Kreis: 716. Kreis: 717. Kreis: 718. Kreis: 719. Kreis: 720. Kreis: 721. Kreis: 722. Kreis: 723. Kreis: 724. Kreis: 725. Kreis: 726. Kreis: 727. Kreis: 728. Kreis: 729. Kreis: 730. Kreis: 731. Kreis: 732. Kreis: 733. Kreis: 734. Kreis: 735. Kreis: 736. Kreis: 737. Kreis: 738. Kreis: 739. Kreis: 740. Kreis: 741. Kreis: 742. Kreis: 743. Kreis: 744. Kreis: 745. Kreis: 746. Kreis: 747. Kreis: 748. Kreis: 749. Kreis: 750. Kreis: 751. Kreis: 752. Kreis: 753. Kreis: 754. Kreis: 755. Kreis: 756. Kreis: 757. Kreis: 758. Kreis: 759. Kreis: 760. Kreis: 761. Kreis: 762. Kreis: 763. Kreis: 764. Kreis: 765. Kreis: 766. Kreis: 767. Kreis: 768. Kreis: 769. Kreis: 770. Kreis: 771. Kreis: 772. Kreis: 773. Kreis: 774. Kreis: 775. Kreis: 776. Kreis: 777. Kreis: 778. Kreis: 779. Kreis: 780. Kreis: 781. Kreis: 782. Kreis: 783. Kreis: 784. Kreis: 785. Kreis: 786. Kreis: 787. Kreis: 788. Kreis: 789. Kreis: 790. Kreis: 791. Kreis: 792. Kreis: 793. Kreis: 794. Kreis: 795. Kreis: 796. Kreis: 797. Kreis: 798. Kreis: 799. Kreis: 800. Kreis: 801. Kreis: 802. Kreis: 803. Kreis: 804. Kreis: 805. Kreis: 806. Kreis: 807. Kreis: 808. Kreis: 809. Kreis: 810. Kreis: 811. Kreis: 812. Kreis: 813. Kreis: 814. Kreis: 815. Kreis: 816. Kreis: 817. Kreis: 818. Kreis: 819. Kreis: 820. Kreis: 821. Kreis: 822. Kreis: 823. Kreis: 824. Kreis: 825. Kreis: 826. Kreis: 827. Kreis: 828. Kreis: 829. Kreis: 830. Kreis: 831. Kreis: 832. Kreis: 833. Kreis: 834. Kreis: 835. Kreis: 836. Kreis: 837. Kreis: 838. Kreis: 839. Kreis: 840. Kreis: 841. Kreis: 842. Kreis: 843. Kreis: 844. Kreis: 845. Kreis: 846. Kreis: 847. Kreis: 848. Kreis: 849. Kreis: 850. Kreis: 851. Kreis: 852. Kreis: 853. Kreis: 854. Kreis: 855. Kreis: 856. Kreis: 857. Kreis: 858. Kreis: 859. Kreis: 860. Kreis: 861. Kreis: 862. Kreis: 863. Kreis: 864. Kreis: 865. Kreis: 866. Kreis: 867. Kreis: 868. Kreis: 869. Kreis: 870. Kreis: 871. Kreis: 872. Kreis: 873. Kreis: 874. Kreis: 875. Kreis: 876. Kreis: 877. Kreis: 878. Kreis: 879. Kreis: 880. Kreis: 881. Kreis: 882. Kreis: 883. Kreis: 884. Kreis: 885. Kreis: 886. Kreis: 887. Kreis: 888. Kreis: 889. Kreis: 890. Kreis: 891. Kreis: 892. Kreis: 893. Kreis: 894. Kreis: 895. Kreis: 896. Kreis: 897. Kreis: 898. Kreis: 899. Kreis: 900. Kreis: 901. Kreis: 902. Kreis: 903. Kreis: 904. Kreis: 905. Kreis: 906. Kreis: 907. Kreis: 908. Kreis: 909. Kreis: 910. Kreis: 911. Kreis: 912. Kreis: 913. Kreis: 914. Kreis: 915. Kreis: 916. Kreis: 917. Kreis: 918. Kreis: 919. Kreis: 920. Kreis: 921. Kreis: 922. Kreis: 923. Kreis: 924. Kreis: 925. Kreis: 926. Kreis: 927. Kreis: 928. Kreis: 929. Kreis: 930. Kreis: 931. Kreis: 932. Kreis: 933. Kreis: 934. Kreis: 935. Kreis: 936. Kreis: 937. Kreis: 938. Kreis: 939. Kreis: 940. Kreis: 941. Kreis: 942. Kreis: 943. Kreis

Allgemeine Flugblattverbreitung zur Reichspräsidentenwahl

am Sonntag, den 22. März 1925, vormittags 9 Uhr!

68. Abt. Salente. 7 1/2 Uhr im Lokal Allingh, Johann-Georg-Str. 15. Cafe Kurlenhamm. Vortrag des Genossen Schreiber über „Die Reichspräsidentenwahl“.

69. Abt. Reich. Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde. Die Frühlingsernte findet Sonntag den 22. März, abends 7 Uhr, in der Aula der 1. Gemeindefabrik, Reich, Gaussestr. 186/187. Sings. Theater- und Schattenspiele sowie Kollektive Gesangs- und Rezitationen. Ausschüsse von Handarbeiten. Eintrittsbeitrag 10 Pfennig. Gaussestr. 186/187.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr:

Gefährdungen: Schule Götterburger Str. 2. Vortrag: „Sozialistische Jugendbewegung“. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.

Abend. Mädchen: Verein, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gaussestr. 186/187. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.

Wochenende: Kitzbühel. Alle Jugendvereine und -gruppen beteiligen sich an der Jugendwoche am Sonntag, den 22. März, vormittags 11 Uhr, in der Aula des Konvikt-Realschulums, Raulbachstr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Schillingstr. 37/38. Hof 2. Etage. Ausschuss: Richterberg, West-Untergruppen. Heute abends 7 Uhr. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.

Der Verband der in der Wohlfahrtsfrage ehrenamtlich tätigen Personen des Reichslandes 7 hat am Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Württembergischen Hof, im Besonderen die Wohlfahrtsfrage in der Reichslandtagung ab und jeder alle in den Wohlfahrtskommissionen tätigen Damen und Herren ein. Einleitend die Rede, als Leiter des Reichslandtags, wird in einem Vortrag die Wohlfahrtsfrage unter Berücksichtigung der Reichslandtagung vom 1. Dezember 1924 behandelt.

Deutscher Wanderverband, Ortsgruppe Berlin. Dr. Max Daxi spricht über „Wandern und Rufen in der Wanderversammlung“ (an den Werten von Wandern). Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.

Wohlfahrtsvereine: Berlin S 14, Schillingstr. 37/38. Hof 2. Etage. Ausschuss: Richterberg, West-Untergruppen. Heute abends 7 Uhr. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.

Wohlfahrtsvereine: Berlin S 14, Schillingstr. 37/38. Hof 2. Etage. Ausschuss: Richterberg, West-Untergruppen. Heute abends 7 Uhr. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.

Wohlfahrtsvereine: Berlin S 14, Schillingstr. 37/38. Hof 2. Etage. Ausschuss: Richterberg, West-Untergruppen. Heute abends 7 Uhr. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.

Wohlfahrtsvereine: Berlin S 14, Schillingstr. 37/38. Hof 2. Etage. Ausschuss: Richterberg, West-Untergruppen. Heute abends 7 Uhr. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Mittwoch, den 18. März.

1. Rennen. 1. Nigun (H. Fehrmann), 2. Ruffal Girl (H. Fehrmann), 3. Berlin (H. Fehrmann). Toto: 24: 10. Platz: 13, 15, 23: 10. Zerner liefen: Dolina, Carlolann, Lulu Reg, Heidecke, Götze, Blumelle.
2. Rennen. 1. Maria (H. Fehrmann), 2. Brochüre (H. Fehrmann), 3. Wagnitz (H. Fehrmann). Toto: 26: 10. Platz: 26, 15, 20: 10. Zerner liefen: Stigall, Stralau, Rindolann, Mantua R., Baron Gahler, Dolort, Winkler Jr.
3. Rennen. 1. Stabellau (H. Fehrmann), 2. Jürl (H. Fehrmann), 3. H. Fehrmann (H. Fehrmann). Toto: 20: 10. Platz: 10, 12, 12: 10. Zerner liefen: Obella, Adeli B., Waldnig I., Baron Batts Jr.
4. Rennen. 1. King Adell (H. Fehrmann), 2. Baron Kgorwils (H. Fehrmann), 3. Harry W. (H. Fehrmann). Toto: 57: 10. Platz: 19, 14, 45: 10. Zerner liefen: Altgold, Lafna, Rind, Beschdel, Gematis blau, Jaller.
5. Rennen. 1. Warte (Herm. Schleutner), 2. Puchbruder (Großmann), 3. Dawson Batts (H. Fehrmann). Toto: 30: 10. Platz: 15, 13: 10. Zerner lief: Colla.
6. Rennen. 1. Lord Glerdie (Großmann), 2. Marcel (H. Fehrmann), 3. Teufelsbart (Herm. Schleutner). Toto: 16: 10. Platz: 11, 13: 10. Zerner lief: Carleta.
7. Rennen. 1. Cobra (H. Fehrmann), 2. Koranna (H. Fehrmann), 3. Flora Wagnitz (H. Fehrmann). Toto: 77: 10. Platz: 25, 25, 28: 10. Zerner liefen: Berdan, Schill, Kontrellina, Florian.
8. Rennen. 1. Gahler (H. Fehrmann), 2. Bernaid (Kühnadel Jr.), 3. Edinhard (H. Fehrmann). Toto: 35: 10. Platz: 15, 23, 28: 10. Zerner liefen: Alpenreg, Federneise, Lady Bodmer, Krumba I, Rannwal.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Höhepunkt eines Jahres im Familienkreis liegt fast ausnahmslos in dem Augenblick, wo ein appetitlich aussehendes, wohlwollender Auser ober eine Torte aufgetragen wird. Wenn nun noch Aroma und Geschmack ungeteilt verteilt werden, so wird die Hausfrau, die sich als Beschäftigte der Reichsbäckerei zu erkennen gibt, nicht unheimlich, im Hochgefühl der Freude über die zum Ausdruck gebrachte Anerkennung ihrer Geschicklichkeit der treuen Helfer zu danken, die ihr dieses reichhaltige Getriebe gewährt haben. Dr. Oetters „Raddatz-Brot“ und die übrigen Fabrikate dieser bekannten Firma werden ihr auch das nächste Mal einen glänzenden Erfolg bereiten.

Wetter für Berlin und Umgegend. Trocken und diesselig heiter. Mittags recht viel Regen. Leichter Frost. Schwache Luftbewegung. — In Norddeutschland vereinzelte leichte Regenfälle, sonst trocken. Hebräer leichter Frost.

Wirtschaft

Die Massenbelastung im Februar.

Der Ausweis des Reichsfinanzministeriums über die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben im Monat Februar bringt einen Rückgang der Reichseinnahmen. Diese betragen im Januar 769 Millionen und erreichten im Februar nur 648 Millionen. Der Rückgang ist vor allem verursacht durch einen Einnahmefall bei der veranlagten Einkommensteuer, die nur 61 Millionen gegenüber 114 Millionen im Vormonat aufbrachte, und bei der Umsatzsteuer, deren Ertrag sich von 201 Millionen auf 127 Millionen senkte. Da somit der Ausfall sowohl auf der Seite der Besitzbelastung als auch der Massenbelastung eingetreten ist, hat sich ihr Verhältnis gegenüber den Vormonaten nur unwesentlich verschoben. Aber auch im Februar hat die Massenbelastung den größten Anteil an den Reichseinnahmen erzielt. Das Auskommen betrug im einzelnen:

	Durchschnitt April/Dez. 24	Januar 1925	Februar 1925
in Millionen Reichsmark			
Lohnsteuer	106	126	123
Umsatzsteuer	151	201	127
Beförderungssteuern	37	26	21
Rölle u. Verbrauchssteuern	119	175	149
Massenbelastung	413	528	420
Anteil an den gesamten Reichseinnahmen	60%	60%	65%

Wie aus dieser Uebersicht hervorgeht, ist aus der Massenbelastung im Februar zwar rund 100 Millionen weniger aufgenommen als im Januar, ihr Anteil an den Gesamteinnahmen aber nur geringfügig, nämlich von 60 auf 65 Prozent gesunken. Die Steuern der Massenbelastung erbrachten auch im Februar nahezu zwei Drittel der gesamten Reichseinnahmen.

Der Ertrag der Lohnsteuer ist gegenüber dem Vormonat nur um 3 1/2 Millionen gesunken. Dementsprechend ist ihr Anteil an den gesamten Reichseinnahmen und an dem Gesamtaufkommen an Einkommensteuer gesunken. Es betrug der Anteil:

	Durchschn. 1924	Januar 1925	Februar 1925
an den gesamten Reichseinnahmen	17 Proz.	16,4 Proz.	19 Proz.
an Gesamtaufkommen der Einkommensteuer	57	52,5	71

Die Lohnsteuer hat also im Februar nahezu ein Fünftel der gesamten Reichseinnahmen und fast drei Viertel der gesamten Einkommensteuer aufgebracht. Aber nicht nur prozentual hat sich das Auskommen der Lohnsteuer erhöht, bei richtiger Würdigung des Ergebnisses ergibt sich auch eine tatsächliche Erhöhung. Denn im Lohnsteuerertrag des Monats Januar waren erhebliche Beiträge enthalten, die aus der Ablieferung im Marktergebnis und aus der Verteuerung der Weihnachtsattributionen und Lantienen stammten. Aus diesem Grunde hätte im Februar ein erheblicher Ausfall erwartet werden können. Doch das nicht eingetreten ist, war nur durch eine weitere Steigerung der laufenden Lohnsteuererträge möglich. Die laufenden Einnahmen aber sind gestiegen, obgleich im Dezember vorigen Jahres der steuerfreie Lohnbetrag von 50 auf 60 Mark erhöht worden ist. Schon dieses Ergebnis dürfte genügen, eine wirkliche Erhöhung der Lohnsteuer, wie sie durch den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 60 auf 100 Mark gefordert wird, zu rechtfertigen.

Andererseits ist der Ausfall bei der Umsatzsteuer mit 80 Millionen gegenüber dem Vormonat nicht so beträchtlich, wie er auf den ersten Blick scheinen könnte. Der Ausfall der Umsatzsteuer an den Gesamteinnahmen, der im Jahre 1924 durchschnittlich ein Drittel betrug, erreichte im Februar immer noch ein Fünftel. Das

erhöhte Auskommen im Januar erklärt sich einerseits aus dem belebten Weihnachtsgeschäft, andererseits aber daraus, daß der Januar die vierteljährlichen Vorauszahlungen miteinbringt. Wie in jedem Quartalsmonat brachte daher die Umsatzsteuer auch im Januar gegenüber dem Dezember einen beträchtlichen Mehrertrag, nämlich rund 61 Millionen Mark. Die Ermäßigung des Steuerjahres auf 1 1/2 Prozent hat also keineswegs den von der Regierung angeforderten großen Ausfall zur Folge gehabt. Wie hoch das Auskommen der Umsatzsteuer immer noch ist, geht erst aus einer Gegenüberstellung mit dem Vorjahre hervor. Im Februar 1924 brachte die Umsatzsteuer bei einem Steuerjahr von 2 1/2 Proz. 103 Millionen, im Februar 1925 betrug 1 1/2 Proz. 127 Millionen. Trotz der Senkung des Steuerjahres um zwei Fünftel hat sich also ihr Auskommen um 12 Prozent erhöht.

Während somit die bisherige Ermäßigung bei den großen Massensteuern keine Erleichterung der Massenbelastung gebracht hat, hat man auf der anderen Seite dafür gesorgt, die Besitzbelastung möglichst hienan zu halten. Eine der unabwehrlichsten Lasten auf diesem Gebiet sind die Rückzahlungen bei der Landabgabe. Von der Landabgabe, die insgesamt nur 42 Millionen Reichsmark aufgebracht hat, sind bis jetzt über 30 Millionen Reichsmark zurückgezahlt. Diese Rückzahlungen sind an die großen Landwirte erfolgt, die aus spekulativen Gründen umfangreiche Vorauszahlungen auf die Landabgabe gemacht hatten. Obgleich diese Vorauszahlungen nur einen Bruchteil des Goldwertes darstellten, wurde diesen Steuerpflichtigen der volle Goldmarkbetrag zurückerstattet. Die Großgrundbesitzer haben also ein hohes Steuererlösnis erhalten, das man nicht zum geringen Teile aus den Taschen der kleinen Landwirte bezahlt hat. Die Sozialdemokratie hat gegen diese Rückzahlungen bereits im Juli 1924 wiederholt Einspruch erhoben, aber das Finanzministerium hat sie trotzdem bis auf den heutigen Tag fortgesetzt.

Leute, die ohne Beschäftigung verdienen.

In der Ertragsbilanz der Karti Solomon u. Co. A.-G. finden wir folgende Angaben: Die Bruttoeinnahmen betragen 1,84 Millionen Mk.; davon entfallen 1,18 Millionen Mk. auf Generalunkosten. Die Erklärung dafür gibt man in dem Hinweis, daß der Betrieb kaum zu 25 Proz. seiner Leistungsfähigkeit beschäftigt war. Trotzdem wurde ein Reingewinn von 84801 Mark erzielt, aus dem auf die verschiedenen Aktienreihen 8 bzw. 10 Proz. Dividende verteilt werden. — Wie muß sich hier die Preisgestaltung verhalten haben, um bei einem derartigen miserablen Geschäftsjahre einen immerhin relativ hohen Reingewinn zu erzielen? Das Rätsel wird gelöst, wenn wir erfahren, daß die Karti Solomon u. Co. A.-G. eine Weizenmühle ist. Man braucht also über die Auswirkung der konstanten Preiserhöhungen für Mehl und Getreide zu sprechen. (Preis der Weizenmühle im März 1925.) Offentlich erinnert der Wähler am 29. März an diese und ähnliche Auswüchse der Regierung.

Das Ergebnis der Lederenquete. Der Arbeitsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats für die Lederenquete legt jetzt einen umfangreichen Bericht vor, der vom Wirtschaftspolitischen Ausschuss gebilligt worden ist. Die Kommission stellt zusammenfassend fest, daß sie ihre Untersuchung durch Vernehmung von Sachverständigen aus den verschiedenen Zweigen der Produktion wie des Handels durchgeführt hat. Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, daß sie auf Grund dieser Erhebungen keinen Anlaß hat, ein Eingreifen der Regierung in die Marktverhältnisse der Lederwirtschaft zu empfehlen. Bei den hohen Preissteigerungen, die den Gossenstand der Untersuchungen gebildet haben, handelt es sich in der Hauptsache um Ueberanpassungen, wie sie sich in der gesamten deutschen Wirtschaft gezeigt haben. Solche Ueberanpassungen bilden Gefahren für Spekulationen. Doch haben sich irgendwelche Anhaltspunkte für eine planmäßige Preistreiberi nicht ergeben. — Wir kommen auf die interessanten Einzeleregebnisse der Untersuchung noch zurück.

Es ist eine sehr ernst zu nehmende Bitte, wenn die Reemtsma A.-G. auf den Kontrollzetteln ihrer Packungen zu Anregungen der Raucherkreise unmittelbar an den Vorstand der Gesellschaft auffordert.

Es soll damit nicht nur dem Raucher gedient werden, sondern auch dem Unternehmen, das in seinen ernstesten Bemühungen, der Geschmacks-eigenart verschiedener Raucher gleichzeitig gerecht zu werden, auf kritische Äußerungen der weitesten Raucher angewiesen ist.



REEMTSMA A.-G.
CIGARETTENFABRIK

Das Herz jeder Familie ist eine Küche von Raddatz

Besichtigung aller 16 Spezial-Ausstellungen ohne Kaufzwang

P. Raddatz & Co.
Leipziger Str. 122-123

Kundgebung der Gewerkschaften.

Im weiteren Verlauf der Kundgebung der Bundesauschüsse des ADGB, des KZ-Bundes und des ADL sprach Genosse Tarnow, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, über: „Die Steuervorfälle der Reichsregierung.“

Als nach der Inflation die Geldbedürfnisse des Reiches durch Steuererhöhungen gedeckt werden mußte, zeigte sich, daß die steuerlichen Eingänge in einem Ausmaß einliefen, daß die Finanzminister des Auslandes mit Reid auf Deutschland sahen. Der Steuerertrag ist in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres um zwei Milliarden höher gewesen, als der Vorkriegsstand. Es muß festgestellt werden, daß die Einnahmen nicht dem Ueberfluß entsprachen, sondern die den Ärmsten des Volkes entzogen wurden und zu einer Korruption der Wirtschaft führten, wie sie das 700-Millionen-Geldstück an die Ruhrindustrie darstellt. Hier hat sich das Wort bewahrheitet, daß Geldknappheit Inflation, Geldüberfluß aber Korruption nach sich zieht. Bei der Schaffung der neuen Steuervorfälle hat bei der Regierung der Grundgedanke gegolten:

Schonung des Besitzes, Ausfaltung der großen Massen.

Die Konzentration von Kapital in wenigen Händen soll erreicht werden. Während beispielsweise die Vermögenszuwachssteuer gestoppt ist, wird die sozial ungerechteste Steuer, die Umsatzsteuer, beibehalten. Angesichts der unerträglichen Ueberbelastung der Bevölkerung durch die Lohnsteuer muß verlangt werden, daß für Einkommen bis zu 4000 M. der Prozentsatz, der jetzt 10 Proz. beträgt, herabgesetzt wird. Die große Menge der Lohnempfänger ist davon befreit, eine schlechte „Steuermoral“ zu haben; ihr werden die Steuern auf Heller und Pfennig abgezogen. Wird bei der Einziehung der großen Einkommen nicht eine grundlegende Änderung eingeführt, werden die Gewerkschaften den Arbeitnehmern

die gegenwärtige Art der Lohnsteuer nicht länger zumuten können. Auch alle anderen neuen Steuern tragen stark antisozialen Charakter. — Sollte die neue Steuerreform etwa eine Demonstration der neuen Reichsregierung dafür sein, was eine Rechtsregierung dem deutschen arbeitenden Volke zu bieten wagt, so muß das gute Gelingen dieser Demonstration festgestellt werden. Die Gewerkschaften, die die große Mehrheit der deutschen Arbeitnehmer vertreten, erklären jedenfalls mit aller Schärfe, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten es ablehnen, der Steuerpöbel der Rechtsregierung zu sein.

In der Diskussion sprachen Heinig vom Werkmeisterverband, Schmidt, Bergarbeiter, und Dr. Böcker vom ADL. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird zunächst dagegen protestiert, daß die Steuererhöhungen der Reichsregierung das bestehende Steuerrecht erhöhen und vergrößern. Obwohl den Riesensummen aus der Lohnsteuer und den Abgaben vom Massenverbrauch nur geringe Besteuerungen des Besitzes gegenüberstehen, will die Regierung die arbeitenden Massen noch mehr belasten. Die Bundesauschüsse fordern eine grundsätzliche Änderung des Steuerwesens, dergestalt, daß

dem Staat eine direkte Beteiligung an den Erträgen der Wirtschaft

gestichert wird. Weiter wird die Begrenzung der Inflationsgewinne und die Rückzahlung der aus öffentlichen Mitteln stammenden Ruhestampfgewinne verlangt und die Heraushebung des steuerfreien Einkommens und die Beibehaltung der Umsatzsteuer wird gefordert. Protest wird auch erhoben gegen die Beibehaltung des Systems der Lohnsteuererhebung, während sich die größeren Einkommen jeder Kontrolle entziehen. Der Steuerzwang für die Lohn- und Gehaltsempfänger ist nur beizubehalten, wenn eine Deffnung der Steuerlisten gleichzeitig erfolgt.

Spliedt, Sekretär des ADGB, referierte sodann über die Forderungen der Gewerkschaften zur Arbeitslosenversicherung. Während der Vorkriegszeit betrug die Zahl der Erwerbslosen ständig etwa 2 Proz. Heute ist mit über 8 Proz. zu rechnen. Die Fluktuation der Arbeitslosen ist geringer, die schlechte Arbeitsmarktlage der einzelnen Gewerbe ist fester geworden. Wer in Arbeit steht, versucht seine Stellung zu halten, wer arbeitslos ist, bleibt es lange. Es mangelt an einer richtigen Verteilung der Arbeitskräfte. Das muß

Aufgabe einer zentralen Arbeitslosenversicherung

sein. Es genügt nicht, die Erwerbslosen zu unterstützen, ihnen unzureichende Almosen zu geben, wir müssen die Unterstützungsort der Arbeitslosen grundsätzlich ändern. Dabei darf nicht daran vergessen werden, daß sich gelegentlich die Erwerbslosenunterstützung mit den niedrigen Arbeitseinkommen schneiden. Die heutige Art der Unterstützungsgewährung, die auf dem System der Armenunterstützung aufgebaut ist, ist unhaltbar. Die Bedürftigkeitsfrage muß ausgeschaltet werden. Im Verhältnis gesehen sind außerdeutsche Länder viel stärker belastet. Will die deutsche Industrie keine sozialen Lasten tragen, so muß sie höhere Löhne zahlen, damit die Arbeiter für sich selbst sorgen können, wie in Amerika. Die gesamte Arbeitslosenversicherung ist mit etwa 4 Proz. der Volksumme zu sichern. **Schutz vor Erwerbslosigkeit, Selbstverwaltung, Zentralisation des Casseausgleichs** sind die Forderungen der Gewerkschaften. Eine Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung ist dringend notwendig. Die Fragen der Erwerbslosensicherung sind so brennend, daß ihre schnellste Lösung gebieterisch gefordert werden muß. Nach eingehender Aussprache, in der Quasnik vom Verband der Landarbeiter die Einbeziehung der Landarbeiter in die Versicherung verlangte, wurde auch eine Entschlieung angenommen, die sich im Sinne der Ausführungen des Genossen Spliedt hält.

Kühnauer, Vorsitzender des KZ-Bundes, referierte über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Heute vermissen wir die tatkräftige Verteidigung des Achtstundentages durch die deutschen Sozialwissenschaftler. Im Zeitalter der Maschine, wo die Mechanisierung der Arbeit bis in die Bureaus und den Buchhaltungsarbeiten vorgedrungen ist, gilt noch all das, was früher über die Ermüdung der Arbeitskraft gesagt und geschrieben worden ist. Wenn die Sozialpolitiker verfügen, müssen die Gewerkschaften den Kampf wieder aufnehmen und ihn auch allein führen.

Der Kampf um den Achtstundentag ist gleichzeitig ein Kampf gegen die Reaktion.

Die Frage des Achtstundentages ist nicht nur eine Frage der Produktion, sondern auch eine Frage der Volkswirtschaft. Ein Teil der Arbeitnehmer wird überlastet, während ein großer anderer Teil arbeitslos ist. Von den Arbeitern wäre es kurzfristig, wollten sie nicht auch international dagegen vorgehen. Die Grundlage für eine Regelung der Arbeitszeit bietet das Washingtoner Abkommen, das allerdings keine Idealzustände schaffen könnte. Leider hat sich bis in die neueste Zeit hinein die deutsche Regierung ablehnend gegen das Abkommen verhalten. Noch vor kurzem hat ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärt, Deutschland könne sich eine solche Einmischung in seine Souveränität nicht gefallen lassen.

Die Souveränität des deutschen Volkes besteht in dem Willen der Massen, den Achtstundentag wieder zu gewinnen.

Die deutschen Gewerkschaften haben keine Veranlassung, das, was die Unternehmer im November 1918 freiwillig zugestanden haben, fahren zu lassen.

Wir in Deutschland haben Wert darauf zu legen, daß bei der Ausarbeitung der deutschen Arbeitszeitgesetze nicht zu viel internationale Verschlechterungen übernommen werden. Die Erklärung der Luther-Regierung vom Februar 1923 läßt den Einfluß der Schwerindustrie auf die Regierung klar erkennen. Die sachlichen Argumente für den Achtstundentag haben auf die Luther-Regierung keinen Eindruck gemacht; lediglich die Kraft der Gewerkschaften wird den Arbeitern, Angestellten und Beamten den Achtstundentag wiederbringen. Im Kampf um den Achtstundentag stehen gegenwärtig die Eisenbahner. Ihnen gilt die Sympathie der Bundesauschüsse. Hört die Regierung nicht auf die Mahnungen der Arbeitnehmer, so werden die freien Gewerkschaften durch einen Volksentscheid die Meinung der Bevölkerung feststellen. Wie dieser Volksentscheid ausfällt, ist für jeden Sehenden unzweifelhaft. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Hanna forderte in der Diskussion eine weitgehende Berücksichtigung der weiblichen Arbeiterkraft bei der Arbeitszeitgesetzgebung. Döbling vom ADL sieht bei der Regelung der Arbeitszeit für die Beamten in der Einstellung der rechtsgerechten Beamenschaft eine Gefahr. Dismann vom Metallarbeiterverband forderte ein Arbeitszeitgesetz, das den Achtstundentag unzweifelhaft festlegt, ohne daß dieser Achtstundentag von unzähligen Verordnungen wieder durchlöchernt wird. Weder der deutschen Wirtschaft noch der Regierung wird eher Ruhe gegeben werden, bis der Achtstundentag zurückerobert ist. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

Die Bundesauschüsse des ADGB, des KZ-Bundes und des ADL halten es aus kulturellen, gesundheitlichen und nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Erwägungen für dringend erforderlich, daß der durch die Verordnung vom 21. Dezember 1923 gefährdete

achtstündige Normalarbeitstag wiederum gesetzlich gesichert

wird. Die gemeinsame Forderung der gewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvertretungen verlangt daher von der Reichsregierung und dem Reichstag die beschleunigte Verabschiedung eines entsprechenden Arbeitszeitgesetzes in Verbindung mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Die Gewerkschaften widerlegen sich der Absicht, mit Hilfe des Artikels 14 des Washingtoner Abkommens für Deutschland ein Ausnahmerecht zu schaffen und dadurch das internationale Abkommen über den Achtstundentag für Deutschland illusorisch zu machen. Eine weitere Verzögerung der gesetzlichen Arbeitszeitregelung wäre unerträglich und müßte die gemeinsame Aktion der vereinigten gewerkschaftlichen Organisationen zur unmittelbaren Folge haben.

An die angegliederten Zentralverbände, an die bezirklichen und örtlichen Gliederungen der drei Bünde ergeht die Aufforderung, sich auf die Durchführung eines Volksentscheides vorzubereiten, dessen Einsetzung unverzüglich erfolgen wird, sofern die beteiligten Körperschaften dem Verlangen der Gewerkschaften sachlich oder zeitlich nicht zu entsprechen bereit sein sollten. Von allen Arbeitern, Angestellten und Beamten wird erwartet, daß sie dazu beitragen, den Kampf um die Sicherung des Achtstundentages durch Opferwilligkeit und gewerkschaftliche Solidarität bis zum vollen Erfolge zu führen.

Genosse Falkenberg, Vorsitzender des ADL, konstatierte in seinem Schlusswort, daß die Wirtschaft nicht geringe Teile der Staatsmacht an sich gerissen habe. Die Politisierung der Wirtschaft wirkt sich bis in die Behördenstuben aus; die Reichsbahndirektion bietet ein anschauliches Bild dafür. In der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ist die soziale Reaktion obenan. Wenn sich die Arbeitnehmerschaft dagegen schütten will, so ist der engste Zusammenhalt der Arbeiter, Angestellten und Beamten nötig. In den freien Gewerkschaften ist eine Kraft verflochten, stark genug, um alle Widerstände beizusetzen.

WILF SACHEN!

Solche, die sparen wollen!
Solche, die sparen müssen!
Solche, die knapp an Geld sind!

Wir wollen ihnen zeigen, daß gute Kleidung nicht teuer zu sein braucht. Daß man auch für wenig Geld sich bei uns modern und nett kleiden kann. Und daß jeder einzelne Kauf bei uns eine Ersparnis mit sich bringt.

C&A

1 Frühlingsmächtig
wirken Sie in diesem taufrischen Gabardine-Kleid. Mit seiner vielart. Damastgarnitur paßt es zu Tee und Tanz. Ueberlegen Sie nicht lange. Nur **15**

2 Vornehme Eleganz
verbürgt dieser Kasack-Mantel mit künstlerischer Biesengarnierung und Rollkragen. Es ist das gute Stück aus Tuch, das zu Ihrer Sommergarderobe gehört. Nur **29**

3 Von großem Reiz
in seiner jugendlich-schönen Form mit Treisengarnierung findet dies Gabardine-Kostüm Ihren ungeteilten Beifall. locke ganz auf halbseidenem Serge, nur **25**

Königstrasse 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof

Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Geburtenregelung und Ehescheidung.

Die Regierung lehnt die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ab.

Der Reichstag trat gestern in die zweite Beratung des Gesetzes zur Wenderung des Besoldungssperregesetzes ein. Abg. Völkotte (Zir.) berichtet über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses. Der Ausschuss hat beschlossen, daß das Besoldungssperregesetz mit Wirkung vom 1. April 1926 ab außer Kraft tritt. Wenn die Länder und Gemeinden bereits zum 1. Januar 1926 oder zu einem früheren Zeitpunkt durch Einführung des Zuschlagrechtes zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer größere Selbstständigkeit in bezug auf die Ausnutzung dieser Steuern erhalten, so tritt das Gesetz schon mit jenem früheren Zeitpunkt außer Kraft.

Abg. Kofmann (Soz.):

Ich muß meine Verwunderung darüber aussprechen, daß die Regierung dieses Gesetz eingebracht hat, noch mehr aber über das Verhalten der Parteien, die die Regierung unterstützen. Das Besoldungssperregesetz stammt aus dem Jahre 1920, also aus der Zeit der Inflation, wo ein einheitliches Vorgehen bei den Gemeinden erzielt werden sollte. Es sollte verhindert werden, daß die Gemeinden ihre Beamten auf Kosten des Reiches besteuerten. Tatsächlich fanden aber viele Teile des Reiches mit ihrer Beamtenbesoldung hinter den Reichsbeamten zurück, besonders aus Baden und aus Württemberg ist mir bekannt, daß es sich bei der Aufbesserung von Beamtengehältern nur um eine Aufholung zurückgebliebener Verhältnisse handelte. Bei Erlaß des Gesetzes herrschte bei der Regierung wie hier im Hause das Gefühl vor, daß es einen außerordentlichen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden darstelle. Der Reichstagspräsident sprach damals von einer traurigen Notwendigkeit und es war klar, daß es nicht länger dauern sollte, als diese Notwendigkeit bestand. Jetzt haben die Gemeinden wieder eine gewisse Selbstständigkeit erhalten, die Aufrechterhaltung des Gesetzes ist also nicht mehr notwendig. Trotzdem wird uns dessen Verlängerung bis zum 1. April 1926 zugemutet. Wiederholt hat das Haus sich mit den Anträgen der Parteien beschäftigt, wonach dieses Gesetz so schnell wie möglich beseitigt werden sollte. Nach der Dezemberwahl haben sich aber besonders die Deutschnationalen sehr merkwürdig benommen. Bei dieser Partei scheint die sogenannte staatspolitische Einsicht erst gemacht zu sein, seitdem sie in der Regierung eine verantwortliche Tätigkeit ausüben. Wir erleben jetzt bei den Steuerfragen und bei der Aufwertung, auch beim Besoldungssperregesetz einen jämmerlichen Zusammenbruch der deutschnationalen Agitation.

(Sehr richtig bei den Soz.)

Im Ausschuss haben uns die Vertreter der Deutschnationalen erklärt, daß ihre Anträge aus einer Zeit stammten, wo kein Mensch an eine Regierungskoalition mit den Deutschnationalen dachte. (Hört, hört, bei den Soz.) Gestern noch führte der deutschnationale Abgeordnete Korath im Ausschuss aus, es beständen die stärksten Gründe für die Verlängerung des Gesetzes. Und als unser Beamtenvertreter sich für die Rechte der Kommunalbeamten einsetzte, da erklärten die Deutschnationalen, das sei eine Familienangelegenheit ihrer Partei. (Hört, hört, bei den Soz.) Ich frage: Gehört es zum Wesen des Parlamentarismus, daß die Not und die Sorge des deutschen Volkes zum Gegenstand demagogischer Agitation gemacht wird? (Sehr richtig, bei den Soz.) In den Jahren 1920/21 haben gerade die Deutschnationalen Tränenströme darüber vergossen, daß dieses Gesetz einen Bruch der Verfassung darstelle, daß damit in die Selbstverwaltung und in das Recht der Einzelstaaten eingegriffen werde. Auch die Bayerische Volkspartei hat sich diese Agitation zu eigen gemacht. Seitdem wir aber eine reaktionäre Reichsregierung haben, ist der bayerische Rame zehn wie ein Karolinenkel geworden. (Heiterkeit.) Jetzt tritt auch diese Partei für eine endlose Verlängerung des Gesetzes ein.

Die Regierung hat uns eine Deuschelst unterbreitet, die einen Sturm von Entrüstung unter Hunderttausenden Kommunalbeamten erregt hat.

Die Regierung hat darin nicht ein objektives Bild der Verhältnisse gegeben, sondern sie verzerrt und einseitig geschildert. Sie appelliert darin an die niedrigsten Instanzen. Wohlgeleitete Unruhe ist bei den Beamten entstanden, weil die Regierung über ihre Wünsche hinweggeht, weil sie instinktiv fühlen, daß die Regierung im Begriff sei, sich eine dauernde Basis zu schaffen, um den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Beamten zu hemmen. Nur die großkapitalistischen Interessenten sind gutdünkelnd gehört worden, dagegen hat man es nicht für notwendig gehalten, auch die Organisation der Beamten hinzufragen. In einer Reihe von Beispielen weist der Redner nach, daß die Deutschnationalen schwere Verstöße begangen. Wenn ein mittlerer städtischer Beamter die Aufgabe erhalten hätte, eine solche Deuschelst als Prüfungsausschuss seinem Monfrat einzubringen, so wäre er mit Punkten und Lorbeeren durchgezogen. (Sehr wahr, bei den Soz.) Dieses falsche Material wird aber zugrunde gelegt, um die Verlängerung des Gesetzes zu begründen. Dazu kommt die von der Regierung beobachtete Umkehrung aller historischen Verhältnisse, die viel mehr Schaden verursachen wird, als die finanzielle Einsparnis ausmachen könnte. Wir haben sozialvertrauten Bevölkerung ebenso am Herzen liegt, wie dem Reichsfinanzminister das Wohl seiner Finanzen. Gerade aus den Gemeinden kommen die Hilferufe: Schützt uns vor den Beamten, die selbst nicht den Mut zur Selbstverantwortung aufbringen! (Hört, hört, bei den Soz.) Die Regierung will eine Vereinheitlichung der Verhältnisse herbeiführen. In den letzten 4 Jahren sind aber im ganzen nur 190 Besoldungsordnungen nachgeprüft worden; glaubt sie, daß sie in diesem Jahre noch tausend andere Ordnungen nachprüfen könnte? Es handelt sich hier um eine Daueraufgabe, die durch das Besoldungssperregesetz nicht gelöst werden kann. Die Regierung erklärt zwar, daß das Gesetz über den 1. April 1926 nicht verlängert werden soll, wir haben aber sehr berechtigtes Mißtrauen, daß diese Versicherung erfüllt wird.

Schließlich muß noch die Frage geklärt werden, ob die Verlängerung des Besoldungssperregesetzes nicht nach Art. 76 der Verfassung einer qualifizierten Mehrheit bedarf.

Schon bei der Schaffung des Gesetzes hat der Reichstag sehr schwere Bedenken gehabt, weil diese Frage noch nicht geklärt war, er brachte diese Bedenken dadurch zum Ausdruck, daß er dem Gesetze mit Zweidrittelmehrheit zustimmte. Der Abgeordnete Schulz-Draumburg (Deutschnat.) hat das Gesetz als verfassungswidrig bezeichnet. (Hört, hört, bei den Soz.) Es besteht also kein Zweifel darüber, daß eine qualifizierte Mehrheit notwendig ist, wenn die Verlängerung rechtsgültig sein soll. Die Bedenken des Gesetzes muß die schwersten Bedenken erregen, denen irgendwelche Vorteile nicht gegenüber stehen. Darum lehnen wir es ab. (Behäufte Beifall bei den Soz.)

Abg. Eichhorn (Komm.) hält ebenfalls den Gesetzentwurf für unannehmbar.

Die Abgg. Dietrich-Baden (Dem.) und Schröder-Mecklenburg (Nat.-Soz.) lehnen die Vorlage gleichfalls ab.

Die Vorlage wird darauf in zweiter Lesung gegen Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) beantragt, die dritte Lesung auszusparen und den Gesetzentwurf zur Nachprüfung der Frage, ob er verfassungswidrig sei, dem Reichsausschuss zu überweisen.

Der Antrag wird abgelehnt.

In der dritten Lesung werden die einschließenden Bestimmungen des Gesetzes angenommen.

Abg. Steinkopf (Soz.) beantragt dann, die Abstimmung über die Bestimmung, daß das Sperregesetz erst mit Wirkung vom 1. April 1926 ab außer Kraft tritt, auszusetzen und auf Donnerstag zu verlegen.

Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. Die Abstimmung über die grundsätzliche Bestimmung ist namenlos. Sie ergibt die Annahme der Bestimmung mit 166 gegen 154 Stimmen bei 8 Enthaltungen.

Bei der Schlussabstimmung fordert Abg. Dr. Käly (Dem.) namentliche Abstimmung, damit festgestellt werden kann, ob das Gesetz eine qualifizierte Mehrheit habe. Seine Fraktion habe es für verfassungswidrig erklärt. Die Schlussabstimmung ergibt die Annahme des Gesetzes mit 165 gegen 153 Stimmen, also mit einfacher Mehrheit.

Vizepräsident Dr. Bell stellt fest, daß Zweck angesetzt ist, ob das Gesetz verfassungswidrig sei, daß eine qualifizierte Zweidrittelmehrheit nicht vorliegt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die vierteljährliche Gehaltszahlung. Danach soll die vierteljährliche Gehaltszahlung der Beamtengehälter wieder eingeführt werden, den Zeitpunkt der Wiedereinführung jedoch die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und des Ausschusses des Reichstags für den Reichshaushalt bestimmen. Hierbei kann bestimmt werden, daß die Vierteljahresbezüge zu einem anderen Zeitpunkt als zum Beginn eines Kalenderjahres gezahlt werden oder daß an Stelle der vierteljährlichen zunächst eine zweimonatliche Vorauszahlung erfolgt.

Der Haushaltsausschuss beantragt die unveränderte Annahme der Vorlage sowie die Entschliebung: Die Reichsregierung zu eruchen, die vierteljährliche Gehaltszahlung mit tunlicher Beschleunigung, spätestens aber bis zum 1. Oktober 1923, einzuführen.

Die Vorlage wird darauf in zweiter und dritter Lesung und in der Schlussabstimmung mit der Entschliebung angenommen.

Die zweite Lesung des Reichshaushaltplans wird fortgesetzt, und zwar mit der Einzelberatung beim Reichsjustizministerium.

Frau Dr. Stegmann (Soz.)

begründet den Antrag der Sozialdemokraten, die §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches (Abtreibungsparagrafen) durch einen neuen Paragrafen zu ergänzen, wonach Eingriffe in das leibende Leben dann nicht strafbar sein sollen, wenn sie von einem approbierten Arzt und in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft vorgenommen werden. Bei der Schaffung des § 218 habe man zweifellos etwas Gutes gewollt, den zahlreichen Abtreibungen sollte ein Ziel gesetzt werden. Des Gegenteils aber ist eingetreten. Man spricht heute von einer halben bis einer Million Frauen, bei denen alljährlich ein Eingriff vorgenommen wird. Statistisch können allerdings nur die Frauen erfasst werden, die einen Schaden erleiden, weil die anderen Fälle sich der Öffentlichkeit entziehen. Diese Zustände sprechen doch dafür, daß eine große Not besteht, an der die Gesetzgebung nicht länger vorbeigehen kann. Viele Frauen kommen bei den Eingriffen ums Leben, die Mütter oder Erzieherinnen ihrer Kinder sind. Es mag in früheren Zeiten vielleicht so gewesen sein, daß aus Bequemlichkeit Abtreibungen vorgenommen worden sind. Daraus hat sich das Verurteilte festgesetzt, daß Eingriffe in die Schwangerschaft überhaupt etwas Unkrautes seien. Es ist höchste Zeit, daß dieses Vorurteil beseitigt wird. Es mag Menschen geben, die nur das eine anstreben, ihre Triebe ausleben zu lassen. Aber der Begriff des Auslebens hat doch mit unserer Zeit wenig zu tun. Die arbeitenden Klassen insbesondere stehen unter ungünstigsten Lebensbedingungen, viele Frauen leiden unter den schledsten wirtschaftlichen Verhältnissen. Für diese Millionen ist der § 218 ein Fluch und eine sinnlose Grausamkeit.

Die Mutterkraft soll die höchste Erfüllung für die Frau sein, die Natur gibt ihr für diese Zeit die größte körperliche und seelische Schönheit. Wenn Frauen dieses Wunder und dieses höchste Glück zerstören, so kann das nur in der höchsten Not geschehen.

Allerdings leiden nicht nur Proletarierinnen, sondern auch bürgerliche Frauen unter dieser Not, und es ist schade genug für die bürgerlichen Frauen, daß sie diese Not erleben, aber nicht den Ursprung erkennen, nicht wissen, woher ihre Heimatlosigkeit kommt. Wir Sozialdemokraten wollen solche Zustände schaffen, daß das natürliche Leben sich frei entfalten kann, daß der Zeugungswille zum Ausdruck der Lebensbejahung wird. Aber auf diesem Weg zur Zukunft dürfen wir nicht daran vorbeigehen, daß jetzt schon Wendenungen der Verhältnisse notwendig sind. Wir sind uns der Tragweite unseres Antrages durchaus bewußt, wir stellen unsere Forderung vom Standpunkte der Rassenhygiene, des Arztes, der Volkswirtschaft. Wir greifen damit noch nicht in die Wurzel des Übels, aber glauben damit, einige Härten damit zu beseitigen, die der modernen Lebensanschauung nicht mehr entsprechen. Weiter gibt es noch Kerze, die Verfechter des § 218 sind, trotzdem sie wissen, mit welchen Lebensgefahren der in aller Heimlichkeit vorgenommene Eingriff verbunden ist. Gerade diese Kerze liefern das beste Material für die Begründung unserer Forderung. So erzählt einer von ihnen, daß die Zahl der Aborte größer sei als die Zahl lebend geborener Kinder. Die Heilertinnen, die in aller Heimlichkeit Eingriffe vornahmen, arbeiten mit ungewöhnlichen Mitteln, sie haben ein Interesse daran, nichts mit ihrem Gebären merken zu lassen. Es ist höchste Zeit,

daß die Rechtsprechung dieser Not ein Ende macht. Es gibt aber auch eine große Zahl von Kerzen, besonders von Kerzinnen, die durch ihre fortschrittliche Bestimmung zeigen, daß sie für die Not der Frauen Verständnis haben und die erkannt haben, daß

der § 218 viel mehr Schaden als Nutzen

verursacht. Die Rassenhygieniker kommen unserer Auffassung entgegen, indem sie sagen, daß die Qualität ebenso zu berücksichtigen sei wie die Quantität.

Vom Einwirk, daß die gesetzlich gestatteten Eingriffe in die Schwangerschaft die Stillschkeit zerstören würden, daß eine Zunahme des außerehelichen Geschlechtsverkehrs und der venerischen Krankheiten zu befürchten sei, widerspricht die Tatsache, daß 80 Proz. der Abtreibenden verheiratet sind. Es kommt darauf an, daß Kinder mit starkem Lebenswillen geboren werden, Kinder, die von den Müttern mit Widerwillen gezeugt werden, können diesen Lebenswillen niemals erhalten. Auch daß die Kasse aussterben würde, ist nicht richtig; denn es läßt sich ein bestimmtes Naturgesetz beobachten, daß die Zahl der Lebendgeborenen zu der der Toten stets im Verhältnis von 3:2 steht. Die Kulturoffler haben das Bestreben, die Stillschkeit herabzusetzen, aber überall findet zugleich die Zahl der Geburten. Es ist also nicht zu befürchten, daß der Tod des Volkes herbeigeführt wird, wenn die Rechtsprechung der Not der Frauen Rechnung trägt. Auch vom Standpunkte der Religion können keine Einwendungen gegen unseren Antrag erhoben werden, denn wenn Gott es jagt, daß viele Frauen durch die allgemeinen Zustände unserer Zeit in Not geraten, so können sie nicht gegen den Willen Gottes handeln, wenn sie sich aus dieser Not befreien wollen. Wir müssen die Frauen über ihren Körper und ihre Seele aufklären, wir müssen ihnen die Freiheit geben, selbst über ihren Körper zu entscheiden. (Behäufte Beifall bei den Soz.)

Frau Abg. Agnes (Soz.)

begründet den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, für die Ehescheidung Erleichterungen einzuführen. Nicht nur die Schulfrage soll entschieden sein, sondern auch die Zerrüttung der Eheverhältnisse und die Abneigung der Ehegatten gegeneinander. Gerade die unbemittelten Kreise leiden am meisten unter dem heutigen Zuständen. Bei ihnen fehlen alle Voraussetzungen, um sich die Bestimmungen über die Ehescheidung zunutze machen zu können. Die besitzenden Klassen können die Ehescheidung ohne weiteres durchführen. Bei den ärmeren Kreisen fehlen die wirtschaftlichen Möglichkeiten dazu. Wenn die Erleichterung der Ehescheidung mit moralischen und sittlichen Gründen gerechtfertigt wird, so muß doch gesagt werden, daß die Fortsetzung einer Ehe, die immerhin geduldet ist, die größte Unbilligkeit darstellt, die man sich denken kann. (Sehr wahr bei den Soz.) Gerade, weil wir der Ehe ihren sittlichen Wert erhalten wollen, müssen wir dafür sorgen, daß die Ehegatten wieder auseinandergehen können, wenn die Ehe für sie zur Hölle geworden ist. Der Berufung auf das religiöse Dogma steht doch die Tatsache gegenüber, daß so viele Ehen ohne religiöse Bindung geschlossen worden sind, und daß die Möglichkeit gegeben werden muß, sie wieder zu trennen, wenn die Voraussetzungen dafür nicht vorhanden sind. Uns steht die ethische Gemeinheit der Menschen zu hoch, als daß sie anders als mit reifer Zustimmung der Gatten auseinander getrennt werden dürfte. (Sehr wahr bei den Soz.) Gerade in Niederrubergern finden wir den größten Prozentanteil unehelicher Kinder, wo doch noch die schärfsten gesetzlichen Einrichtungen bestehen. Ebenso in Italien und Oesterreich, wo es keine Ehescheidung gibt, da haben wir die größte Zahl von Ehebrüchen. Der religiöse Zwang kann nie die Entschlossenheit haben. Mit unseren Anträgen wollen wir der Ehe keinen Schaden zufügen, wir wollen ihr damit nur einen höheren sittlichen Gehalt geben. (Beifall bei den Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Treubach hält daran fest, daß er einer Erleichterung der Ehescheidung und der Abtreibung niemals zustimmen werde.

Abg. Frau Krensch (Komm.) und Brodau (Dem.) bedauern die ablehnende Haltung des Reichsjustizministers.

Darum wird die Sitzung für eine kurze Zeit unterbrochen, um für die bevorstehenden Abstimmungen noch weitere Mitglieder herbeizuholen, da das Haus sehr schlecht besetzt ist.

Die Anträge werden den verschiedenen Ausschüssen überwiesen. Ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Republikshausgesetzes und Auflösung des Staatsgerichtshofs wird abgelehnt. Ein demokratischer Antrag auf Regelung des Zwangsvergleichsverfahrens wird angenommen.

Es folgt eine Debatte über den Entwurf des Republikshausgesetzes, die wir an anderer Stelle wiedergeben.

Weiter wird ein Antrag auf Nachprüfung der Stellung des Patentamtes angenommen, ebenso ein Antrag auf Ermächtigung den Patentbehörden. Damit ist die zweite Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums erledigt.

Der Gesetzentwurf über Erweiterung und Verlängerung der Fürsorge für erwerbslose Seeleute wird in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Ergänzung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen geht an den Volkswirtschaftsausschuss, der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Fristen aus der Dritten Steuernotverordnung an den Aufwertausschuss.

Es folgt der Bericht des Wohnungsausschusses über die Anträge zur Mieterbeschwerdebekämpfung.

Abg. Dr. Käly (Dem.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Ausschuss habe es unbedingt für nötig gehalten, daß möglichst bald eine brauchbare und nach einheitlichen Gesichtspunkten über das ganze Deutsche Reich hinweg aufgestellte Statistik über die einschlägigen Verhältnisse mit Hilfe der Länder zustande gebracht werde. Die Reichsregierung müsse die gesetzgeberische Führung und Initiative ergreifen. Im Interesse der Beschleunigung sei die Frist, bis zu welcher die Vorlagen erörtert werden, auf den 30. April festgesetzt worden.

Ein Regierungsvorsteher stimmt dem Antrage des Ausschusses zu. Die Regierung werde befreit sein, die entsprechenden Gesetzentwürfe baldmöglichst vorzulegen. Ob dies zu dem vom Ausschuss gewünschten Termin schon geschehen kann, könne die Regierung nicht bestimmen.

Die Beratung wird darauf abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr: Rotelot, Finanz-ausschuss, keine Vorlagen. — Schluß gegen 9 Uhr.

Der Tschekaprozess.

Die Spigeldienste Königs und Dieners. — Belastungszeugen für Stoblewski.

BS. Leipzig, 18. März.

In der heutigen Sitzung wurde der Zeuge Josef Schneider vernommen. Der Zeuge gibt an, daß er mit Diener in einer Zelle zusammen gewesen sei. König sei dann unter dem Namen Bauer auch zu ihm in die Zelle gekommen und habe ebenso wie Diener versucht, ihn auszufragen, ob er etwas von Waffensparten wisse. Als von dem Fall Seekt die Rede war, hätten sie gesagt, daß sie nicht ernst zu nehmen gewesen.

Nach einer Pause teilte der Vorsitzende mit, daß das Gericht beschloffen habe, in Egidienhain Erkundigungen darüber einzuziehen, ob die Schipowa tatsächlich am 15. April die Grenze überschritten habe.

Hierauf wurde der

Konfessionär Max Amstedt

aus Berlin-Weißensee, der gegenwärtig eine Zuchthausstrafe wegen Weihilfe zum Hochverrat verbüßt, vernommen. Bei seiner Gegenüberstellung mit dem Angeklagten Mayer erklärt der Zeuge, daß er diesen anscheinend irgendwo einmal gesehen haben müsse, daß er ihn aber nicht persönlich bekannt sei. Er sei nicht der „Alther“, von dem er einmal einen Auftrag bekommen habe. Der Zeuge bekundet weiter, daß in einer Schöneberger Kommunistenversammlung ihm der Auftrag zur Ausübung der schwarzen Reichswehr erteilt worden sei. Nähere Anweisung würden sie von einem gewissen Felix in der Zentrale erhalten. Dieser Felix (den der Zeuge in dem Angeklagten Neumann wiedererkennt) habe ihm darüber hinaus den Auftrag erteilt, Propaganda unter den Truppen selbst zu treiben. Er habe sich deshalb an die Zentrale gewandt, wo man ihm gesagt habe, daß Neumanns Auftrag keine Gültigkeit habe. Der Zeuge gab weiter an: In meinem eigenen Prozesse habe ich ausgesagt, daß ich den Auftrag zu meiner Sache von Neumann hatte, das ist aber eine Unwahrheit. Ich habe Neumann nur beschuldigt, weil ich nicht nach andere Genossen in die Sache mit hineinziehen wollte. Angekl. Neumann richtet an den Präsidenten die Bitte, ihn ausführlich reden zu lassen. Die Verteidiger liegen jetzt gegen ihn Zeugen aufmarschieren, die mit unverkennbaren Tendenzen zeigen, daß der Angeklagte Neumann in der kommunistischen Partei als Spigel bzw. Agent provocateur gearbeitet habe. Das sei eine Verleumdung, an deren Zurückweisung er ein persönliches Interesse habe.

Die Stenotypistin Anna Jehnpsund.

Die bekanntlich als angebliche Berräterin „erledigt“ werden sollte, ist erst durch die Voruntersuchung über das gegen sie geplante Attentat unterrichtet worden. Sie ist ausbittungsweise bei der SPD. beschäftigt gewesen, aber entlassen und bald darauf aus der Partei ausgeschlossen worden. Rechtsanwält Dr. Wolf fragt die Zeugin, wie sie denn dazu gekommen sei, einen Brief an die Berliner Polizei zu schreiben. Darauf erwidert sie, daß sie in der Jugendbewegung gearbeitet habe. Ihre Gruppe sei damals im Begriff gewesen, auseinander zu gehen. Um dies zu verhindern, hätte sie keinen anderen Rat gewußt und hätte schließlich an die Polizei geschrieben. Auf den Inhalt des Briefes kann sie sich aber nicht mehr bestimmen. Auf keinen Fall hätte sie die Partei schädigen, oder die Festnahme einzelner Personen veranlassen wollen. Was sie mit ihrem Schreiben denn eigentlich erreichen wollte, will der Zeugin auch heute noch nicht klar sein. Als der Zeugin der Angeklagte Stoblewski gegenübergestellt wird, bekundet sie, daß sie diesen Mann nie gesehen habe. Der „Helmuth“, den sie kenne, sei ein anderer, ein Mann ungefähr in den vierziger Jahren.

Hierauf wurde der Kriminaloberwachmeister Eger aus Stuttgart vernommen, der die Frage, ob König bei seiner ersten Inhaftierung sich bereit erklärt habe, nach dem Maße der ihm zu Gebote stehenden Informationen die SPD. an die Polizei zu verraten, offenläßt.

Hierauf wurde der

Zeuge Heidenreich

vergeführt, der sich wegen Hochverrats, und zwar wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz in Untersuchung befindet. Der Zeuge macht Bekundungen über König, der ihm seit Jahren bekannt sei und im Stuttgarter Polizeigefängnis verurteilt, ihn auszufragen. Königs Fragen hätten sich hauptsächlich auf die Bezirksverteilung und die Oberleitung Südwest bezogen. — Rechtsanwält Dr. Wolf: Haben Sie damals in der Partei gehört, daß Spigel ermordet werden sollten? — Zeuge: Ja, ich habe gehört, daß Spigel erledigt werden sollten. — Der Zeuge bekundet weiter, daß in einem Rundschreiben davon die Rede gewesen sei, und zwar war das zu der Zeit, als die Partei illegal war und ziemlich viel Spigel und Provokateure vorhanden gewesen sind.

Laut Gerichtsbeschluss wurden die Zeugen Amstedt, Heidenreich und Joseph Schneider, sowie Anna Jehnpsund unbeeidigt gelassen, da bei ihnen der Verdacht der Teilnahme bei den unter Anklage stehenden Delikten bestehe.

Darauf wurde

Die 61 jährige Frau Hoffmann

aus Berlin vernommen, die letzte Quartierwirtin des Angeklagten Stoblewski, der nach seiner Behauptung ein harmloser Mechaniker und erst seit Februar 1924 in Berlin wohnhaft sein will, den aber der Angeklagte Neumann als den russischen General Hellmuth Goren bezeichnet. Die Zeugin wollte sich zuerst nicht mehr der Angaben erinnern, die sie vor einigen Wochen vor der Polizei gemacht hatte. Damals hatte sie angegeben, daß Stoblewski etwa 3 Wochen unter dem Namen „Herrmann“ bei ihr gewohnt habe. Auf ihren Hinweis, daß er sich anmelden müsse, habe er geantwortet, daß er sich erst einen Paß besorgen müsse, da er keine Ausweispapiere besitze. Er sei dann eines Tages unter Zurücklassung seiner Sachen verschwunden, die die Zeugin dann in einem Koffer zu ihrer Tochter, einer Frau Tänzer, nach Karslhorst gebracht hat.

Bei der gestrigen Gegenüberstellung erkannte die alte Frau Stoblewski als den Mann wieder, der bei ihr als „Herrmann“ gewohnt hatte, was auch von diesem zugegeben wurde.

Dagegen wollte die Zeugin zunächst sich nicht erinnern, ob Stoblewski schon 1923 bei ihr gewohnt habe, da ihr Gedächtnis angeblich sehr schlecht sei. Stoblewski selbst blieb dabei, daß er erst am 15. Februar 1924 nach Berlin gekommen sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, welcher Partei denn ihr Ehemann angehöre, will Frau Hoffmann zunächst die Auslage verweigern. Als Dr. Kiedner sie aber darauf aufmerksam machte, daß sie diese Auslage nicht verweigern dürfe, gab sie schließlich an, daß ihr Mann ein pensionierter Krankenkassenbeamter, Kommunist sei.

Rechtsanwält Neumann: Weshalb hat Stoblewski seine Sachen bei der Zeugin gelassen?

Stoblewski: Ich gebe keine Erklärung ab.

Als hierauf der Vorsitzende die Zeugin noch einmal eindringlich ermahnte, bei der Wahrheit zu bleiben und sich genau zu überlegen, zu welcher Zeit Stoblewski bei ihr gewohnt habe, gab Frau Hoffmann nunmehr nach längerem Bestimmen unter allgemeiner Bewegung zögernd zu, daß „Herrmann“ schon im Winter 1923 vor Weihnachten bei ihr gewohnt habe, daß er aber die Feiertage nicht zu Hause verlegt habe, sondern fortgefahren sei.

Es wurde dann der Zeuge Andreas Kramaczal, der sich zurzeit wegen der Kolberger Waffenspartie in der Gefangenenanstalt

Leipzig befindet, vernommen. Der Zeuge widerrief seine ursprüngliche Aussage, daß ihm erklärt worden sei, falls er Verrät über werde er um die Ecke gebracht. Der Zeuge Landwirt Schönte aus Kleinbagen bei Kottbus, der gleichfalls aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, bekundet,

daß der kommunistische Landtagsabgeordnete sich im Fraktionszimmer des Landtages in bezug auf einen gewissen Kistka geäußert habe, so einer wie er gehöre vor die „Tscheka“.

Vorf.: Sie haben früher gesagt, der Abgeordnete Höllein habe ihnen einmal die Aufgaben der Tscheka dahin erläutert, daß die Tscheka vor allem die Spigel zu beobachten und zu erledigen hätte. Der Zeuge erklärt hierzu, daß er im Januar 1924 die Nachricht bekommen habe, Höllein leite zusammen mit einem ge-

Öffentl. Wähler-Versammlungen

heute, Donnerstag, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr:

- Steglich: Oberrealschule, Eisenstraße.
- Mariendorfer: Schulaula Kurfürstenstraße.
- Lichtenrade: Lokal Rohrmann, am Bahnhof.
- Friedrichshagen: Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 126.
- Buchholz: Kossak, Hauptstr. 71.

Freitag, den 20. März 1925, abends 7 1/2 Uhr:

- Tiergarten (8. Abt.): Gründer, Schönerstr. 13.
- Wedding: Bagenhofer-Auschanf, Chausseestr. 64.
- Brü: Beckers Festhalle, Chausseestr. 98.
- Pauschulenweg: Aula Lyzeum, Pauschulenstraße.
- Pankow: Linder, Breite Straße 34.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Sozialdemokratie u. Reichspräsidentenwahl

Redner: Rob. Breuer, Crispian, Dr. Freund, Adolf Hoffmann, Luise Köhler, Künstler, Kuttner, Lempert, Litke, Heinrich Schulz.

Öffentl. Frauen-Versammlungen

heute, Donnerstag, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr:

- Zehlendorf: Lindenpark, Berliner Straße.
- Lichtenberg: Knabenmittelschule, Marktstraße.

Freitag, den 20. März 1925, abends 7 1/2 Uhr:

- Bohnsdorf: Bierbach, Bahnhofstraße.

Tagesordnung:

Warum muß Otto Braun Reichspräsident werden?

Redner:

Clara Böhm-Schuch, Erna Kresse, Mathilde Wurm.

wissen Neumann die Tscheka. Er selbst habe dann den Auftrag erhalten, Höllein zu beobachten, und sei zu diesem Zweck nach Berlin gefahren, wo er sich bei Höllein einquartiert habe. Darüber, von wem er diesen Auftrag erhalten habe, verweigerte der Zeuge jedoch die Aussage, betonte aber, daß sein Auftraggeber weder ein Kommunist noch die Polizei gewesen sei.

Vorf.: Sie müssen hier unter Ihrem Eid Ihren Auftraggeber nennen.

Zeuge: Ich gebe keine Auskunft darauf.

Vorf.: Dann können Sie dazu gezwungen werden.

Zeuge: Ich verweigere die Aussage, weil gegen mich ohnehin noch ein Verfahren schwebt.

Auf die Frage des R. A. Dr. Wolf, ob seine Beobachtungen hinsichtlich der Tscheka auch mit der Partisanengruppe zusammenhängen, antwortete der Zeuge bejahend. Auf eine diesbezügliche Frage erklärte jedoch der Zeuge, daß er den Angeklagten Stoblewski nicht kenne. Auf einen Hinweis des Rechtsanwalts, daß an der Glaubwürdigkeit dieses Zeugen auch von dem früheren mecklenburgischen Ministerpräsidenten Zweifel geäußert worden seien, erklärte Schönte, er sei bereit zu schwören, daß er niemals einer politischen Partei angehört habe, mit Ausnahme der Zeit, zu der man ihn beauftragt habe, der SPD. beizutreten. Er verweigerte jedoch von neuem die Aussage, als die Verteidigung von ihm wissen wollte, ob er von irgendeiner Seite Geld erhalten habe. Der Verteidigung dieser Zeugen wurde sowohl seitens der Staatsanwaltschaft wie der Verteidigung widersprochen.

Nach einer unwesentlichen Zeugenvernehmung des Stuttgarter Polizeibeamten Schneider wurde die Frau des zur „Erledigung“ durch die Neumann-Gruppe bestimmten Spigels Bebel vernommen. Sie behauptete nichts davon gewußt zu haben, daß ihr Mann im Verdacht der Spigeldienste gestanden habe.

Das Gericht beschloß darauf, die Zeugen Kramaczal und Schneider unbeeidigt zu lassen, worauf die Verhandlung auf Freitag früh 9 Uhr vertagt wurde. Der heutige Donnerstag bleibt sitzungsfrei, ebenso der kommende Sonnabend.

Leipzig, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Im ober-schlesischen Hochverratsprozeß wurde am Mittwochnachmittag das Urteil gefällt. Alle Angeklagten werden wegen Vergehens nach § 7 des Republikstrafgesetzes, Sprengstoffverbrechens und unbefugten Waffenbesitzes verurteilt, und zwar Bähr zu 3 Jahren Gefängnis 150 M. Geldstrafe, Sammel 4 Jahre und 200 M., Malek 2 Jahre 6 Monate und 100 M., Schnurkeil 4 Jahre und 200 M., Dlugosch 1 Jahr 8 Monate und 100 M., Czoch 1 Jahr 4 Monate und 75 M., Brylla 1 Jahr 10 Monate und 100 M., Sannenberg 2 Jahre und 100 M. Allen Angeklagten werden 10 Monate bis 1 Jahr 4 Monate und die Geldstrafe auf die erlassene Untersuchungsfrist angerechnet. Bei Czoch gilt die Strafe durch die Untersuchungsfrist als verbüßt.

Kronzeuge Syrig.

Ortel und Zeppenfeld ihm gegenübergestellt.

S. S. Magdeburg, 18. März. Der Magdeburger Prozeß wurde fortgesetzt mit der Vernehmung des Eisenbahnsekretärs Hofe vom Anhalter Bahnhof, der über Syrigs Leumund befragt wurde. Im Oktober 1924, als Syrig bereits ein bis zwei Jahre fort war, kam er eines Tages und wünschte seinen Freund Ortel zu sprechen. Syrig fragte Ortel, ob er sich an die Streikversammlung erinnere, und

sagte: „Erinnerst du dich, daß Ortel sagte, Gefestellungsbesehlen ist nicht Folge zu leisten?“ Ortel bestätigte das auch. Syrig ermahnte ihn dann, daß er das beschwören müsse. Ortel sagte später zu mir: „Wir waren im Streit und sollten Gefestellungsbesehlen nicht Folge leisten und sind nachher die Dummen gewesen.“ — Vorf.: Was hatten Sie von Ortel? — Zeuge: Ich halte ihn für einen ehrlichen anständigen Menschen. Ich konnte auch über Syrig, solange er bei uns arbeitete, nicht klagen. — Vorf.: Hat Ortel vielleicht nur „ja“ gesagt, um Syrig los zu werden? — Zeuge: Das kann ich nicht entscheiden. Ich habe dann nach seiner Vernehmung im ersten Prozeß, als ich gesehen hatte, daß er alles verneint, zu ihm gesagt: „Na, Ortel, Sie haben mich doch damals belogen.“ Da antwortete er:

Kauf dem Gericht habe ich die Wahrheit gesagt.

Daran schloß sich die Vernehmung des Zeugen

Wladislaus Ortel.

der am Anhalter Bahnhof auf dem Güterboden tätig war. Während des Krieges hat Ortel mit Syrig in einer Flugzeugfabrik in Johannishof gearbeitet. — Vorf.: Haben Sie im Jahre 1918 auch getreut? — Zeuge: Nein. — Vorf.: Hat Syrig auch gearbeitet? — Zeuge: Nein,

er hat ja für den Streik Propaganda gemacht.

Vorf.: Haben Sie an der Streikversammlung in Treptow teilgenommen? — Zeuge: Nein. — Vorf.: Wissen Sie das bestimmt? — Zeuge: Immer noch. — Vorf.: Syrig hat Sie doch einmal auf dem Anhalter Bahnhof besucht. Was wollte er von Ihnen? — Zeuge: Na, moan wir jetzt sprechen. Syrig sagte mir: Du weißt doch, daß Ortel zum Streik ausgerufen und gesagt hat, daß Stellungsbescheide nicht befolgt werden sollen. Ich habe immer „ja“ gesagt. Dann höre ich hinterher erst, daß ich vor Gericht ausagen solle. — Vorf.: Haben Sie nach Syrig nicht mit Herrn Hofe gesprochen? Sie sollen gesagt haben, daß Sie der Herr eingekallene wären. — Zeuge: Ich, der Herr eingekallene, daß kann ich für meine Personlichkeit nicht feststellen. Ich habe mit Hofe nicht gesprochen. Ich habe bloß immer „ja“ zu Syrig gesagt, um nicht hinterher als Streikbrecher zu gelten. (Erregt auf den Tisch trommelnd: Ich will doch mal den sehen, der mir hier am Tisch... — Vorf.: Lassen Sie das sein. — Generalstaatsanwalt: Sie haben also während des ganzen Streiks gearbeitet? Mit wem gingen Sie zur Arbeit? — Zeuge: Das weiß ich nicht. Ich wollte bloß noch klagen, der Syrig tut mir leid, er hat mich ungeschuldig in den Prozeß gezogen, aber er ist doch auch von anderer Seite hineingezogen worden. Ich habe ihn gefragt: „Wie bist du bloß hierher gekommen. Du schleppst dich und mich nach hierher.“ Syrig sagte:

„Ich bin von Pfarrer Koch hierher gezogen, denkst du, ich will dauernd arbeiten?“

Dann kam ein Herr an uns heran, der mit Syrig sprach. Es war Herr Rothardt. Der sagte zu Syrig: „Halten Sie die Auslage anrecht?“ Das hat mir Syrig gesagt. — Angekl.: Das bekräftige ich entschieden. — Ortel: Ich muß noch klagen, daß Syrig beim vorigen Prozeß hier am Zeugentisch mir auf den Fuß trat und sagte: „Berate mich nicht.“

Darauf wurde der Zeuge

Tischler Otto Syrig

vernommen, der vorläufig unbeeidigt bleibt. Er schildert, daß er mit Ortel 1917 zusammen gearbeitet habe, und zwar in den Arbeiterwerken. Er gehörte damals dem Deutschen Holzarbeiterverband an. Von Niederlehne wurde bei man geschloffen nach Treptow marschiert. Ortel sei dabei gewesen. Was er nach der Versammlungssprechung gemacht hat, weiß ich nicht. Ich bekam am Sonntagabend meinen Stellungsbescheid und stellte mich Montag. — Vorf.: Kann Ortel sich auf dem Wege zu Versammlung nicht gedreht haben? — Zeuge: Nein, er war auf der Treptower Wiege.

Im Laufe der weiteren Verhandlung fragte der Vorsitzende den Zeugen Syrig: Wie sind Sie in diesen Prozeß gekommen? — Zeuge: Durch eine Frau-Bal, die in meinem Hause wohnt. Die Frau erzählte mir von dem Rothardt-Prozeß, und als ich sagte, daß ich auch dabei war, hat sie das dem Pfarrer Koch mitgeteilt. — Vorf.: Haben Sie nicht in einer Versammlung davon gehört? — Zeuge: Nein. — Vorf.: Hat Pfarrer Koch mit Ihnen über die Dinge gesprochen und mahnen Sie etwas unterschreiben? — Zeuge: Jawohl, nachdem ich die Vorgänge geschildert habe. — Vorf.: Ist Ihnen etwas versprochen worden? — Zeuge: Weder von Rechts noch von Links. Ich bin ein Mensch, der klar durchgeht, ob einer Reichspräsident ist oder nicht. Recht muß Recht bleiben. — Vorf.: Hat der Angeklagte mit Ihnen gesprochen und Ihnen gesagt, Sie sollen bei Ihrer Auslage bleiben? — Zeuge: Das weiß ich nicht. Ich traf Rothardt nach der Pause auf dem Korridor. Er sagte, wir wollen nicht zusammen sprechen, damit es nicht heiße, wir machen Kompunkte. — Vorf.: Haben Sie Ortel gesagt, daß Sie das Arbeiten satt hätten und daß für Sie gefordert wäre? — Zeuge: Das habe ich nicht gesagt, arbeiten muß ja auch ein jeder. — Vorf.: Hat Ortel nicht auch gesagt, daß es ihm unangenehm wäre, hier auszulagen? — Zeuge: Das hat er gesagt. — Vorf.: Haben Sie hier am Zeugentisch nicht Ortel, indem Sie ihn angestochen haben, gesagt: „Berate mich nicht!“ — Zeuge: Davon weiß ich kein Wort. — Vorf.: Ortel, treten Sie mal vor. — Ortel: Ich bleibe bei meiner Aussage. So wahr ich hier stehe, ich werde mir doch so etwas nicht aus der Luft greifen. Das beschwöre ich hundertmal. (Sehr erregt zu Syrig): Du Schuft, du Luder... — Vorf.: Sie haben so etwas nicht zu sagen. — Syrig: Ich bitte, mich in Schutz zu nehmen. — Vorf.: Das habe ich bereits getan. — Ortel: Ich werde dich schon nicht totschlagen. (Heiterkeit im Saal, die der Vorsitzende rügt.)

Auf Befragen R. A. Blindwald, ob man die Ausführungen Eberts im Treptower Park innerhalb der Versammlung einseitig aufgefaßt habe, erklärte dann nach der Zeuge Gohert: Nein, viele haben Eberts Ausführungen darüber, ob man sich den Stellungsbescheiden fügen solle oder nicht, sehr verschieden aufgefaßt.

Es folgte dann eine längere Auseinandersetzung zwischen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung über die Frage, ob den Zeugen Syrig, Gohert und Ortel Glaubwürdigkeit beizumessen sei oder nicht. Die Staatsanwaltschaft wollte auf die Vernehmung weiterer Zeugen zu dieser Frage verzichten, während der Verteidigung im Gegenzug hierzu die Ladung einer großen Anzahl von Leumundzeugen beantragte. Das Gericht zog sich hierauf zu einer Beratung zurück und verkündete nach fast einstündiger Beratung, daß die von der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung gestellten Anträge dem Gericht bis zum Freitag schriftlich einzureichen seien. Die Beschlußfassung über die Beweisangebote soll erst dann erfolgen. Es folgte darauf die Vernehmung des früheren Gastwirts und jetzigen Kleinrentners Zeppenfeld, der als

Onkel des Zeugen Syrig

über dessen Leumund ausfragen sollte. Zeppenfeld gab an, von April 1923 bis September 1924 bei Syrig gewohnt zu haben. In den letzten 6 Wochen sei es zwischen Syrig und ihm wegen des Kostgeldes zu Zwistigkeiten gekommen. Das Verhältnis zwischen den Eheleuten Syrig sei nicht das beste gewesen, da Syrig sich mehrfach mit anderen Frauen abgegeben habe. Zeppenfeld sagte weiter aus, daß Syrig zuerst politisch links eingestellt war und jetzt der Deutschnationalen Partei angehöre. Eines Tages sei Syrig von Pfarrer Koch durch eine Postkarte aufgefordert worden, ihn mit zwei näher bezeichneten Herren aufzusuchen. Frau Syrig habe darauf ihrem Manne gegenüber erklärt: „Du machst es noch solange, bis du einmal hineinkommst.“ — Der Zeuge gab ferner an, Syrig sei mehrfach mit gestohlenen Sachen, wie Leder, Kleider usw. nach Hause gekommen.

Staatsanwaltschaftsrat Dohmann teilte mit, daß die Oberstaatsanwaltschaft Berlin am 25. Februar d. J. Strafantrag gegen Syrig wegen Diebstahls gestellt habe.

Lehter Zeuge des 8. Verhandlungstags ist ein Gärtner Wulke, bei dem Zeppenfeld nach seinem Fortzuge von Syrig wohnte. Er gab an, gegen Zeppenfeld Strafantrag wegen Betrugs gestellt zu haben.

Gegen 7 Uhr wurde die Verhandlung auf Freitag vertagt.

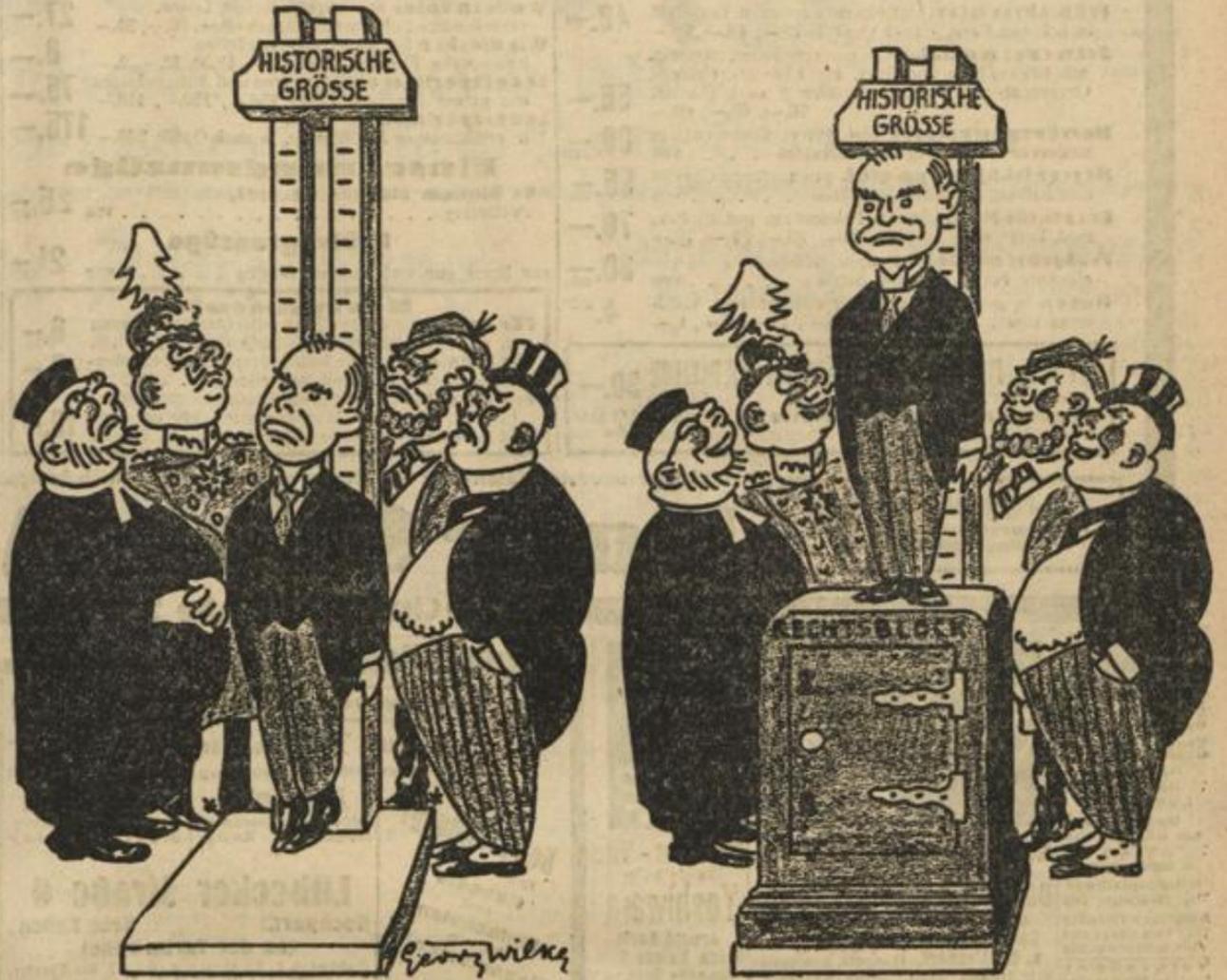
Die indische Wucherer-Kasse.

In Indien, dem Lande der Kasten, sind auch die Geldverleiher zu einer festen Gemeinschaft zusammengeschlossen, die eine furchtbare Macht ausübt und das wirtschaftliche Leben schwer gefährdet. Diese Wucherer Indiens sind die Rabulis, wahre Enakföhne, alle 160 Zentimeter und mehr groß, die Stöße tragen, die ebenso hoch sind wie sie selbst. Es sind muskulöse, furchtlose und tüchtige Gefellen, die unter ihren langen schweren Mänteln Samtwesten anhaben und mit großen, vorn spitz nach oben zu auslaufenden Schuhen bekleidet sind. Aus den Gebirgslanden, von denen sie eigentlich herkommen, sind diese Rabulis im Laufe der Zeiten in die Ebene herabgezogen und haben eine Kasse gegründet, in der das Geldverleihen eine uralte Ueberlieferung ist. In Kaitutta gibt es allein eine Kolonie von mehreren Tausend. Wie diese Rabulis ihr Geschäft betreiben, erzählt Claude Brown in einem Londoner Blatt: „Der indische Eingeborene braucht immer Geld. Da hat er eine Tochter, die er verheiraten will und deren künftiger Mann eine Summe von ihm fordert, oder er hat sich Geld von einem Freunde geliehen und muß es wieder zahlen, wenn er nicht das Freundesrecht verletzen will. Der einzige, bei dem er sicher Geld bekommt, ist der Rabuli, und so begibt sich denn der kleine Beamte, der Dorfstaufmann oder der Arbeiter in die Kassen dieses mächtigen Blutaugers. Er braucht eine Summe von 30 Rupien, und er bekommt sie sofort; nur muß er ein Papier unterschreiben, durch das er verspricht, 30 Rupien zurückzahlen und in der Zwischenzeit 2 Annas pro Rupie monatliche Zinsen zu geben. Die Zinsen des ersten Monats werden vom Kapital gleich abgezogen. Am 1. des folgenden Monats sieht der unglückliche Schuldner den Rabuli schon vor dem Eingang seines Geschäftes oder der Fabrik warten. Er wird von einigen anderen seiner Kasse begleitet, denn sie treiben das Geld meistens in größerer Gesellschaft ein. Von seinem kümmerlichen Verdienst werden nun jeden Ersten unweigerlich die Zinsen abgezogen, und was dem, der nicht zahlt! Die Rabulis leben zusammen und unterstützen sich gegenseitig. Ihr Reichtum gibt ihnen eine starke Macht. Jede Woche treffen sie sich an einem geschützten Ort und sprechen über ihre Schuldner. Wer dem einen nicht zahlt, zahlt allen nicht, und sie stehen zusammen wie ein Mann, um den Säumnigen zu zwingen. Eine ganze Schar von Rabulis bedrängt und bedroht den Armen immerfort, und wenn er sich fortgesetzt weigert, dann umlagert ein Rudel der Rabulis tagelang sein Haus oder lauert vor dem Eingang seines Geschäftes, und wenn sie ihn ertappen, verprügeln sie ihn mit ihren langen Stöcken. Trotzdem borgt sich der Arme immer wieder Geld, und das Schuldenmachen ist eine hoffnungslose Krankheit, gegen die es kein Heilmittel gibt. Der Rabuli aber ist ein furchtbarer Schädling, und wenn es gelänge, ihn aus Indien zu verbannen, dann würde mit ihm unendlich viel Unheil und Unglück vertrieben werden.“

Tiere, die nicht gezähmt werden können. Es gibt nur wenige Tiere, die der Mensch durch Geschicklichkeit und Geduld nicht seinem Willen zu unterwerfen vermöchte. Wertwürdigerweise widerstreben jedem Zähmungsvorhaben aber nicht etwa die größten und stärksten Vertreter des Tierreichs, sondern verhältnismäßig kleine und schwache Tiere. So ist es z. B. noch niemals gelungen, den afrikanischen Wildhund zu zähmen. Auch der tosmatische Wolf ist noch niemals gezähmt worden. Alle Mühe, die man an diesen beiden Tieren verschwendet, ist vergebens; denn sie behalten unweigerlich ihre wilden und dämonischen Instinkte, obwohl alle anderen Arten von wilden Hunden, selbst von Wölfen, in hohem Maße gelehrt sind, vorausgesetzt, daß sie in die richtigen Hände kommen und noch nicht zu alt sind. Schwer zähmbar ist übrigens auch das Zebra. Ersahrene Dreifleure bezeichnen es als leicht, einen Elefanten, ja selbst einen Löwen oder Tiger zu zähmen als dieses harmlose Tier. Selbst unzähmbar ist dagegen der schwarze Jaguar, der, selbst wenn er ganz jung in Gefangenschaft gerät, seinen wilden und tückischen Charakter beibehält. In gewissen Grenzen gilt dasselbe auch vom Leopard, der zwar dazu gebracht werden kann, vorübergehend Frieden mit dem Menschen zu schließen, aber auf die Dauer doch immer wieder in den Zustand gefährlicher Wildheit verfällt. Ebenso verhält es sich mit dem nordamerikanischen Luchs.

Worin uns die Alten übertrafen. Wir glauben, gerade in der Technik des Altertums weit hinter uns gelassen zu haben, aber es gibt doch auch auf diesem Gebiet noch einiges, worin uns die Alten übertrafen. Wenn ein Messer oder ein Schwert zerbricht, so kann es nicht wieder zusammengesetzt werden, aber in alten Zeiten gab es, wie in einer englischen Zeitschrift berichtet wird, Schmiede, die ein Geheimmittel besaßen, durch das es ihnen möglich war, innerhalb kurzer Zeit zerbrochene Schwerter so geschickt zusammen-

Er ist zwar kein Titan, aber . . .



wenn wir ihm dies Postament unter die Füße schieben, geht's!

zusammen, daß man die Bruchstelle nicht entdecken konnte. Wie die Alten die Farben für ihre Gemälde mischten, ist noch ein ungeklärtes Geheimnis. So mancher Maler der neueren Zeit, von Leonardo bis Böcklin, hat sich bemüht, diesem Rätsel der antiken Malerei auf die Spur zu kommen, aber ohne Erfolg. Viele Bilder an den Mauern von Pompeji haben noch so frische Farben, wie wenn sie heute geschossen wären, und selbst die an die Mauern gemalten Ankiündigungen leuchten noch wie am ersten Tag. Die Römer waren in ihren Bauten unübertrefflich, und man sagt, daß der Marmor, den sie verwendeten, fast unzerstörbar ist. Bei alt-römischen Bauwerken hat der Marmor mehr als 2000 Jahre allen Einflüssen der Witterung widerstanden. Ein anderes Geheimnis der römischen Handwerker, das mit ihnen verloren gegangen ist, war ihre Art der Bronzeherstellung. Manche ihrer Bronzeschwerter waren so hart und wahrscheinlich ebenso scharf wie unsere Stahlschwerter. Aber noch größere Meister der Metallbearbeitung fanden sich in alten Südamerika, wo man das Kupfer so hart machen konnte wie den Stahl. Sogar unzerbrechliches Glas scheint den Alten bekannt gewesen zu sein, wenn man den antiken Schriftstellern glauben will, die von unzerbrechlichen Gläsern aus der Zeit

des Kaisers Tiberius erzählen. Diese Trintgefäße sollen so klar wie Kristall und so fest wie Stahl gewesen sein.

Die ersten Gezeitenwerke. Ebbe und Flut zum Antreiben von Turbinen auszunutzen, also ein Gezeitenwerk zu bauen, erscheint heute noch vielen Ingenieuren als Zukunftsmusik. Allein die englische wie die französische Regierung lassen durch ihre Arbeitsministerien verschiedene Pläne zur Ausführung solcher Anlagen ernstlich studieren. In Frankreich sind Versuche im Gange, die an der Küste der Bretagne ausgeführt werden. Dort befinden sich zwar schon seit langem einige „Flutmühlen“ (auch auf der Insel Wight), diese sind aber noch unwirtschaftlicher als die ältesten Windmühlen. In England wird das große Gezeitenwerk an der Mündung des Severn-Stuffes in Angriff genommen, wenigstens sind die Mittel für Vorarbeiten bewilligt worden. Es wird ein Damm quer vor die Mündung gebaut und die in Betracht kommenden Wassermengen und Höherstauungen werden durch genaue Beobachtungen ermittelt. Denn auf diese Größen kommt es vor allem an, wenn man die Wirtschaftlichkeit der Anlage berechnen will. Es handelt sich dort um die Gewinnung von etwa 100 000 Kilowatt, ungefähr soviel, wie gegenwärtig in Bayern ausgebaut ist.

„Ich bin ein echter Kommunard.“

von Ija Ehrenburg

(Aus dem Russischen übersetzt von Hersta.)

Es gibt viele schöne Städte, die schönste von allen ist Paris. — Dort lachen sorglose Frauen, unter Kastanienbäumen trinken junge Stutzer rubinrote Liköre und Tausende von Lichtern schwirren auf dem spiegelglatten Asphalt der breiten Plätze.

Der Maurer Louis Roux war in Paris geboren. Er erinnerte sich noch der Dunitage des Jahres 48. Er war damals sieben Jahre alt und war hungrig. Wie ein junger Rabe (perzte er schweigend) seinen Mund auf und wartete. Er wartete vergebens, denn sein Vater Jean Roux hatte kein Brot. Er hatte nur eine Flinte, und diese konnte man nicht essen. Louis erinnerte sich noch jenes Sommermorgens, als der Vater seine Flinte reinigte und die Mutter weinte und ihre Nase an der Schürze abwuschte. Louis lief seinem Vater nach. Er dachte, daß der Vater mit seinem gereinigten Gewehr den Bäckern erschießen und sich das größte Brot nehmen wolle, ein Brot, größer als Louis, so groß wie ein Haus. Der Vater trat sich mit anderen traurigen Männern, die auch Gewehre hatten. Sie sangen Lieder zusammen und schrien „Brot“.

Louis wartete mit klopfendem Herzen, daß als Antwort auf diese schönen Lieder Bräutchen, Hörnchen und Pfannkuchen aus den Fenstern gemorjen würden. Statt dessen hörte er ein lautes Geräusch, es schwirren kleine Ägeln. Einer von denen, die „Brot“ gerufen hatten, schrie „Ich bin getroffen“ und fiel um.

Da sah der kleine Louis den Vater und die anderen Männer ganz unbegreifliche Dinge machen — sie warfen zwei Bänke um, brachten aus dem nächsten Hof ein kleines Fäß, einen wackeligen Tisch und sogar einen großen Hüfnerzahn. Dies alles stellten sie in der Mitte der Straße auf und warfen sich selbst auf die Erde nieder. Louis begriff sofort, daß die traurigen Männer Bersted spielen wollten. Sie schossen aus den Gewehren und andere schossen wieder.

Dann kamen andere Leute. Diese hatten auch Gewehre, aber sie schauten freundlich aus, an ihren Mützen blühten große schöne Kokarden. Alle nannten sie „Rationalgardisten“. Viele Männer ergrißen den Vater und führten ihn den Boulevard St. Martin entlang. Louis dachte, die guten Männer wollten seinem Vater etwas zu essen geben und lief nach, obwohl es schon spät war. Auf

den Boulevards lachten die Frauen, unter Kastanienbäumen tranken die Stutzer rubinrote Liköre und Tausende von Lichtern schwirren auf dem spiegelglatten Asphalt der Straßen.

An dem Tor St. Martin rief aus einem Kaffee eine der sorglosen Frauen den Gardisten zu:

„Barum führt ihr ihn so weit fort? Er kann auch hier seine Portion bekommen.“

Louis lief zu der lachenden Frau hin, wie ein junger Rabe sperrte er schweigend seinen Mund auf. Einer der Gardisten nahm das Gewehr und feuerte. Der Vater schrie auf, fiel nieder, und die Frau lachte. Louis lief zu dem Vater, dessen Beine noch zitterten, als ob er im Liegen noch gehen wollte und fing an zu wimmern.

Da sagte die Frau: „Erschießt doch auch den jungen Hund“ — Einer der jungen Stutzer, der am nächsten Tisch saß und seinen rubinroten Likör trank, wandte sich um und sagte: „Wer wird denn dann arbeiten?“

So blieb Louis am Leben. Nach dem schrecklichen Duni kam der stille Juli; niemand sang, niemand schloß.

Louis wuchs heran und rechtfertigte das Vertrauen des gutmütigen jungen Stutzers. Der Vater Jean Roux war Maurer gewesen und Maurer wurde auch Louis Roux. In seinen weiten Samthosen, in der blaueinenen Bluse baute er Häuser, baute im Sommer und im Winter. Das schöne Paris wollte noch schöner werden. Louis arbeitete dort, wo die neuen Straßen entstanden — der Sternenplatz mit den sieben Strahlen, die breiten Boulevards Haukmann und Malherbe mit ihren Kastanienbäumen, der prächtige Boulevard der Oper. In die noch mit Gerüsten umgebenen Häuser brachten die ungeduldigen Kaufleute bereits ihre kostbaren Waren: Pelze, Spitzen, Edelsteine. Er baute Theater und Läden, Banken und Cafés, baute prunkvolle Häuser, damit die sorglosen Frauen sorglos lächeln können, wenn der Nordwind durch die Straßen weht und die Glieder in den Arbeitermansarden der Vorstadt St. Antoine vor Frost erstarren, er baute schöne Bars, damit die jungen Stutzer in den sternenlosen Nächten ihre Liköre ruhig trinken können. Er schleppte schwere Steine und baute die leichtesten Schieferdächer der Stadt, der schönsten aller Städte, Paris.

Unter den tausenden Blumenmännern war einer, der hieß Louis Roux. In seinen samtenen, kalbfelprigten Hosen, in dem großen Hut, mit der Lospfeife im Mund, arbeitete er wie tausend andere, arbeitete ehrlich und fleißig an der Pracht des zweiten Kaiserreiches.

Er baute schöne Häuser. Am Tage stand er auf dem Gerüst, und in der Nacht schlief er in einer dumpfen Kammer in der Straße der schwarzen Witwe in der Vorstadt St. Antoine. Die Kammer roch nach Kalk, Schweiß, nach schwarzem billigen Tabak. Das Haus roch nach Kagenkot und nach schmutziger Wäsche. Die Straße der schwarzen Witwe, wie alle anderen Straßen der Vorstadt St. Antoine, roch nach dem Schmutz der Strapianen, darin die Straßenhändler ihre Kartoffeln breiten, roch nach blutigen Fleischerläden, wo bläuliches Vierbeinlich hing, roch nach Heringen, nach den Abfällen in den Senkgruben, nach dem Rauch der Dejen. Doch nicht wegen der Straße der schwarzen Witwe, nur wegen der breiten Boulevards, und der nach Maiblumen, Mandarinen und wohlriechenden Wassern duftenden Friedensstraße, wegen seines Sternenplatzes mit den sieben Strahlen wird Paris die schönste der Städte genannt.

Louis Roux baute Kaffeehäuser und Bars, er trug Steine zu dem Bau des Café de la Regence, das bei Schauspielern so beliebt wurde, des Café England, wo die jungen Weiden, die Remstallbesitzer und die vornehmen Ausländer sich dann trafen, der Taverne Madrid, die zum Sammelpunkt der Schauspieler von mehr als 20 Theatern wurde. Doch niemals seit dem Tode seines Vaters trat Louis Roux in eines der 'ertigen Kaffeehäuser und nie hat er rubinroten Likör getrunken. Jedesmal, wenn er von seinem Unternehmer einige von den kleinen weißen Münzen bekam, nahm sie der alte Schankwirt in der Straße der schwarzen Witwe, gab ihm mehrere große schwarze Münzen und schenkte ihm in ein Glas ein trübes Getränk. Louis trank den Abguth auf einen Zug und ging schlafen.

Bekam aber Louis keine weißen und schwarzen Münzen, keine Abguth, kein Brot, keine Arbeit, dann suchte er in seiner Tasche nach verschüttetem Tabak oder auf der Straße nach Zigarettenstummeln, stopfte damit seine Pfeife und ging mit mürrischer Miene in den Straßen der Vorstadt St. Antoine umher. Er sang nicht und schrie nicht „Brot“, wie es einst sein Vater getan hatte, denn er hatte keine Flinte, um zu feuern, und keinen Sohn, der seinen Mund wie ein junger Rabe aufsperrte.

Louis Roux tat alles, damit die Frauen von Paris sorglos lachen konnten, doch wenn er das unbefümmerte Lachen hörte, glug er ängstlich beiseite — so sorglos lachte einst die Frau in dem Café auf dem Boulevard St. Martin, als Jean Roux auf dem Pfahstet lag und im Liegen noch gehen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

